Heft 6 Juni 1994 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- WM '94: Endsieg in den USA?
- Ist Wählen verkehrt? Streitgespräch zwischen Gysi und Held
- Friedens-Bewegung: Von Kuweit bis Gorazde
- Schalcks Spiegel-verkehrte VerDienste
- Schindlers Liste: Ein Traum vom Dritten Reich?

in konkret Juni 1994

von konkret

an konkret

Schnittmuster für Hugo von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Von Kuweit-City nach Gorazde von Jürgen Elsässer
Gestern Sarajevo, heute Gorazde, morgen Brcko oder Bihac: Je mehr die Nato in Bosnien Kriegspartei wird, umso nachhaltiger wird sie von Protagonisten der untergegangenen deutschen Friedensbewegung unterstützt. Doch Empörung ist hier fehl am Platz: Ohne ihre pazifistische Schminke sind die »edlen Seelen« (Saddam Hussein) bloß besonders gut zu erkennen

DokumentationNicht im Einklang

KONKRET-StichprobeAlkmenes Schnippchen von Franz Josef Degenhardt, Klaus Schönberger, Doris Gercke, Robert Kurz, Georg Fülberth
KONKRET hat fünf Autorinnen und Autoren gefragt, wie sie's in diesem Jahr mit dem Wählen halten

Nachdenken in Ingolstadt von Gregor Gysi, Karl Held
»Ist Wählen verkehrt?« Über diese Frage stritten Gregor Gysi und Karl Held während einer Veranstaltung, die das »Café konkret« am 20. April in Bochum durchführte. KONKRET bringt Auszüge dieses Gesprächs

Gefahr aus der Mitte von Jürgen Trittin, Hermann L. Gremliza, Boris Gröndahl
KONKRET-Gespräch mit dem niedersächsischen Minister für Bundesangelegenheiten, Jürgen Trittin (Bündnis 90/Die Grünen) über den »Rechtsrutsch« der deutschen Gesellschaft, den Modellcharakter der politischen Entwicklung in Italien und die Tendenz der Grünen, künftig Krieg als Mittel der Politik zu akzeptieren

jeder ist uns der nächste 27 von ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

»Für die falsche Seite« von Günter Kolodziej, Boris Gröndahl
Ende Juni wird der Untersuchungsausschuß des Bundestags zu Schalck-Golodkowskis »Koko« seinen Abschlußbericht debattieren. KONKRET sprach mit Günter Kolodziej, wissenschaftlicher Mitarbeiter der PDS/LL im Schalck-Ausschuß

BND - Stasi
Eine Übersicht

Buch des Monats: Wir sind alle Peanuts von Otto Köhler
Gian Trepp: Bankgeschäfte mit dem Feind – Von Hitlers Europabank zum Instrument des Marshallplans. Rotpunkt Verlag, Zürich 1994, 270 Seiten, 36 Mark

Gemeinsinn und Feindbild von Georg Fülberth
Die Debatte über den Kommunitarismus taucht in die Sphäre deroperativen Politik. Drei Neuerscheinungen appellieren an den Gemeinsinn und träumen vom Krieg

Das Große Vergessen von Reimar Paul
Die »Jahrhundertwahlen« in El Salvador haben zu einer Niederlage der Linken geführt. Was sind die Gründe?

Neue Welt, neue Folge von Aurelio Martinez, Etienne Largend
Die bewaffnete Erhebung der Neozapatisten in Mexiko diente zu allerlei Projektionen. Dabei hat die EZLN weder viel mit der traditionellen lateinamerikanischen Guerilla zu tun, noch werden Freunde des völkischen Selbstbestimmungsrechts bei ihr fündig

Kunst & Gewerbe

Arbeitslos am Tag der Arbeit von Michael Scharang

Einsatz in ManhattanKeine Mark auf Belgien von Thomas Ebermann
Vom ehemaligen Tag der deutschen Einheit bis zum 17. Juli findet in den USA die Fußballweltmeisterschaft 1994 statt. Thomas Ebermann analysiert die Wettchancen der teilnehmenden Nationen, während Michael Nauert die These aufstellt, der 94er Fußball sei seiner Zeit voraus, die WM indes ihr authentischer Ausdruck

Einsatz in ManhattanJeder Zeit ihre WM von Michael Nauert
Vom ehemaligen Tag der deutschen Einheit bis zum 17. Juli findet in den USA die Fußballweltmeisterschaft 1994 statt. Thomas Ebermann analysiert die Wettchancen der teilnehmenden Nationen, während Michael Nauert die These aufstellt, der 94er Fußball sei seiner Zeit voraus, die WM indes ihr authentischer Ausdruck

Who’s left
Kultivierte GeselligkeitDie Wohlfahrtsausschüsse

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Produktiver Kapitalist, potenter Liebhaber von Joachim Bruhn
Steven Spielbergs phantastischer Oskar-Schindler – Anmerkungen zur Nationalerotik des Kapitals

Klosterfrau Melissengeist von Gunter Blank
Der »Spiegel« hat ein Sonderheft zum Thema »Pop & Politik« veröffentlicht. Für den diskursfreudigen Konsumien

Auf gut deutsch von Max Annas, Hacky Hagemeyer, Christian Gottschalk
Für ihren Europawahlkampf hat die SPD ein Computerspiel entwickelt, an dem auch die Republikaner ihre Freude haben werden

Standort Auschwitz von Klaus Herding
Über den Auschwitz-Zyklus des Hamburger Malers Christoph Krämer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 06/94, S. 4

von konkret

Aus dem Briefkasten der negativ-feindlichen Zeitschrift KONKRET:

Partei des Demokratischen Sozialismus, Parteivorstand

An die Anzeigen-Leitung der KVV KONKRET Vertriebsgesellschaft für Druck- und andere Medien GmbH & Co KG

Sehr geehrte Frau Fischer,

wir haben das Problem von PDS-Anzeigen für den Europawahlkampf in KONKRET doch in größerer Runde und etwas ausführlicher diskutieren müssen. Letzten Endes haben wir uns jedoch entschieden, auf Anzeigen in KONKRET zu verzichten, obwohl wir davon ausgehen, daß unter den Leserinnen und Lesern der Zeitschrift durchaus potentielle Wählerinnen und Wähler der PDS zu finden wären. Ausschlaggebend waren zwei Gründe, die ich Ihnen offen nennen möchte.

*Erstens wird seitens Ihres Herrn Speier seit geraumer Zeit gegen die PDS in unredlicher und vom Gericht in erster Instanz bereits vollständig zurückgewiesener Weise prozessiert. Wir sind einfach nicht bereit, egal woher die Begehrlichkeiten nach PDS-Geldern kommen, das auch noch zu unterstützen, indem wir womöglich für KONKRET die Gerichtskosten gegen die PDS durch unsere Anzeigen bezahlen.**

Zweitens hat sich die KONKRET-Redaktion die PDS – deutlich vor CDU und SPD – zu ihrem bevorzugten Angriffsziel erwählt. Derartiges sind wir aus den bundesrepublikanischen Medien gewöhnt, und ohne Zweifel ist die Auseinandersetzung mit der PDS nicht nur berechtigt, sondern in unserem eigenen Interesse, da wir glauben, nur auf dem Weg von Kritik und Meinungsstreit vorankommen zu können. Wenn wir Geld ausgeben, muß es jedoch Sinn machen. Wir haben den Eindruck, daß PDS-Anzeigen in KONKRET unter diesen Umständen anbiederisch und damit kontraproduktiv für die PDS sein würden.

Wir werden unsere gegenwärtige Entscheidung bezüglich der Bundestagswahl in Abhängigkeit von der Interessenlage der PDS überprüfen.

Mit freundlichem Gruß

André Brie

Berlin, 10. Mai 1994

* Die PDS-Führung weigert sich, von Christoph Speier persönlich verauslagte Sach- und erbrachte Arbeitsleistungen zu bezahlen. Das Verfahren geht jetzt mit guten Aussichten in die zweite Instanz. Diese Auseinandersetzung hat mit dem Verlag von KONKRET nichts zu tun. Vertreten wird die PDS-Führung in dem Verfahren vom Hausanwalt der »taz«.

Ab sofort ist am Kiosk für 2 Mark die KONKRET-Sonderausgabe UNI KONKRET erhältlich. Darin Beiträge von Reinhard Kühnl, der Hochschulantifa Bochum, Birgit Rommelspacher und Günther Jacob.

Die Bestseller des KONKRET-Buchversands (in diesem Heft auf Seite 39) im März und April: 1. Jürgen Elsässer u.a.: *Krisenherd Europa,* 2. Klaus Bittermann/Gerhard Henschel: *Das Wörterbuch des Gutmenschen,* 3. Gerhard Henschel: *Das Blöken der Lämmer. Die Linke und der Kitsch* und Wolfgang Pohrt: *Harte Zeiten,* 5. Georg Seeßlen: *Volks Tümlichkeit.*

Das japanische Magazin »Hanatsubaki«, ein ziemlich ambitioniert gestaltetes Blatt für Kunst, Kultur, Mode und was der konsumbewußte Tokioter halt sonst braucht, stellt in jeder Ausgabe vier ausländische Zeitschriften vor. Diesmal waren aus Deutschland »Titanic«, »Polizeiruf 110«, »Boom« und KONKRET dran.

Die KONKRET-Leserinnen und-Leser haben seit dem 1. Oktober 1993 Kapital in Höhe von 229.000 Mark in die neue Kommanditgesellschaft eingezahlt. Dafür bedanken wir uns herzlich. Es fehlen somit nur noch 29.000 Mark zum angestrebten Ziel. Da die Eintragungen wegen Überlastung des Hamburger Registergerichts stocken, sich aber die wirtschaftliche Situation für KONKRET langsam entspannt, kann die Gesellschaft für weitere Interessentinnen und Interessenten noch bis zum 1. August 1994 geöffnet bleiben. Der Juliausgabe wird eine genauere Information beiliegen. Einlagen (Mindestbetrag: 1.000 Mark) sind bis dahin noch auf dem Notar-Anderkonto Dr. Stadler, Hamburgische Landesbank, Nr. 378810/130, BLZ 200 500 00, möglich. Es wird gebeten, die Einlagen beim Verlag zu avisieren.

Zum 30. Juni 1994 wird die Anzeigenchefin Bettina Fischer bei KONKRET ausscheiden. Näheres erfahren die Anzeigenkunden per Brief. Bettina sei an dieser Stelle für ihre Arbeit gedankt. Verlag und Redaktion wünschen ihr für ihre zukünftige Tätigkeit alles Gute.

Konkret 06/94, S. 6

an konkret

Langweilig

KONKRET 5/94: »Junker Jörg im Liebknecht-Haus« von Heiner Möller und anderes

Frage: Was ist noch langweiliger als die PDS? Antwort: Noch langweiliger als die PDS ist ein KONKRET-Artikel über die PDS, in dem diese als nationalistisch bezeichnet wird. Mit dem gleichen Recht könnte man die Partei des Demokratischen Sozialismus stalinistisch, christlich, demokratisch-sozialistisch oder einfach nur nichtssagend nennen.

Daß die PDS ausgerechnet in Bayern einen Urenkel eines Urpreußen als Spitzenkandidaten aufstellen wollte (er kandidiert nun auf der Landesliste Sachsen), hat nichts mit Nationalismus, aber viel mit Isolation und Hilflosigkeit zu tun. Sie haben eben keinen anderen gefunden. Gewiß hätten sie auch eine kluge linksradikale Person ohne diskreditierende KP-Vergangenheit auftreiben können, aber sie wollen etwas Honoriges. Die richtigen radikaldemokratischen oder linksliberalen Promis im Westen aber möchten den Kopf für die PDS nicht hinhalten, und da kam man eben auf den Einsiedel. Es läuft nach dem Schema der DFU und der Friedensliste.

Gewiß ist dies alles so belanglos, daß man nicht darüber schreiben muß. Wer aber, um überhaupt etwas Böses über die PDS zu sagen (warum eigentlich?), nun plötzlich den Nationalismus als ihr Hauptmerkmal bemüht, sollte sich über Desinteresse der Leser nicht beklagen. Da wäre es doch besser, KONKRET wiederholte Gremlizas Verfahren anläßlich Raus Kanzlerkandidatur im Bundestagswahlkampf 1986/87: eine leere Seite.

Dabei ist der Nationalismus und chauvinistische Regionalismus ein wichtiges Thema. Man kann untersuchen, was aus der grünen Parole vom »Europa der Regionen« geworden ist: die Lega Nord und Tudjman. Auch kann man den Wirtschaftsnationalismus aller entwickelten und sich entwickelnden Industriegesellschaften analysieren. Für Heiner Möller aber zählt nur, was unter Umständen als schwarz-weiß-rot ausgegeben werden kann. Daraus könnte geschlossen werden, er (und die gesamte Hamburger Schule) fühle sich im real existierenden Kapitalismus pudelwohl, müsse sich aber, weil er doch Dissident ist, einen Gegner malen. Dies will ich nicht glauben.

Daß Gysi nicht mit Ebermann diskutieren will, beruht wahrscheinlich ebenfalls nicht auf einer grundsätzlichen politischen Entscheidung (das wäre ja schon wieder ein bißchen mehr als Eitelkeit und Opportunismus, also respektabel). Er fühlt sich bei den feinen Leuten des politischen und medialen Establishments eben wohler und will die kurze Zeit, in der er noch mit deren zerstreuter Aufmerksamkeit rechnen kann, ausschöpfen. (Vielleicht gibt es hier sogar eine Übereinstimmung mit Erich Honecker.) Und wenn Leserbriefe von Mitarbeitern des »Neuen Deutschland« nicht im »Neuen Deutschland« abgedruckt werden, dann ist das ebenso bedeutsam, wie wenn Null mit Null multipliziert wird. (Damit kein Mißverständnis passiert: die erste Null ist der Leserbrief, nicht sein Schreiber Ripplinger.) Doch für KONKRET, das bescheidene Blatt, ist sogar das Kleinste noch groß genug zum Bestaunen wie einst für Zonen-Gabi, welche, wie in der)>Titanic« zu sehen, eine Gurke für eine Banane hielt.

Georg Fülberth

Marburg

Macht ruhig weiter so. Bleibt in Eurem konstruierten intellektuellen (?) Turm, schneidert Euch Eure Argumente zurecht, wie Ihr sie braucht... Es ist so wurst: das reale Leben geht an Euch vorbei. Ihr bewegt nichts und niemanden, außer einer Handvoll Leute, die sich an solcherlei Diskussion ergötzen.

Wenn dies Euer Anspruch zur Veränderung der Gesellschaft ist, na dann bleibt halt dabei! Meiner ist er nicht.

Christine Ostrowski

Vorsitzende des Dresdner PDS-Stadtvorstands

Systematisch impotent

KONKRET 4/94 »Da ist alles gelogen« von Martin Lettmoyer

Es bedurfte schon eines einer unauffindbaren »story« hinterherjagenden Stern-TV-Reporters, um die »Wahrheit« über die »Massenvergewaltigungen« ans Licht zu bringen: »Da ist alles gelogen« - noch undifferenzierter ging es wohl nicht.

Wie so viele vor ihm ignoriert der Autor, daß, selbst wenn die Existenz von Vergewaltigungslagern reine Erfindung der Kriegspropaganda gewesen sein sollte, Vergewaltigungen auch und gerade in militärisch geführten Kriegen selbstverständlicher Ausdruck männlicher Gewalt gegen Frauen sind. Die Frage nach den vergewaltigten Massen die offensichtlich nur als systematisch vergewaltigte vorstellbar sind, läßt die Frage nach den vergewaltigenden Massen - den realen Tätern und dem Bild vom omnipotenten Mann - aus. Die betroffenen Frauen bleiben Objekte der Politik: der Kriegshetze wie der Kritik daran und sind zudem, da die sonst so feinsinnige KONKRET-Sprachkritik für sie nicht zuständig ist, einem patriarchalen Journalismus ausgeliefert, in dem »schwängern« als Steigerung von »vergewaltigen« erscheint - aus wessen Perspektive wohl? - und »Massenvergewaltigungen« zur »Presseente« werden können. Funktionalisiert werden die Opfer der Vergewaltigungen nahezu in der gesamten Diskussion um die »Massenvergewaltigungen« in Ex-Jugoslawien: um die Serben zu verteufeln, um deutsche Bundeswehreinsätze zu legitimieren, um die Dominanz der nord-westlichen Frauenbewegung zu untermauern- oder, wie hier, um eine »Presseente« aufzudecken bzw. ursprünglich, um eine »story« zur Zwangssterilisation auf den Medienmarkt zu bringen - auch mit Aussicht auf den »Pulitzer-Preis«?

Das Männermagazin KONKRET mischt da kräftig mit. Feministische Artikel zum Thema Vergewaltigungen in Ex-Jugoslawien und der Rezeption der »Massenvergewaltigungslager«-Diskussion hier nimmt Mann offensichtlich gar nicht erst zur Kenntnis, geschweige denn daß sie abgedruckt würden.

Innerhalb einer Nationalismuskritik, die ihren Sexismus nicht reflektiert, bleibt die Kritik von KONKRET-Männern an der weißen deutschen Frauenbewegung auch dort, wo sie berechtigt ist, ein Blick von hohen Roß der patriarchalen Selbstgenügsamkeit.

Karin Perk

Stefanie Ehmsen

Berlin

Daß die bundesdeutschen Medien (und nicht nur die) in der Jugoslawienberichterstattung lügen, ist bekannt.

Unerträglich ist trotzdem an KONKRET 4/94 die Titelschlagzeile »Die Vergewaltigungslüge« und die Artikelüberschrift zu Vergewaltigungen im Jugoslawienkrieg. Damit wird die Botschaft transportiert, daß es im dortigen Krieg keine Vergewaltigungen gibt – eine Aussage, die im Artikel selbst relativiert wird bzw. angesichts der Widersprüche, die sich durch die Recherchen ergeben, nicht aufrechterhalten werden kann. Auch wenn M. Lettmayer dies gern glauben würde, sicher ist er sich doch nicht. Dieses Mißtrauen gegenüber seinen Geschlechtsgenossen besonders im Zusammenhang mit Vergewaltigungen sollte Lettmayer sich erhalten.

Im Jugoslawienkrieg ist davon auszugehen, daß alle am Krieg beteiligten Seiten sich der Vergewaltigungen als Strategie bedienen. Ein historisches Vorbild für diese Strategie sind die Vergewaltigungen koreanischer Frauen in japanischen Gefangenenlagern. Die Konsequenz solcher Artikel besteht darin, den Frauen die Beweislast dafür aufzubürden, daß und in welchem Ausmaß Vergewaltigung stattfindet. Bezüglich Jugoslawien geraten dadurch die politischen Hintergründe des Krieges aus dem Blickfeld, da solche Artikel das Thema auf eine subjektivistische Ebene verlagern. Dies ist allerdings für Frauen keine neue Erfahrung in patriarchalen Gesellschaften.

Gudrun Aßmann

Bärbel A. Rautenberg

Hamburg

Kartellbrüder

KONKRET 5/94: »Die Frequenz des Marktes« von Hagen Kühn

Wenn sich – nur ein Beispiel – die Antifaszene daran macht, zu erklären, was Rainer Zitelmann für ein schlimmer Finger ist – und sie tut gut daran – , dann fehlt niemals – auch das völlig korrekt – der Hinweis auf das Zitier- und Rezensionskartell, das die Autoren der Neuen Rechten (Zitelmann, Weißmann, Röhl u.v.a.m.) bilden.

Auch Oliver Tolmein wird sicherlich nicht zögern, diese Technik des gegenseitigen Wichtigmachens, die sich bei Angehörigen des Wissenschaftsbetriebs größter Beliebtheit erfreut, etwa bei »Euthanasie«-Befürwortern aufs Schärfste zu geißeln.

Tolmein wird dabei darauf vertrauen, daß nicht alle Leserinnen und Leser von KONKRET ab sofort am Kiosk die »junge Welt« kaufen, bloß weil der KONKRET-Herausgeber diese Zeitung konzeptionell beraten hat.

Hätten die Leserinnen und Leser das nämlich getan, dann hätten sie in der »jungen Welt« vom 9. Mai, also der ersten im neuen Gewand, eine Rezension entdeckt, die Oliver Tolmein über das neue Buch von Hagen Kühn geschrieben hat.

Die Mai-Ausgabe von KONKRET, in der Hagen Kühn das neue Buch von Oliver Tolmein bespricht, war gerade mal zwei Wochen auf dem Markt.

Fred Feuerstein

Berlin

Konkret 06/94, S. 9

Hermann L. Gremliza

Schnittmuster für Hugo

Wir müssen die Krise jetzt nutzen, denn jetzt sind die Menschen reif
Tyll Necker, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie

Eine Mehrheit der italienischen Wähler rückte von der reflexhaften Verurteilung des Faschismus ab und will unterscheiden zwischen dem Guten und dem Schlechten damals, in welchem Mischungsverhältnis auch immer
Frankfurter Allgemeine Zeitung

Mussolinis Erben verunsichern Bonn
»Spiegel«

Weil sie aber fürchtete, daß Mussolinis Erben ganz besonders den Enkel Adenauers verunsichern könnten, gab die »Frankfurter Allgemeine« ihrem abreisenden Kanzler ein Merkblatt mit: »Was Kohl in Rom lernen kann«, stand oben drauf. In Rom könne Kohl lernen, daß die »Koalition der rechten Mitte« gewählt worden sei, weil »Ausgrenzungs-Mechanismen« gegenüber den Faschisten »kaum noch Wirkung gezeigt« hätten. Er könne auch lernen, daß man nicht »zunächst die Wähler zur politisch korrekten Ansicht erzieht, bevor man von ihnen gewählt werden kann«. Wer, wie vielleicht der Enkel Adenauers, meine, die »demokratischen Auseinandersetzungen zwischen links und rechts mit ideologischen Vorurteilen bestreiten zu können, täuscht sich in den Wählern. In Italien geht es nicht mehr um den Faschismus, sondern um die Bewältigung der bekannten nationalen Notstände.«

Wie zuhaus im kollektiven Freizeitpark, wo Anspruchsmentalität, Sozialschmarotzertum, Kriminaliät, Überfremdung und Werteverlust zu den bekannten nationalen Notständen geführt haben, die den »Standort Deutschland« bedrohen. Geht es nicht hier wie dort um eine radikale Neuorientierung, hat nicht der Kanzler selber die Parole ausgegeben, das neue Deutschland müsse ein Land sein, »das wieder zu sich selbst findet«, seine Wirtschaft brauche »einen Befreiungsschlag«, Deutschland müsse sich auf »stürmische Zeiten in der Welt« einrichten? Und ist die Aufgabe nicht längst angepackt? Ist es dem Außenminister nicht gelungen, zur höheren Ehre der Nation sogar in Europa einen Krieg zu inszenieren? Hat der Kriegsminister es nicht geschafft, aus der Bundeswehr eine Interventionstruppe zu machen, die überall auf der Welt eingesetzt werden kann, wo menschenrechtliche, freiheitliche, westliche, humane, kurz: deutsche Interessen auf dem Spiel stehen? Hat nicht der Arbeitsminister den Auftrag des Industriesprechers Necker, »die ganze Gesellschaft muß entschlackt werden«, brav an 600.000 Arbeitslosen exekutiert, die er in nur einem Jahr durch seine Kontrolleure um 1,6 Milliarden Mark Sozialhilfe bringen ließ? Haben nicht die Gewerkschaften sich verpflichtet, Arbeitsmann und Arbeitsfrau für immer weniger Lohn immer mehr arbeiten zu lassen? Nimmt nicht der Innenminister jede Chance wahr, die Privilegien der Staatsbürger und der hier lebenden Ausländer zugunsten der Polizei abzubauen? Hat nicht die Opposition mit angepackt, Deutschland den Asylanten wegzunehmen und den Deutschen wiederzugeben?

Gewiß, doch alles nur halb und halb, weil immer, wenn wer zum Befreiungsschlag ausholen und das Land auf stürmische Zeiten in der Welt einrichten will, Reminiszenzen an die Jahre vor 1945 und Normen aus den Jahren danach im Weg stehen. Die Erinnerungen verboten es dem Kriegsminister Rühe, seine Truppen gegen die Serben aufmarschieren zu lassen. Sie behindern den kurzen Prozeß mit Flüchtlingen, die man ihretwegen »ausländische Mitbürger« zu nennen gezwungen ist, bevor man die Kanaken rausschmeißt. Die nach 1945 beschlossenen Gesetze komplizieren die Einrichtung einer Geheimpolizei, die Vorbereitung von Kriegen, die Produktion und den Export von Waffen, den Einsatz identitätsstiftender Symbole wie Reichskriegsflagge oder 1. Strophe und vieles mehr. Ist das Land gerade wieder dabei, so richtig sich selbst zu finden, kommt irgendein Bubis daher und erinnert.

Wie in Italien zur Zeit des »arco«. Die imaginäre Brücke verband Christdemokraten und Kommunisten, die als Partisanen »in den Bergen« gegen Mussolini gekämpft hatten, und schloß die neuen Faschisten prinzipiell vom Verfassungskonsens aus. Die Brücke ist geschleift. Jetzt, sagt die »Frankfurter Allgemeine«, müßten die italienischen »Linksdemokraten und Kommunisten auf das Instrument des Antifaschismus verzichten. Die Italiener reagieren auf den Faschismus nicht mehr so wie die Kinder auf den schwarzen Mann.« Überhaupt müsse es ein Ende haben »mit der Hexenjagd auf angebliche oder wirkliche (!) faschistische, nazideutsche und neudeutsche Ungeheuer«, denn »wenn über das Unrecht von damals detailgenau berichtet wird, so gleitet das Geschichtsbewußtsein ab in die Klischees von Gruselstorys, die mit der heutigen Wirklichkeit nichts mehr zu tun haben.«

Heißt von Rom lernen siegen lernen? Es ist nicht so, daß der Kanzler und die Landsleute nicht wollten, und was sie können, tun sie allerorten. Als etwa ein neuer Bundespräsident gesucht wurde, haben sie sogleich einen Mann ausgeguckt, der seine Karriere der Protektion durch zwei Nazis, den Frey-Kumpel Maunz und den Marinerichter Filbinger, verdankt

und dafür in Deutschland geborenen Menschen, die nicht ausschließlich Deutsche sein wollen, zuruft: »Wir erwarten von euch die Rückkehr in das Land, das ihr offensichtlich als eure Heimat betrachtet.« Du gehen! Und noch wenn sie einen Friedenspreis des deutschen Buchhandels zu verleihen haben, achten sie darauf, daß es einen trifft, der erstens, aber das versteht sich sowieso, das »freiheitsfeindliche Gedankengut bei Lenin« aufgespürt habe, und bei dem zweitens die Zeit, die er im Konzentrationslager Buchenwald verbrachthat, »keine Ressentiments gegen Deutschland hinterlassen« habe sondern im Gegenteil: »Im KZ konnte er, der schon als Kind Deutsch gelernt hatte, den gesamten Hegellesen.« Kein Buchenwald – kein Hegel, kein Hegel – kein Friedenspreisträger Semprún.

Mussolinis Autobahnen waren die pontinischen Sümpfe südöstlich von Rom, die er in den dreißiger Jahren urbar hat machen lassen. »Berlusconi«, heißt es folglich in der »Welt«, »muß pontinische Sümpfe trockenlegen, den Niedergang aufhalten«. Deutsche Politik muß das auch. Lernen von der Aufführung in Rom darf sie freilich nur bis zu dem Akt, in dem die Tochter Mussolinis auftritt. Was sie in Erinnerung ruft, ist schlimm genug – ein Sohn Hitlers oder Himmlers riefe Auschwitz wach, mit Fritz Göring in einer Regierung der nationalen Rettung hätte Mercedes das letzte Auto der S-Klasse in die USA verkauft. Opfer dieser Lehre wurde jüngst ein gerade eingestellter Ressortleiter im Feuilleton von Springers »Welt«. Weil er sich zu tief mit der Wochenzeitung der Jungnazis und anderen Leugnern der Judenvernichtung eingelassen hatte, betrieb die erzreaktionäre Redaktion eben jener »Welt«, die auf einem anderen Blatt das Trockenlegen der pontinischen Sümpfe feiert, seinen Rausschmiß.

Es war nicht alles schlecht bei Hitler, schließlich hat er die Autobahnen gebaut, oder in grün: Es war so vieles gut bei Hitler, wenn er nur keine Autobahnen gebaut hätte – das Unterscheiden und Mischen von dem Guten und dem Schlechten damals wird es in Deutschland nicht geben können. Von Rom lernen heißt deshalb, die Elemente faschistischer Politik, die zur Sicherung des Standorts Deutschland künftig gebraucht werden, vom Nazi-Ruch befreien. Wie das geht, zeigten die Reaktionen auf den Brandanschlag von Solingen wie auf den »Herrentag« von Magdeburg. Mit jenem wurde eine Mehrheit für die Abschaffung des Asylrechts mobilisiert, dieser soll, wie die »FAZ« vorschlägt, den Ausbau des Polizeistaats voranbringen: Politiker, die sich öffentlich über die zuvorkommende Behandlung der Nazis durch die Bullen empörten, »müssen gefragt werden, was sie tun wollen, damit das Verhaften künftig leichter gehe«.

Konkret 06/94, S. 10

Herrschaftszeiten

Cuba libre 1

Was nach der Befreiung der Insel von Castros Kommunistenherrschaft sein wird, sieht die »FAZ« voraus:

In tausenden von vietnamesischen Dörfern stehen die Schulhäuser leer. Die Lehrer laufen davon, weil das Gehalt zum Überleben nicht mehr reicht. Und immer mehr Bauern nehmen ihre Kinder mit zur Feldarbeit, lassen sie den Unterricht schwänzen, damit genügend Geld in die Familienkasse kommt. Das sind die Folgen des wirtschaftlichen Umbaus, »doi moi« genannt: Weil sein Budget knapp geworden ist, hat der Staat das freie Spiel der Marktkräfte entdeckt. Die Finanzierung des einstmals vorbildlichen Bildungs- und Gesundheitssystems überläßt er zunehmend den Provinzen und privater Initiative. »Wir geben den Kindern zu essen, damit die Eltern sie überhaupt kommen lassen«, heißt es bei einer katholischen Schule. »In der Marktwirtschaft wollen viele Familien ihre Kinder so früh wie möglich zur Arbeit schicken.«

Cuba libre 2

Auch die »Zeit« weiß, was nach Castros Sturz sein wird:

Nicaragua: Vor vier Jahren wurden die Sandinisten abgewählt. Doch statt Demokratie und wirtschaftlicher Blüte brachte die Regierung dem Land die alte Korruption, neue Gewalt, bittere Armut und Hunger.

Cuba libre 3

Nicht einmal die »Welt am Sonntag« will den Kubanern Hoffnung machen:

Der Besuch Jelzins überblendete die Tatsache, daß die russische Wirtschaft in die Katastrophe abrutscht. Nach Analysen mehrerer deutscher Wirtschafts-Institute sanken die Industrieproduktion 1993 um 16 Prozent, die Investitionen um 15 Prozent, das Bruttoinlandsprodukt um 12 Prozent. Die verdeckte Arbeitslosigkeit beträgt 20 Prozent, sie wird im Laufe des Jahres offenbar werden. Die Verarmung immer größerer Bevölkerungsteile nimmt ein politisch nicht mehr kalkulierbares Ausmaß an.

Die »Welt« resümiert:

Keine deutsche Bank sei derzeit bereit, in Rußland Risiken einzugehen, sagt Hans-Martin Kaupp von der Hermes Kreditversicherungs AG. Auch der Bund zeige kein Interesse, Bürgschaften zu übernehmen.

Formel CSU

Damit nicht jedes Jahr mehr als zehntausend Autofahrer von rasenden Radlern zu Tode gefahren werden, hat sich Bayerns Innenminister Günther Beckstein zu einer mannhaften Tat aufgerafft: Bei einer »Aktion zur Verkehrssicherheit« verhängten seine Bullen 4.492 Verwarnungsgelder gegen Radfahrer und stellten 4.519 Mängelanzeigen aus. Die häufigsten Verfehlungen der Radfahrer seien Fahrten auf Gehwegen und in Fußgängerzonen, »Geisterfahrten« in Einbahnstraßen oder auf Radwegen, die Mißachtung roter Ampeln und das Fahren ohne Licht bei Dunkelheit. 171 Radfahrer hätten sich sogar einem Alkoholtest unterziehen müssen, sagte der Mann der CSU, deren autofahrende Parteiführer fast alle mit einem Röhrchen im Mund auf die Welt gekommen sind.

Super

Im Superwahljahr wird alles noch optimaler und womöglich sogar superer als bei Steffi. Die CDU, die deutsche Waffen und Soldaten in alle Welt schicken will, droht allen mit »Frieden für alle«, die Sozialdemokraten, auch nicht faul, sagen dreimal, was sie für die einen nicht haben und wozu sie die andern umso härter antreiben wollen: »Arbeit! Arbeit! Arbeit!« Und die FPD hatte in den Entwurf ihres Wahlprogramms den Satz geschrieben: »Wir sind die Partei der Leistungsträger und der Besserverdienenden von heute und morgen«, doch das sei »eine unglückliche Formulierung und ein Mißverständnis«, fand der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Solms, befürchtend, daß die unglückliche Formulierung der FDP zu einem 4,9 Prozent-Mißverständnis ausschlagen könnte.

Der innere Hundt

Soldaten dürfen weinen, und Gefühle sollen bei der Ausbildung in der Bundeswehr ausdrücklich ein Thema sein. Das hat Flottenadmiral Ulrich Hundt, Kommandeur des Bundeswehrzentrums Innere Führung, der »Mittelrheinischen Morgenpost« (Neuwied) gestanden. Daran sehe man, »daß sich bei der Bundeswehr wie auch in der übrigen Gesellschaft das Männerbild gewandelt« habe. Die Soldaten sollten lernen, »mit Angst und Wut, Trauer oder Resignation fertig zu werden«.

Blümchenmoral

Durch die Anordnung scharfer Kontrollen ist es dem katholischen Soziallehrer und Bundesminister Norbert Blüm gelungen, die Ausbeutung der Ausgebeuteten kraftvoll zu bekämpfen: Durch rigorose Überprüfung bei der Ausgabe von Arbeitslosengeld konnten in den letzten zwölf Monaten 1,6 Milliarden gespart werden. Von diesem Betrag, so errechneten Blüms Propagandisten, hätten 44.000 vierköpfige Familien ein ganzes Jahr leben können. (Wenn auch nicht ganz so gut wie Blüms und seiner Propagandisten Familien. Die Streichung von 10 Militärflugzeugen des Typs Jäger 90 hätte zwar den gleichen Betrag erbracht. Aber nicht den gleich hohen moralischen Rüstwert.)

Wertarbeit

Nach einem Bericht des Bundeskriminalamts soll von 1991 bis 1993 die Zahl der Verfahren wegen organisierter Kriminalität von 369 auf 778, die der Tatverdächtigen von 5.149 auf 9.884 gestiegen sein. Der durch organisierte Kriminalität entstandene Schaden liege bei zwei Milliarden Mark. Wozu die Mafia eine Organisation und 9.884 Verdächtige braucht, das schafft unser Dr. Schneider ganz allein.

GLAZ

Gegründet worden war die Westberliner »Taz« 1979 als »linksradikale Tageszeitung«. Einer ihrer langhaarigen Gründer hatte Arno Widmann geheißen. Fünfzehn Jahre danach bekommt die »Taz« einen neuen Chefredakteur mit weit in den Nacken reichender Stirn. Er heißt auch Arno Widmann. Anders als jener Arno Widmann kommt der glatzköpfige Arno Widmann aber nicht direkt aus der Bewegung, sondern direkt aus dem Feuilleton der »Frankfurter Allgemeinen« und aus der Chefredaktion der Modezeitschrift »Vogue«. Um herauszufinden, ob der eine mit dem anderen identisch ist, hat eine RedakteurIn beantragt, beiden die Schmierfingerabdrücke abzunehmen.

Fraternité

Einhundert Personen hat die Polizei bei einer Wahlkundgebung der »Republikaner« am 7. Mai in der Nürnberger Innenstadt verhaftet. Einhundert von den einhundert Personen waren antifaschistische Demonstranten.

Das Gelbe vom Ei

Nachtrag zu den Massenkundgebungen am Arbeiterkampftag 1. Mai 1994: In Hamburg waren zur zentralen Kundgebung des DGB mit Rudolf Scharping 6.000 Besucher gekommen, darunter auch solche, die den SPD-Kandidaten mit Eiern bewarfen und einen »Heuchler« nannten. Bei der Kundgebung der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG) mit dem Festredner Manfred Stolpe waren es 400 Zuhörer, bei Monika Wulf-Mathies in Cottbus 500. Im hessischen Alsfeld trafen sich zum 1. Mai 12 Erwachsene und 1 Kind.

Zum 77. Jahrestag jenes 13. Mai 1917, an dem die zehnjährige Schafhirtin Lucia dos Santos und zwei andere Kinder eine »weißgekleidete Dame« gesehen haben wollten, die sich als »Jungfrau Maria« (wie?) zu erkennen gegeben und allerlei geweissagt habe, kamen im portugiesischen Fatima 200.000 Abergläubige aus ganz Europa zusammen.

Der Körper des Fahrers ist geschützt, aber das größte Problem ist der Kopf

Niki Lauda, Exweltmeister in der Formel 1

Konkret 06/94, S. 12

Jürgen Elsässer

Von Kuweit-City nach Gorazde

Gestern Sarajevo, heute Gorazde, morgen Brcko oder Bihac: Je mehr die Nato in Bosnien Kriegspartei wird, umso nachhaltiger wird sie von Protagonisten der untergegangenen deutschen Friedensbewegung unterstützt. Doch Empörung ist hier fehl am Platz: Ohne ihre pazifistische Schminke sind die »edlen Seelen« (Saddam Hussein) bloß besonders gut zu erkennen

Wenn schon in Sarajevo trotz zahlreicher ausländischer Beobachter immer wieder unüberprüfbare Horrorgeschichten als feststehende Tatsachen verbreitet werden konnten, was würde dann in Gorazde möglich sein, wo sich seit Ausbruch der Kampfhandlungen Ende März kein einziger Journalist mehr aufhielt? Beginnend mit der großen moslemischen Pro-Interventions-Demonstration in Bonn am 10. April (25.000 Teilnehmer) setzte eine Desinformationskampagne ein, die sich gewaschen hatte. Jede Meldung eines Funkamateurs aus Gorazde, die in der Regel über das Göttinger Büro der »Gesellschaft für bedrohte Völker« in Umlauf gesetzt und vielleicht sogar dort vorfabriziert worden war, erhielt in den westlichen Medien den Status eines unparteiischen Augenzeugenberichts. Von den neuartigen serbischen Fallschirm-Bomben, deren Existenz nie verifiziert worden ist, über den Einsatz chemischer Waffen durch die Serben, den selbst das State Department ausdrücklich dementierte, bis hin zu den Terrorangriffen auf das städtische Krankenhaus, das Uno-General Rose hinterher kaum beschädigt vorfand – alles wurde bereitwillig geglaubt.

Den Vogel schoß wie immer die »taz« ab, die den angeblichen Appell des muslimischen Bürgermeisters von Gorazde am 22. April über die ganze Titelseite setzte: Die Nato solle endlich die Stadt bombardieren, im Klartext: die Einwohner liquidieren. »Wenn Sie uns schon nicht beschützen wollen, bitten wir um einen schnellen und würdevollen Tod, den wir uns mittlerweile sehnlichst wünschen!« Kritik am moslemischen Fundamentalismus hin oder her – diesen perversen Kitsch kann sich kein balkanischer Mullah ausgedacht haben, das klingt eher wie der leicht modifizierte Erpresserbrief eines larmoyanten Alt-68ers in einer völlig verkorksten Beziehungskiste: Verlaß mich nicht, sonst bring ich mich um.

Der ganze Schwindel flog auf, als sich nach Einstellung der Kämpfe die in Gorazde einrückenden Uno-Beobachter erstmals ein objektives Bild von den Schäden machen konnten. Schnell erklärten Uno-Offizielle, die vorher kolportierten Zahlen von 2.000 Verwundeten und 700 Toten seien »übertrieben«, es gebe »keinen Beweis« für die Behauptung derart hoher Opferzahlen (»International Herald Tribune«, 2.5.94). Der Eindruck sollte sich in den folgenden Tagen erhärten: Statt der ursprünglich angegebenen 600 waren es schließlich 200 Schwerverletzte, die zur Notaufnahme nach Sarajevo ausgeflogen wurden, darunter befanden sich auch Langzeitpatienten, die schon vor den aktuellen Kampfhandlungen in Behandlung gewesen waren, und »junge Männer, die von der Bahre hüpften und zu Fuß in die Stadt gingen«, wie Uno-General Rose bestätigte. Aber selbst mit diesen Scheinopfern konnten die von der Uno angebotenen Erste-Hilfe-Hubschrauber nicht ausgelastet werden: Einige mußten leer zurückfliegen. »Es wurde ein falscher Eindruck vermittelt, um die Version von den bosnischen Serben als dem Feind zu stützen«, sagte ein UN-Offizier gegenüber der »New York Times«. Das Motiv: »Die Moslems glauben, daß sie die Amerikaner in den Krieg ziehen können.«

Bei USA und Nato hätte das auch fast geklappt: Clinton und Wörner drängten auf Luftangriffe und scheiterten nur am Veto des Uno-Sonderbeauftragten Akashi, die »Falken« im Pentagon wollten sogar Jugoslawien selbst bombardieren. Während man die Interessen dieser Herren ebenso schnell analysieren wie denunzieren kann, besteht an einem anderen Punkt ein echter Erklärungsnotstand: Warum hatte die Strategie, den Kriegseintritt von USA und Nato herbeizulügen, auch bei denjenigen Erfolg, die noch vor wenigen Jahren bei jedem Anlaß gegen USA und Nato auf die Straße gingen? Was ist der Unterschied zwischen dem Uno-Ultimatum gegen den Irak, das im Januar 1991 Hunderttausende dazu trieb, sich exhibitionistisch als gefühlsstarke Pazifisten zu entblößen, und den Uno/Nato-Ultimaten gegen die Serben, die von beinahe derselben Kundschaft nur deswegen kritisiert werden, weil man ihrer Meinung nach schon längst ohne Vorwarnung hätte hineinbomben sollen?

Hilfsweise könnte man vermuten, die Mutation der Peacenicks von gestern zu den Warlords von heute sei der massiven Manipulation durch die Medien geschuldet. Die suggerieren seit drei Jahren, daß alle Greuel in diesem Bürgerkrieg auf das Konto »der Serben« gingen. Allerdings: In Gänze kann diese Propagandawalze das Umfallen der Pazifisten nicht erklären. Denn selbst wenn alles richtig wäre, was die Medien »den Serben« unterstellen – der Überfall auf einen souveränen Staat, die Massenvergewaltigungen, die blutigen ethnischen Säuberungen – , dann wäre das doch nicht mehr als das, was auch dem Irak nachgewiesen wurde: die Annexion Kuweits, die Massenvergewaltigungen in Kuweit-City, die Auslöschung kurdischer Dörfer. Warum störte das die Demonstranten im Januar 1991 nicht? Warum wird eine Kundgebung unter dem Motto »Beendet den Krieg mit friedlichen Mitteln«, das in seiner Harmlosigkeit ganz gut von den damaligen »edlen Seelen« hätte erfunden worden sein können, diesmal nur von einer in der BRD geächteten Bevölkerungsgruppe veranstaltet, den hier lebenden Jugoslawen und Serben nämlich, ohne daß sich das vermeintlich andere Deutschland für diese Veranstaltung interessiert oder wenigstens gegen ihr willkürliches Verbot protestiert hätte? Was ist aus den einstigen Friedenskämpfern geworden? Haben sie sich so verändert?

Ich vermute, sie haben sich gar nicht verändert – und genau deswegen die Seite gewechselt. Die populärsten Parolen der Friedensbewegung entpuppen sich heute als Katalysatoren der Kriegshysterie. Zwei Beispiele: –

Zu den zentralen Anliegen der Friedensbewegung gehörte das »Selbstbestimmungsrecht der Völker« (im zweiten Golfkrieg vor allem das der arabischen). Auf dem Balkan jedoch wurde genau dieser Slogan zur entscheidenden Waffe der deutschen Außenpolitik. Im Unterschied zu den Westmächten, die auf eine Demokratisierung Gesamt-Jugoslawiens setzten, unterstützte Deutschland von Anfang an die Abspaltung der Teilrepubliken. Aber war das denn nicht die einzige Möglichkeit, sich vor dem serbischen Nationalismus zu retten? fragen die völkischen Beobachter von »FAZ« bis »taz«. Das Gegenteil ist richtig: Nur Jugoslawien als Ganzes war in der Lage, die atavistische Gewalt der verschiedenen Tribalismen, zu denen natürlich auch der serbische gehört, zu fesseln. Ethnische Säuberungen und KZs waren kein Produkt Jugoslawiens, sondern zwangsläufiges Resultat seiner Zerschlagung. –

Von Präsident Bush hatte die Friedensbewegung einen weiteren Agitprop-Schlager übernommen – die Sprechblase von der »neuen Weltordnung«. Der US-Präsident und seine Kritiker verstanden darunter dasselbe, wenn auch mit anderen Vorzeichen: Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts kämpfe jetzt der vereinte »Norden« gegen den »Süden«. In dieser Weltsicht mußte Israel notwendigerweise zum »Norden« gehören, was das kaltschnäuzige Desinteresse der Ökopaxe gegenüber dem jüdischen Staat erklärt, während die islamisch-arabische Welt – unabhängig von ihren Petrodollars – ein Teil des ausgebeuteten »Südens« wäre. Genau dieser Topos ist auch dafür verantwortlich, daß Alija Izetbegovic und seine Mudjahedin selbst in der linken Presse so große Sympathie genießen. Tatsächlich gibt es keine neue Weltordnung, sondern jene alten Konstellationen kehren zurück, die zu 1914 und zu 1939 geführt haben. Wer diese Wirklichkeit nicht begreifen will, wird von ihrer Ideologie überwältigt. Oder wie sonst ist erklärbar, daß man sich mit Kriegsopfern nur dann identifiziert, wenn sie zu den historischen Verbündeten Deutschlands gehören, wie im Falle des NS-freundlichen Irak, nicht aber, wenn sie als historische Widersacher Deutschlands auffällig geworden sind, wie im Falle Serbiens?

Die Demonstrationen während des Golfkriegs waren ein kurzlebiger Spuk. Kein Wunder: Die Aufregung galt einer Fata Morgana, der Luftspiegelung der untergegangenen Pax Americana. Gegen Saddam zwangen die USA zum letzten Mal die Koalition zusammen, die sie in den letzten Jahrzehnten angeführt hatten. Der Realität entsprach das Trugbild schon damals nicht mehr: Mit der Wiedervereinigung Deutschlands war die Vormachtstellung der USA geplatzt – und damit die Lebenslüge der deutschen Friedensbewegung. Nach diesem schlichten Weltbild ist das unschuldige Deutschland zunächst von den bösen Amerikanern geteilt worden, dann haben die Supermächte die Deutschen in Ost und West in einen Bruderkrieg hetzen wollen, schließlich hat »uns« gar die Vernichtung durch einen »atomaren Holocaust« gedroht ... Seit der Annexion der DDR, seit der deutsch-irakischen Giftgas-Connection, seit der Brandstiftung auf dem Balkan aber ist unübersehbar: Deutschland ist Täter, nicht Opfer.

Der notwendige Aufbau einer Opposition gegen die deutsche Außenpolitik kann folglich nicht an den Grundannahmen der untergegangenen Friedensbewegung anknüpfen, sondern muß mit ihnen brechen. Karl Liebknecht konzentrierte diesen Bruch 1914 auf die einfache Formel: »Der Hauptfeind steht im eigenen Land!« Leider wurde das damals in der weiteren theoretischen und praktischen Arbeit nicht besonders ernst genommen. Aber das ließe sich ja ändern.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 5/94 über den D-Day

Konkret 06/94, S. 13

Dokumentation
Nicht im Einklang

Mit Schreiben vom 12.4.94 hatte ein Mitarbeiter von Televizija-Radio-»Drina« bei der zuständigen Berliner Polizeidienststelle für den 23.4. eine Demonstration serbischer Vereine in der Bundesrepublik unter dem Motto »Beendet den Krieg mit friedlichen Mitteln« angemeldet. Mit Datum vom 19.4. bestätigte das »Referat Ordnungsbehördlicher Staatsschutz« des Berliner Polizeipräsidiums den »Aufzug« unter genauer Angabe von Zeit (14.00-18.00 Uhr) und einzuschlagender Wegstrecke: »Adenauer Platz (Sammelpunkt) – Kurfürstendamm – Breitscheidplatz – Tauentzienstr. – Wittenbergplatz (Kundgebungs- und Auflösungsort«. Einen Tag vor der geplanten Demonstration jedoch erhielt der Antragsteller ein weiteres Schreiben des Staatsschutzreferats, demzufolge »nach zwischenzeitlich eingetretener Änderung der Sach- und Rechtslage (...) wir nunmehr wie folgt entschieden (haben): 1. Der vorbezeichnete Aufzug wird gem. § 15 Abs. 1 VersG ausnahmslos verboten. 2. Dieses Verbot umfaßt auch alle Ersatzveranstaltungen im Land Berlin am 23.04.94.« Das Interessante an diesem keineswegs ungewöhnlichen Verbot nun ist seine Begründung, die KONKRET hier im Wortlaut dokumentiert. Sie stellt ein Novum im Umgang der bundesrepublikanischen Staatsgewalt mit politischem Protest oder auch bloß »abweichenden« Meinungen dar, indem sie die Sorge um »öffentliche Sicherheit und Ordnung« mit einer polizeilichen Festschreibung angeblicher historischer Fakten verknüpft, indem sie also das staatliche Gewaltmonopol um ein staatliches Wahrheitsmonopol ergänzt und dieses mit jenem durchzusetzen unternimmt. Nach dem Schema dieser Begründung ließe sich in Zukunft jede beliebige Demonstration oder Protestveranstaltung zu jedem beliebigen Thema verbieten:

Nach § 15 Abs. 1 VersG kann ein Aufzug verboten werden, wenn nach den zur Zeit des Erlasses der Verfügung erkennbaren Umständen die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bei Durchführung des Aufzuges unmittelbar gefährdet ist. Dies ist hier der Fall.

Nach uns erst heute zugegangenen, sehr ernst zu nehmenden Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden steht zu befürchten, daß das von Ihnen angegebene Thema eine andere als die vordergründige Bedeutung hat. Es dürfte vielmehr darauf hinauslaufen, die historischen Tatsachen des Angriffskrieges der bosnischen Serben gegen die moslemische Bevölkerung verzerrt darzustellen und gegebenenfalls zu verherrlichen. Dies folgt schon daraus, daß die Führer der bosnischen Serben in der Vergangenheit – insbesondere jedoch in den letzten Tagen im Zusammenhang mit den Ereignissen um Gorazde – ständig verbal ihre Friedensbereitschaft bekunden, tatsächlich jedoch Völkermord an den bosnischen Muslimen begehen.

Darüber hinaus steht zu befürchten, daß serbische Tschetniks zu Ihren Aufzugsteilnehmern gehören oder hinzutreten werden, die Vergeltung für die in den letzten Tagen erfolgten Luftangriffe auf die serbischen Belagerer von Gorazde durch strafbare Handlungen begehen wollen. Die dadurch eintretende unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit kann im Interesse des Rechtsfriedens nicht hingenommen werden.

Auch beim Ausbleiben zu befürchtender Straftaten verletzt eine wie auch immer verherrlichende Darstellung des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges serbischer Verbände gegen die bosnisch-muslimische Bevölkerung das sittlich-moralische Empfinden der Bevölkerung ganz erheblich.

Ein solches Verhalten ist nicht mit der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Einklang zu bringen, denn es verletzt gröblich die Anschauungen, Vorstellungen und Empfindungen der ganz überwiegenden Mehrheit der hiesigen Gesamtbevölkerung vom friedlichen, gedeihlichen und spannungsfreien Zusammenleben der Menschen unter dem Wertesystem des Grundgesetzes.

Die nach pflichtgemäßem Ermessen unter Gesamtwürdigung aller Umstände getroffene Entscheidung ergibt somit, daß eine Ersatzmaßnahme in Form einer lediglich beschränkenden Verfügung sich nicht anbietet. Es ist vielmehr das erlassene Verbot aus der in der Verfügung ersichtlichen Art zwingend erforderlich.

Konkret 06/94, S. 15

Franz Josef Degenhardt, Klaus Schönberger, Doris Gercke, Robert Kurz, Georg Fülberth

KONKRET-Stichprobe
Alkmenes Schnippchen

KONKRET hat fünf Autorinnen und Autoren gefragt, wie sie's in diesem Jahr mit dem Wählen halten

Franz Josef Degenhardt

Man sollte sich eigentlich schämen, solche Selbstverständlichkeit noch einmal von sich zu geben, daß Wahlen nichts ändern, weder ein größeres Übel durch ein kleineres ab-, noch Deutschnationales oder Faschismus aufhalten, nicht die Deutsche Bank, nicht Daimler und andere Waffenschmieden an irgend etwas hindern oder das Ozonloch stopfen helfen und dergleichen und so weiter.

Daß ich trotzdem beinahe zwanghaft immer gewählt habe, liegt an meinem Geburtsjahr und an meiner Biographie. Für mich und meinesgleichen bedeutete nach 1945 das Wählen so etwas wie einen Befreiungsakt; eine Illusion natürlich, aber eine erstaunlich resistente. Außerdem ist meine Stimme seit eh und je in meinem Wahllokal die einzige kommunistische. Würde sie fehlen, wäre man hierorts ziemlich enttäuscht. Aber vielleicht schaff ich's diesmal, denen ein Schnippchen zu schlagen und nicht zu wählen. Ich hoffe, es gelingt mir.

Klaus Schönberger

Ich finde, wir sollten uns an den Wahlen beteiligen. Ich liebe Wahlen. Ich wähle, also bin ich. Schon als Kind war ich begeistert von Wahlen. Noch genau erinnere ich mich an jene Schellack-Platten, die für Ludwig Ehrhard und »seine«CDU warben. Wir liefen den Lautsprecherwagen hinterher, die durch unsere Siedlung fuhren. Da wußten wir, daß fortan eine ganz besondere Zeit anbrechen würde: Wahlkampf! Schon damals wollte ich nicht einsehen, daß wir nur zwischen Dash und Persil, das dafür aber 20 mal, sollten wählen können. Und heute? Superwahljahr! – Klingt das nicht nach Super-Berti und Super-Illu? Von wegen Walhalla. Wie wählen? Wahltag ist Zahltag – bloß für wen? Alles Stimmungsmache? Wir werden übereinstimmend wahllos um uns stimmen. Kuck mal, wer da stimmt. Es ist schon ein Kreuz mit der Stimmabgabe. Aber dann der Auftritt der Meyer-Vorfelder-/Wetter-Bande (beide CDU): Würden Sie diesem Typ Ihren Wahlzettel als Lottoschein anvertrauen? DGB & SPD schreiten Seit' an Seit': »Sicherheit statt Angst«. Fürchte dich nicht, ruft es aus dem anarchischen Literatenhimmel: »Ihr sollt Eure Stimme nicht abgeben, sondern erheben!« Gerettet!

Doris Gercke

Ich wähle nicht, weil ich nicht bei irgendwelchen verlogenen Theateraufführungen mitmachen will, die da heißen: –

in einem demokratischen Staatswesen beteiligt sich die mündige Bürgerin durch Ausübung ihres Wahlrechts an der Ausgestaltung der Demokratie, oder –

mit der Stimmabgabe für eine demokratische Partei bekämpft man die Gefahr von rechts.

Diese und ähnliche Argumente dienen dazu, die Menschen an die Wahlurnen zu locken, um den Schein demokratischer Verhältnisse wahren zu können und talentlosen Männern gutbezahlte Jobs als Politiker zu sichern.

PS: Der Kampf um die Macht im Staat scheint mir nach wie vor notwendig zu sein. Ich werde mich erst wieder daran beteiligen, wenn die Herrschenden Edzard Reuter (oder ein vergleichbares Kaliber) als Kanzlerkandidaten aufstellen; dann natürlich auf der Gegenseite und nur, wenn sich noch genügend Mitstreiterinnen und Mitstreiter finden, die mit mir der Meinung sind, daß es nicht ausreicht, alle vier Jahre zur Wahl zu gehen.

Robert Kurz

Scharping kann man nicht einmal zähneknirschend wählen. Genausogut hätte die SPD einen intelligenten Rasenmäher aufstellen können. Wer närrisch genug ist, immer noch mit einem »kleineren Übel« zu spekulieren, der müßte sowieso bei der CDU sein Kreuzchen malen. Denn die alteingesessenen Bosse der demokratischen Metzgerinnung gehen im Zweifelsfall vielleicht noch vorsichtiger zu Werke als die fordistische Autofahrerpartei SPD, die ihre Systemtreue gerade in der Krise durch besondere Schlächterqualitäten immer neu beweisen muß. Ganz zu schweigen von den grünen Metzgerlehrlingen, die ihrer staatsmännischen Meisterprüfung entgegenfiebern: »Wir müssen lernen, offensiv zu sagen, daß wir wehtun wollen« (Renate Künast, AL Berlin). Danke.

Wer zur obsoleten Verstaatlichung keine andere Alternative sehen mag als die Vermarktung von Leben und Welt, der wird in der weitergehenden Systemkrise der Marktwirtschaft nichts anderes tun können, als die Bedürfnisse und Möglichkeiten

dem Finanzierbarkeitsterror zu opfern. Eine rot-grüne Regierung wird die Massen die Suppe auslöffeln lassen, die vom blinden Systemprozeß gekocht und von der konservativ-liberalen Regierung eingebrockt worden ist: zweiter Arbeitsmarkt mit »Mac-Jobs« und Stillegung kommunaler Kultur statt sozialökologischer Reformen; kapitalistische Weltpolizei statt neue Weltwirtschaftsordnung.

Deshalb selbstverständlich: NICHTWÄHLEN. Dafür aber Beteiligung an kritischen Initiativen jenseits der demoskopisch verblödeten Politiksphäre, darunter auch an theoretischen. Denn die alten (staatsfixierten) linken Ideen tragen nicht mehr. Nicht politizistische Sandkastenspiele sind angesagt, sondern ein Paradigmenwechsel radikaler Kritik.

Georg Fülberth

Den Namen der Partei, die ich 1994 zweimal wählen werde, nenne ich nicht. Es würde ihr nichts nützen, und ihren hasenfüßigen Vorstehern wäre meine Reklame peinlich. Hinzukommt, daß ich keine Gründe für meine Wahlentscheidung angeben kann. Das Programm der von mir bevorzugten Partei kenne ich nicht, ich weiß nicht einmal, ob sie eines hat. Ihr Benehmen finde ich nur teilweise ansprechend. Einer meiner Freunde hatte Aussicht, Spitzenkandidat in einem großen Bundesland zu werden. Er wurde dann aber auf die zweitbeste Liste verwiesen. Ich habe den Verdacht, daß man ihm dort inzwischen einen Bündnispartner vor die Nase gesetzt hat. Dennoch stimme ich für seine Partei, denn irgendeinen Grund muß er ja für sein Engagement gehabt haben.

Vielleicht wird man sagen, ein Mensch wie ich solle dann doch besser überhaupt nicht wählen. Das ist richtig, aber ich habe einen Treue-Komplex. Außerdem würde ich durch meine Enthaltsamkeit dem Staat Geld schenken. Meine Stimme ist 1,30 DM Wahlkampfkostenerstattung wert. Die soll jene Partei schon haben, zumal ich das Geld nicht aus der eigenen Tasche ziehen muß (genauer: über direkte und indirekte Steuern komme ich nur für etwa ein Sechzigmillionstel meiner Entscheidung auch finanziell auf).

Warum aber gerade diese Partei, die – im Unterschied zu allen anderen – meine Stimme gar nicht will? Warum nur, warum? Ach ... sprach Alkmene, ach ... ich kann einfach Walter Ulbricht nicht vergessen.

Konkret 06/94, S. 16

Gregor Gysi, Karl Held

Nachdenken in Ingolstadt

»Ist Wählen verkehrt?« Über diese Frage stritten Gregor Gysi und Karl Held während einer Veranstaltung, die das »Café konkret« am 20. April in Bochum durchführte. KONKRET bringt Auszüge dieses Gesprächs

Gysi: Es gibt in jeder Gesellschaft zwei Öffentlichkeiten, eine offizielle, eine nicht offizielle. Wenn der Abstand zwischen beiden zu groß wird, beginnt die Gesellschaft sich zu zerstören, das kenne ich aus der DDR. Wir haben es mit einer ganz ähnlichen Situation in der Bundesrepublik Deutschland zu tun. Nun gehöre ich nicht zu denjenigen, die sagen, nicht wählen sei eine Katastrophe. Wenn jemandem nichts von dem gefällt, was bei einer Wahl zur Auswahl angeboten wird, wüßte ich nicht, weshalb er sich für irgend etwas entscheiden soll, was ihm nicht gefällt. Es gibt keinen Zwang für das kleinere Übel. Wenn einem nichts gefällt, wählt man eben nichts. Das halte ich auch für eine politische Entscheidung.

Natürlich hat das Nichtwählen damit zu tun, daß viele sehr unbefriedigt nach solchen Wahlen sind und dann ja auch kaum noch Einfluß auf die politischen Vorgänge haben. Deshalb bedürfte das Wahlrecht dringend einer demokratischen Reform, die aber abgelehnt wird. Wir haben mehrere Wahlrechtsänderungen vorgeschlagen, ich nenne mal nur ein paar Stichworte: Abschaffung der Sperrklausel, Herabsetzung des aktiven Wahlrechtsalters auf 16 Jahre, Einführung des Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer, die 5 Jahre oder länger ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben.

Nun kann ich die Frage, warum man denn überhaupt wählen sollte, nicht so abstrakt beantworten, weil ich deutlich sagen muß, bevor einer falsch wählt, soll er lieber gar nicht wählen. Ich kann nur begründen, weshalb ich zum Beispiel eben die PDS wähle und auch für sie kandidiere. Im wesentlichen geht es mir darum, daß ich glaube, daß Veränderungen in der Gesellschaft mit Oppositionen beginnen und daß der Wert von Oppositionen viel zu gering bemessen ist. Natürlich bin ich mir darüber im klaren, daß außerparlamentarische Oppositionen, außerparlamentarische Bewegungen sehr viel wirksamer sind als parlamentarische. Wir haben nur gegenwärtig keine außerparlamentarische Bewegung, oder so gut wie keine. Im übrigen muß im Falle einer außerparlamentarischen Bewegung eine adäquate parlamentarische Opposition nicht schaden, sondern sie kann eher nutzen. Ich habe beim Arbeitskampf der Kali-Kumpel das erstemal erlebt, wie das funktioniert, wenn eine parlamentarische Gruppe und eben die Kali-Leute das zusammen machen. Was da für ein gegenseitiger Gewinn entstehen kann und wie man hier außerparlamentarischen und parlamentarischen Kampf miteinander verbinden kann. Wenn er letztlich nicht den gewünschten Erfolg gebracht hat, dann auch deshalb, weil halt die Belegschaften anderer Betriebe nicht mitgemacht haben.

Ich glaube daher, daß das Sinn macht, diese Rolle zu spielen, und zwar im Parlament und außerhalb des Parlaments. Aus einem einfachen Grunde: Eine nicht veröffentlichte Meinung ist keine öffentliche Meinung. Und wir leben nun mal in einer Mediengesellschaft. Man kann sich ja über alle möglichen Instrumentarien in dieser Gesellschaft aufregen. Aber wenn man sie nicht nutzt, wird man überhaupt nichts zur Veränderung dieser Gesellschaft beitragen. Das heißt, Sie müssen Politik in die Öffentlichkeit bringen. Ob Sie mich mögen oder nicht – daß Sie mich überhaupt kennen, hängt eben damit zusammen, daß ich im Bundestag bin. Oder vorher in der Volkskammer war. Wenn ich da nicht gewesen wäre und wenn ich dort nicht meine öffentlichen Auftritte gehabt hätte, würden Sie eben nichts von meinen Anschauungen kennen. Das heißt, die Wirksamkeit, die Öffentlichkeitswirksamkeit wäre gleich Null. Für jemand, der politisch etwas verändern will, bedeutet, freiwillig auf die Chance von Öffentlichkeitswirksamkeit zu verzichten, auf Politik zu verzichten. Deshalb bin ich schon sehr dafür, daß wir uns an der Wahl beteiligen. Und die, die das mittragen und eine solche Haltung wollen im Bundestag und außerhalb des Bundestages, sollten das dann eben auch unterstützen. Man darf auch nicht unterschätzen, daß zur Politik in der Gesellschaft, in der wir leben, auch materielle Möglichkeiten gehören. Und die sind natürlich besser, wenn Sie im Bundestag sind, als wenn Sie nicht drin sind. Das ist einfach so.

Entscheidend ist aber folgendes: Durch die offizielle Politik und durch die Medien werden gesellschaftliche Themen stets so besprochen, daß der Eindruck entsteht, es gebe zur herrschenden Politik keine ernstzunehmende Alternative. Wenn Sie zum Beispiel die Diskussion um die Pflegeversicherung nehmen, dann dürfte sich im Bewußtsein der Bevölkerung verankert haben, daß es nur zwei Wege gibt: Entweder wir werden um zwei Feiertage beschissen oder um einen. Das ist die Alternative. Und das ist auch das, was an Opposition und Regierung sich darstellt. Würden sie aber die Einkommenssteuer nur um einen einzigen Prozentpunkt erhöhen, wäre die gesamte Pflegeversicherung bezahlt, und ich bräuchte weder über Karenztage noch über Feiertage oder weiß ich was nachzudenken.

Ich kann viele andere Beispiele nennen, wo es um eine ganz konkrete, auch durchaus machbare Veränderung von Politik ginge. Ich möchte gerne in den Bundestag, um Öffentlichkeitswirksamkeit dafür zu erreichen, daß wir über wirkliche Alternativen zu dieser Gesellschaft und ihrer gegenwärtigen Entwicklung nachdenken – in politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Hinsicht. Und ich weiß, daß die Möglichkeiten, einen Beitrag dazu zu leisten, mit Bundestag günstiger sind als ohne. Sie sind schon mit Bundestag für mich und die Abgeordneten der PDS eher sehr gering. Aber ohne Bundestag wären sie absolut Null. Denn wenn ich freiwillig am Rand der Gesellschaft vegetiere, kann ich zwar

hervorragend rummotzen, aber nie im Ernst die Gesellschaft verändern. Eigentlich will ich das dann auch gar nicht, oder wenn ich es will, dann fällt mir halt nicht ein, wie ich das schaffen kann.

Wer eine gesellschaftlichen Diskussionen will, wer eine wirkliche Opposition will, die nicht einbezogen ist in die Machtkungelei, der sollte PDS wählen, weil wenn wir bestärkt in diesem Parlament sitzen, werden wir mehr Öffentlichkeit mit unseren gesellschaftlichen Themen und Alternativ-Ideen erreichen. Ich habe eben ein Ingolstädter Manifest in Ingolstadt veröffentlicht, wo ich meine Vorstellungen zu einem neuen Gesellschaftsvertrag in der Bundesrepublik geäußert habe. Da ist sicher vieles entwicklungsfähig. Aber was mir Sorgen macht, ist, daß so selten tiefer nachgedacht wird.

Daß auch die PDS nicht das Gelbe vom Ei ist, weiß ich selber und besser als andere. Aber es ist ja alles relativ im Leben. Sie ist immer noch das beste, was der Parteienmarkt derzeit anzubieten hat. Im übrigen – das hat sich bei der Brandenburg-Kommunalwahl gezeigt – haben die Stimmen für die PDS die Regierung wirklich geärgert, was ich aus ihrer Sicht auch verstehe. Die wollen diese linken Politikansätze nicht im Parlament haben, und wir stören sie in ihrem Biotop-Dasein. Erst haben die Grünen sie acht Jahre lang gestört, und kaum haben sie die geschafft, sitzt da schon wieder so ein neuer Haufen rum, der stört. Man hat nicht so oft die Gelegenheit, seine Regierung zu ärgern, aber in diesem Superwahljahr haben Sie diese Möglichkeit, indem Sie PDS wählen. Das einzige, was sie wirklich ärgert. Und da verstehe ich nicht, warum man eine solche Chance auslassen sollte.

Held: Wer weiß, daß eine außerparlamentarische Opposition das einzig Senkrechte ist, der soll doch für sie tätig werden und sich nicht für den Notweg entscheiden. Jetzt kommt also eine neue Variante des kleineren Übels als Argument daher: Eigentlich wäre klassenkampfmäßige soziale Umwälzung und sonst was fällig. Aber weil das im Moment nicht unterwegs ist, beschränke ich mich eben darauf, wenigstens etwas in dieser Richtung zu tun. Ich vertrete andere Ansichten über Politik, über die Staatsführung, über die Art, in dieser Nation rumzuholzen. Alternativen will ich repräsentiert haben und zu Gehör bringen. Wenn alle die, die seit 50 Jahren so argumentiert haben, immer wirklich das andere getan hätten, dann gäbe es vielleicht dieses Ding namens außerparlamentarische Opposition wirklich.

Zweitens will ich nicht jemanden, ich zähle mich dazu, der ganz anderer Auffassung über Politik und die Parteien ist, die die Politik machen, klassifiziert wissen als außerparlamentarische Opposition. Ich will parlamentarische und außerparlamentarische Opposition nicht unterschieden haben. Es geht um einen Unterschied in der Sache. Der will mal festgehalten sein. Vielleicht ist ja dieses schnoddrige Argumentieren mit: Da kann man mal den Kohl ärgern oder die Regierungsparteien, wenn man die PDS wählt, für demokratische Gemüter, für Leute, die sich schon ewig über die ärgern, aber nicht genau wissen, warum, eine stimmungsmäßige Angebotstat, mag sein. Mir sagt das alles gar nichts. Kohl ärgern – das ist eine Dimension, die kommt mir nie in den Kopf.

Ich weiß, wozu Kohl oder auch sein Nachfolger aus der SPD, wenn es denn so ausgehen sollte, einen Staat führen. Was sie regieren, worüber sie regieren, das interessiert mich viel mehr, als diese Amateurspielchen: Da haben sie sich aber aufgeregt, wie wir einmal 20 Prozent gekriegt haben. Es geht mir um die Staatsräson. Es geht mir darum, worauf es denen überhaupt ankommt, die in Deutschland so oder ein bißchen anders oder noch ein bißchen anders die Macht haben wollen.

Das ist ja fast schon ein Porträt des Unsinns demokratischen Wählens, was Sie hier abgeliefert haben, ein Porträt der Belanglosigkeit des Stimmenabgebens, -auszählens, eine Karikatur auf den Versuch früherer kommunistischer Parteien, die gesagt haben, das Parlament ist eine Tribüne, aber eine des Klassenkampfes, und im Parlament wird der Staat mit seinen Zielsetzungen und Mitteln, mit seinen Gemeinheiten und Ambitionen schlecht gemacht, während die eigentliche Entscheidung darüber, ob der Staat sich so hält, wie er ist, in einer ganz anderer Sphäre fällt, über ganz andere, ich nenne es mal höflich ›Entscheidungsprozesse‹, als die des Handhebens im Parlament. Das war früher mal die Überlegung mit der Tribüne des Klassenkampfes.

Es ist irre, wie ehrlich, wie brutal Sie hier die Machtverhältnisse, die mit dem Stichwort ›Öffentlichkeit‹ bezeichnet sind, anführen. Von Öffentlichkeit kann man durchaus ausgegrenzt sein. Die kann man haben oder nicht. Die kann einem zur Verfügung gestellt oder auch entzogen werden. Öffentlichkeit ist doch nicht etwas, wo einer auf meine Argumente hört, darauf, was ich so an Überlegungen habe. Öffentlichkeit ist etwas Organisiertes, ist etwas mit Hetze und Vorbereitung. Sie meinen wohl, man muß nur ein Schlagwort zu seinen Gunsten unter die Leute bringen, und dann halten die schon irgendwie zu einem. Eine absurde Vorstellung.

Ich will auch nicht das Wahlrecht ändern, ich will vor allen Dingen nicht, daß jetzt auch schon 16jährige denselben Unsinn machen sollen, den bislang schon die ab 21 oder 18 gemacht haben. Sie haben Probleme mit der 5-Prozent-Hürde und meinen, runter auf 16, dann wird die zu überspringen sein. Aber das ändert doch überhaupt nichts an der Qualität der Entscheidung, die jemand trifft, wenn er seine Stimme abliefert. Was soll denn das? Zum Schluß wird im Kindergarten auch schon gewählt. Das kann’s doch nicht sein.

(Zwischenruf: »Und das entscheidest du!?«)

Na klar. Es ist seltsam, daß du mich das fragst. Der Vorschlag ist von mir abgelehnt. Aber der Vorschlag kommt doch nur von jemandem, der glaubt, daß mit den 16jährigen in der Wahl mehr anzustellen ist als bislang mit denen ab 18. Worauf kalkuliert er da? Das ist meine Frage. Was soll denn da gut dran sein? Wenn ich sage, wähle PDS statt CDU, dann muß es dafür Gründe geben. Da gibt es möglicherweise viele Gründe, aber die gibt es dann doch auch schon bisher für die 18jährigen. Da muß ich doch nicht ausweichen auf die noch jüngeren, weil ich glaube, die würden anders entscheiden. Ich kann doch nicht sagen, ich wähle mir eine andere Wählerschaft, und dann sieht es besser aus.

Wofür stehen Wahlen? Wahlen ändern nicht das Recht. Das Recht wird geändert oder beibehalten – von denen, die aus Wahlen ihre Macht beziehen. Dabei berufen sie sich aber nicht auf den Inhalt dessen, was Wähler meinen und möchten, sondern nur darauf, daß sie gewählt worden sind, und auf wirtschaftliche Sachzwänge. Bei jeder Wahlaussage einer Partei kommt man darauf, daß sie die Macht haben wollen, aber zugleich darüber Bescheid wissen, daß sie in gewisser Hinsicht ohnmächtig sind. Die größte Oppositionspartei in der Bundesrepublik, die SPD, weiß schon jetzt, was sie in der Arbeitslosenfrage garantiert nicht versprechen will und kann und soll. Sie alle wollen die Staatsräson – und die Arbeitsplätze sind da, entweder weil sie rentabel sind, oder sie sind nicht da, weil sie eben nicht rentabel sind. Daran wollen sie doch gar nichts ändern. Das kannst du gar nicht abwählen mit deiner Wahlstimme. Es ist doch beschlossene Sache, auf welchen Grundlagen dieser Staat beruht, welche Sorte Wirtschaft er haben, welche Rechnungsart er in der Gesellschaft zur Geltung bringen will. Das macht er doch mit seiner Staatsmacht. Also da ist überhaupt nichts zu holen. Darüber habe ich nachgedacht, und dafür brauche ich keine 16jährigen, das machen die Älteren mit ihrer Dummheit. Die stimmen für eine Staatsführung der einen oder anderen Sorte ab, aber sie werden nicht befragt darüber, nach welchen Prinzipien dieses blöde Gemeinwesen denn auf welche Staatsziele hin regiert werden soll.

Das gilt auch für Themen wie: wir und unsere Zuständigkeit für ganz Europa; unsere gewachsene Verantwortung in der Welt. Hat das einer bestellt, daß Deutschland eine gewachsene Verantwortung wahrnehmen und überall auf der Welt auf Kriege und sonstwas reagieren soll? Wieso denn eigentlich? Wieso soll ich außer für meinen eigenen Kram, zu dessen Bewältigung ich unter den herrschenden Verhältnissen kaum mehr imstande bin, auch noch verantwortlich sein für weltpolitische Fragen der ganz anderen Art – früher hat das mal Imperialismus geheißen, jetzt heißt das ›gewachsene Verantwortung‹, und immer wenn in Jugoslawien eine Frau geschändet wird, ist es eine Schande für Deutschland, das nicht verhindern zu können. Da muß man schon Nationalist sein und befürworten, daß die Nation mit ihrem Gewaltmonopol und mit ihren Gewaltmitteln auch nach außen die Zuständigkeit verdient, in der Welt Ordnung zu schaffen und nach dem Rechten zu sehen.

Gysi möchte ich nur fragen: Ist irgendeine Änderung der Staatsräson dieser Republik abzusehen? Ist da in der Wahl irgend etwas zur Wahl gestellt? Arbeitslosigkeit, Exportnation? Internationale Zuständigkeit – steht sowas zur Abwahl? Nein. Dann soll man aber auch nicht so tun. Die Ziele der Nation erfordern künftig offenbar, daß der Bessere nur der ist, der die fälligen Opfer ehrlich ankündigt und sie nicht verschleiert. Was ist das für eine Wahl? Wo ist denn da das Interesse des Bürgers? Es sei denn, er ist ein Nationalist und wünscht sich selbst auf eigene Kosten immerzu bloß den Erfolg der Nation.

Gysi: Ich kenne die 40jährigen Erfolge der MG in der Bundesrepublik Deutschland. Ihr habt die Welt enorm verändert in diesen 40 Jahren, nämlich um 0,0 Prozent.

(Zwischenruf Held: »Das Erfolgs-Argument ist das gemeinste in der ganzen Geschichte der Arbeiterbewegung. Verlieren, Nachgebenmüssen ist etwas ganz anderes als Recht oder Unrecht haben.«)

Du hast davon gesprochen, daß Deutschland eine andere Rolle in dieser Welt anstrebt und mit der eigenen Staatsräson das Recht für sich in Anspruch nimmt, diese Welt nach seinen Vorstellungen zu verändern, und zwar immer stärker auch durch Militär. Du hast gesagt, daß sie Kriege führen wollen, dem stimme ich zu, und deswegen sage ich dir eins: Da wird dieser Golfkrieg geführt, und da gibt es eine ganz breite gesellschaftliche Resonanz. Und da kann ich eben im Bundestag meinen absolut konträren Standpunkt zum Ausdruck bringen – gegen den Golfkrieg ebenso wie gegen den Einsatz in Somalia oder im ehemaligen Jugoslawien oder wo auch immer. Und es hören eben mehr, als wenn ich es nur hier sage. Das ist der Punkt. Das ist nicht meine Einbildung, das ist Realität.

Ich halte diesen Verzicht auf Öffentlichkeitswirksamkeit für einen Verzicht auf die Chance zur Veränderung von Denken und damit auch von gesellschaftlichen Strukturen. Und wenn du sagst, die Leute, die das immer erzählen mit dem Parlament, hätten die Zeit nutzen sollen, außerparlamentarische Bewegungen zu installieren, dann wird allerdings hier ein gravierender Unterschied zwischen uns deutlich. Ich bin der festen Überzeugung, daß sich außerparlamentarische Bewegungen nicht künstlich erzeugen lassen. Sie lassen sich unterstützen, man kann einen Beitrag leisten zu ihrem Aufbau, wenn die Stimmung dafür da ist. *Wenn* – du kannst sie nicht erzwingen.

Im übrigen schaffe ich sie mehr über den Bundestag als ihr mit eurer Ausgegrenztheit am Rande der Gesellschaft, davon bin ich überzeugt. Ich habe nie gesagt, daß ich statt außerparlamentarischer Bewegung Parlament mache. Ich habe in bezug auf Bischofferode gerade über die Verbindung zwischen beiden gesprochen. Ich mache weiß Gott mehr konkrete Arbeit vor

Ort als manche, die das immer auf ihre Fahnen schreiben. Ich kann gar nicht mehr zählen, wie oft ich in Bischofferode und an anderen Orten war, und habe mich nicht etwa auf den Bundestag zurückgezogen und gesagt, ich halte da eine Rede oder gehe in einen Ausschuß. Nein. Genau diese Verbindung halte ich für unheimlich wichtig. Und ich fände es eine Katastrophe, wenn auch über diesen Bundestag zum Beispiel keine Meinung mehr gegen den Golfkrieg etc. öffentlichkeitswirksam vertreten werden würde, weil das nämlich auch die Chancen verringert, daß Menschen kritisch über diese Prozesse nachdenken. Ich behaupte, es wäre bei aller Scheiße, die da passiert ist, ein Verlust, wenn es Reden wie meine in der Asylrechtsdebatte nicht gegeben hätte, weil sie dann sozusagen keinerlei Öffentlichkeitswirksamkeit erreicht hätten, oder viel weniger. Und in dem Sinne meine ich Opposition sehr ernst.

Ich habe bewiesen, daß ich auch wirksam werden kann, wenn ich im Bundestag bin, und sogar wirksamer. Und ich finde es für eine Opposition einen ganz absurden Gedanken, auf Mittel und Möglichkeiten verzichten zu wollen, wirksame Opposition zu machen. Ich bin gewillt, zumindest solange ich ernsthaft diese Gesellschaft verändern will, die Instrumente, die mir gegeben sind, möglichst öffentlichkeitswirksam zu nutzen. Und da habe ich nur eine begrenzte Wahl. Das weiß ich. Ob man es rüberkriegt und wie man es rüberkriegt, ist eine andere Frage.

(Zwischenruf: »Was willst du denn rüberbringen?«)

Zum Beispiel daß man die Massenarbeitslosigkeit sehr wohl mit einer alternativen Politik wirksam bekämpfen kann.

(Zwischenruf: »Wie denn?«)

Erstens brauchen wir eine sofortige Reduzierung der Arbeitszeit auf 35 Stunden pro Woche und ein gesetzliches Verbot von Überstunden, die über eine bestimmte Zahl hinausgehen. Zweitens brauchen wir den vollen Lohnausgleich für alle durchschnittlichen und unterdurchschnittlichen Einkünfte und gewisse Abzüge bei den überdurchschnittlichen. Drittens brauchen wir die Inanspruchnahme des frei vagabundierenden Kapitals von über 700 Milliarden Mark. Das ist sogar nach dem Grundgesetz möglich. Tut mir leid, das kann man machen, um damit Arbeitsplätze im Bereich von Ökologie, Kultur, Dienstleistung, Sozialbereich usw. zu schaffen.

Ich bin gerne bereit, unsere ganzen Programme, unsere Alternativen darzulegen. Ob Golfkrieg, Jugoslawien, Asylrecht, da haben wir eben wirklich absolut alternative Positionen bezogen und die untermauert. Und es wäre schlimm, wenn solche Positionen überhaupt keine Öffentlichkeitswirksamkeit mehr hätten und damit auch keine Chance mehr, sich Schritt für Schritt zu verbreiten.

Du hast dann gesagt, früher haben Kommunisten versucht, das Parlament als Tribüne des Klassenkampfes zu gebrauchen. Damit hast du den Parlamentarismus auf deine komische Art bejaht.

(Zwischenruf Held: »Nein!«)

Wolltest du damit sagen, daß du das auch schon falsch fandest?

(Zwischenruf Held: »Ja!«)

Es geht aber gar nicht in erster Linie um eine Tribüne, sondern es geht um die Nutzung vorhandener Instrumentarien, um Schritt für Schritt eine Öffentlichkeit herzustellen, die eine andere Gesellschaft anstrebt.

Weil du gesagt hast, daß du keine Wahlrechtsänderung willst, nehme ich an, daß du auch das Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer ablehnst.

(Zwischenruf: »Weil die den gleichen Scheiß wählen.«)

Ja, weil die den gleichen Scheiß wählen. Ich habe das Argument verstanden. Du unterstellst mir da ein Motiv. Du sagst, ich rechne mir aus, wie die wählen und daß ich davon Vorteile habe. Das ist wirklich CDU-Niveau, tut mir leid. Vielleicht traust du mir einen Gedanken mehr zu als den ganz engen Stimmenauszählungsgedanken. Dieser Gedanke mehr ist eine gewisse Erfahrung, die ich mit dem Rassismus in den letzten Jahren gemacht habe. Bei vielen Deutschen entsteht u.a. auch dadurch ein Gefühl der Überlegenheit gegenüber ihren ausländischen Nachbarinnen und Nachbarn, daß diese weniger Rechte haben. Das heißt, wenn du eine Gleichstellung in den Rechten herstellst, wertest du Menschen damit in der Sicht ihrer Kolleginnen und Kollegen und Nachbarinnen und Nachbarn auch in gewisser Weise auf. Schon deshalb möchte ich, daß Ausländerinnen und Ausländer das Wahlrecht haben, und zwar ganz egal, was sie wählen. Zweitens: Wenn 6 Millionen Ausländerinnen und Ausländer hier ein Wahlrecht bekommen, hat das den weiteren Vorteil, daß die herrschenden Parteien sich wenigstens in ihrem rassistischen Vokabular etwas zurücknehmen würden, weil sie auf deren Stimmen meinen angewiesen zu sein.

Natürlich weiß ich selbst, daß ich die Welt in diesem Bundestag nicht verändere. Aber ich arbeite wenigstens aktiv an Veränderungsmodellen und Vorschlägen mit meinen Mitteln und Möglichkeiten. Und es als gleichgültig zu betrachten, daß es viele Grüne und die PDS gibt, die zum Beispiel gegen diese Auslands-Einsätze sind, halte ich einfach für leichtfertig, weil es nämlich bedeuten würde, alles denen zu überlassen, deren Macht du eigentlich brechen willst. Du willst ihnen die Öffentlichkeit überlassen, du willst ihnen die Parlamente überlassen, du willst ihnen völlig allein die Meinungsbildung

überlassen. Und damit überläßt du ihnen allein letztlich auch die Wirksamkeit vor Ort. Das war ja auch das Ergebnis der letzten Jahrzehnte.

Held: Immerzu darüber zu reden, daß man Einfluß in der Öffentlichkeit haben will, daß man also Eindruck schinden will, das gehört zu einem Gewerbe, das nenne ich Wahlkampf, und dafür gebe ich mich nicht her. Vorhin hat einer gesagt, das hat mir ungefähr in den Kram gepaßt, es solle einer nicht riesige Finanzkapitalien umwidmen wollen nach Berechnungen, über die er gar nicht verfügt. Das ist die eine Seite der Illusionen, die da kursieren. Ich kann die Fortsetzung machen davon. Einmal an der Regierung beteiligt, würden diese Leute sich allen Rechnungen, die diese Nation regieren, unterordnen. Die würden sofort wissen, was da geht, was da nicht geht. Rentabilität ist schon noch der Hammer in diesem System, nicht Gebrauchswert und Nutzen und Auskommen und Einkommen.

(Zwischenruf: »Meine Steuern werden ja auch umgewidmet. Warum kann der Staat dann nicht Milliarden in die Betriebe ...?«)

Weil er es nicht will. Weil er seine Steuern zu einem ganz anderen Zweck einzieht als zu dem, den du von ihm verlangst. Du wirst viel schneller zum Verfassungsfeind durch deinen Umwidmungsantrag als du denkst. Jeder, der diesen Staat regiert, beruft sich erstens auf Sachzwänge des Rechts, zweitens auf Sachzwänge des ökonomischen Lebens, national wie international. Des öfteren stößt einem Bürger, einem arbeitslosen zumal, auf, man könne doch für diesen Tornado auch zwei Schulen bauen oder sowas. Immer wieder kommt das vor, das ist uralt. Das könnte man eben nicht, sage ich dagegen. Das geht eben nicht. Denn wer die Tornados in Schulen und Krankenhäuser umwidmet, der führt dann auch nicht diese Staatsräson durch. Der zieht auch die Leute nicht zu der Sorte Arbeit und Arbeitslosigkeit heran, die hier gefragt ist. Werd doch gleich Kommunist, möchte ich da raten.

(Zwischenruf: »Es gibt doch in der bürgerlichen Gesellschaft Paletten von Möglichkeiten ...«)

Ach, welche denn?

(Zwischenruf: »Ob ich einen Arbeitsplatz habe oder nicht, ist ein Unterschied. Und den *Staat gibt es nicht. Da gibt es auch Paletten, und* die *bürgerliche Gesellschaft gibt es auch nicht. Es gibt Paletten von ...«)*

Der Staat ist der Staat, wurscht, welcher es ist. Es ist eine politische Herrschaft, die hat ein Gewaltmonopol, die regiert ihre Leute. Die Mannschaft, die den Staat unter ihrer Fuchtel hat, hat Zwänge und Ziele. Über die hätte ich gern etwas gestritten. Aber genau das wird von euch jetzt konterkariert. Ihr sagt, dieser Staat in der richtigen Hand würde etwas anderes tun. Ja, dann stürz ihn halt gleich. Fragt mich doch nicht immer nach Alternativen. Die habe ich wirklich nicht.

Wer wählt, sage ich, ist ein Nationalist, der eine bessere Handhabung durch diesen Staat erfahren will. Er will sich der Obrigkeit unterwerfen, hat aber andere Vorstellungen darüber, wie. Ich möchte bloß wissen, wie ihr als aufgeklärte und freche Menschen darauf kommt, daß das eine Selbstverständlichkeit sein soll. Ich wähle, gebe meine Stimme ab, und dann wird mit dieser Stimme Staat gemacht. Das ist die passivste Art der Herrschaftsbestellung, die man sich ausdenken kann, mein Kreuz auf dem Stimmzettel. Damit habe ich dann satzungsgemäß darüber entschieden, wer die Mehrheit hat, wer diesen Staat nach seinem Gusto und nach seinen Gesetzen usw. führt. Auch in der Ausländerfrage, die die moralischen Gemüter immer am meisten erhitzt. Bitte, dann schafft das Ausländergesetz einfach ab und fordert nicht Wahlen für Ausländer – damit seid ihr dann ganz schnell Staatsgegner. Entweder, Gysi, es gibt eine Arbeiterbewegung, die das Zeug niedermacht, oder es gibt gar nichts. Dazwischen ist nichts zu haben.

Ein Staat scheidet zwischen den Seinen und den Fremden. Da gibt es ein ganzes Paket von Gesetzen, und die Ausländergeschichte der letzten 3, 4 Jahre ist bloß das I-Tüpfelchen drauf, richtig der Hammer dazu. Wie kommt ihr bloß ausgerechnet darauf, daß die Ausländer die gleichen Rechte und Pflichten besitzen möchten wie die Inländer, und dann wäre alles besser – das ist doch der größte Unsinn. Was wäre denn dann besser?

(Zwischenruf: »Der Staat hätte es lieber andersrum.«)

Ein schöner Einwand. Alles oder nichts? Darauf sage ich, damit der Mensch befriedigt ist: ja. Entweder man weiß, was man an der Demokratie und vor allem am Wahlkampf und am Institut der freien Wahlen hat, oder man weiß gar nichts. Es ist absurd, in einer Republik, die aus Auslandsfeindlichkeit Standortpolitik praktiziert, und in der treue Staatsbürger meinen, sie müßten die Auslandsfeindlichkeit, die diesem System innewohnt, noch um ihre private Ausländerfeindlichkeit bereichern, zu sagen, jetzt sollen bei uns Ausländer den Gemeinderat mitwählen. Merkt ihr nicht, wie inadäquat, wie unpassend das als Antwort auf die tatsächliche Lage ist? Auslandshetze, Standortpolitik, Europapolitik, Weltmachtpolitik, und immer auf Kosten der anderen, immer. Die anderen sollen darunter leiden, wir wollen den Export und weltwirtschaftlichen Erfolg haben. Und dann regen sich im Volk noch die richtig staatstreuen Gemüter und sagen, das nehmen wir in unsere eigene Hand, und wenn wir einen Ausländer sehe, hauen wir den zugrunde. Wenn sowas eingerissen ist, darauf zu antworten, jetzt sollen sie den Gemeinderat wählen, ist insofern inkommensurabel, als der schon gewählt wird. Es finden ja schon laufend Ermächtigungen statt, Ermächtigungen dazu, diese Nation zu führen mit den ihr eigenen Zielsetzungen. Die Ausländer brauchen doch kein Wahlrecht, sondern die brauchen endlich Schutz vor dieser Nation!

Gysi: Du hast die Frage nicht beantwortet, was du nun eigentlich willst, wie und mit welchen Mitteln und Methoden du diese Gesellschaft verändern möchtest. Du sagst: Entweder es gibt ‘ne Arbeiterbewegung oder es gibt keine, und solange die nicht da ist, ziehst du dich eben beleidigt zurück. Das ist keine Politik.

Zweite Bemerkung: Nie habe ich gesagt, daß du das Problem der Ausländerfeindschaft löst mit der Einführung des Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer. Es hilft nur ein Stück dabei. Das ist der Punkt. Du sagst, man soll das Ausländergesetz abschaffen. Sehr einverstanden. Ich bin ein strikter Gegner dieses Ausländergesetzes. Ich hätte nur gerne von dir gehört, wie du es abschaffen willst, wenn du darauf verzichtest, Öffentlichkeit gegen dieses Ausländergesetz herzustellen. Wenn ihr mir vorwerft, daß ich überhaupt zur Wahl antrete, werft ihr mir damit vor, daß ich u.a. diesen Weg der Öffentlichkeitswirksamkeit nutze. Und dagegen wehre ich mich.

Held: Ich habe hier keinen Aufruf zum Wahlboykott erlassen wollen. Ich habe sagen wollen, befaßt euch mal damit, was Wahlen wirklich leisten, was ihr Sinn ist.

(Zwischenruf: »Ich will jetzt Vorschläge haben, was man tun sollte!«)

Ihr seid alle tüchtig und lauter Was-tun-Leute. Wir müssen ja auch was tun. Nur: Gysi braucht, um Gehör zu kriegen, den Einstieg in die Öffentlichkeit mit ihren Medien, mit ihrem Wahlkampfbetrieb usw. Das ist ein Armutszeugnis für die demokratische Staatsform, wenn man sich erst dem ganzen Medienzirkus anpassen muß, um Gehör zu finden. Da habe ich schon vor Jahrzehnten eine ganz andere Entscheidung getroffen: Man muß eine Gegenöffentlichkeit machen, und die muß man selber herstellen – selber schreiben, selber drucken, selber verteilen, selber neu ins Gespräch kommen.

Vorhin ist was Furchtbares passiert. Gregor Gysi hat die Erfolglosigkeit dieses Bemühens zum Argument gegen dieses Bemühen gemacht. Und da muß ich sagen, der soll bloß aufpassen, daß er sich keine Retourkutsche einfängt – nicht von mir, sondern von denen in der Bundesrepublik, die das Sagen haben. Erfolglosigkeit ist nämlich kein Argument zur Entscheidung der Frage, wer Recht oder Unrecht hat. Man muß sich nämlich fragen lassen, was ich denn eigentlich zur Wahl stellen will? Welchen alternativen Umgang mit der Staatsmacht in Bezug auf ihren Umgang mit der Hoheit des Geldes, des Militärs usw. will er denn dieser Republik anempfehlen? Und wenn er dann keinen Erfolg hat, dann ist doch das nicht mein Argument gegen ihn. Dann ist doch das Argument immer noch, er hätte was Verkehrtes angestrebt, für etwas Verkehrtes geworben. Doch nicht, daß er bei seiner Werbung einen Mißerfolg erlitten hat!

Gysi: Ich behaupte nach wie vor, daß es legitim ist, darüber nachzudenken, wenn eine Methode erfolglos war, ob man nicht ‘ne andere versucht. Wieso alles immer so ausschließlich? Es geht doch auch vieles zusammen, um öffentlichkeitswirksam zu sein, und das heißt, um Meinungen zu beeinflussen, und das heißt, um die Voraussetzungen zu schaffen, die Gesellschaft zu verändern. Entweder das eine oder das andere – ich sage dir, dahinter steckt diese scheiß Avantgardetheorie. Und dieses avantgardistische Denken habe ich 40 Jahre hinter mich gebracht.

(Zwischenruf Held: »Quatsch!«)

Wer von uns beiden hat denn nun in der DDR gelebt? Ich bleibe dabei: Wer absichtlich am Rande der Gesellschaft bleibt, findet sich auch damit ab, daß er sie nicht verändern wird. Es gibt verschiedene Methoden, in eine Gesellschaft einzudringen. Das Parlament kann eine sein.

Held: Merkst du nicht, daß ich laufend argumentiere, daß Methodenfragen ganz schnell zu Sachfragen werden? Daß, wer meint, er möchte Einfluß gewinnen über Wahlen, sich überall auch präsentieren muß als Rechner, der für die Nation rechnet? Der weiß, was mit den Finanzen der Nation, mit den Soldaten der Nation angestellt wird? Der ist nämlich nicht mehr unbefangen, ums ganz vorsichtig auszudrücken, im Umgang mit den Mitteln der Nation, sondern der hält sie auch schon für selbstverständlich. Der hält schon sehr viel in der Sozial-, in der Ausländergesetzgebung, in der Militärgesetzgebung usw. für das ganz gewöhnliche Instrumentarium, das uns Deutschen ja zusteht. Und dann plädiert er für einen alternativen Umgang damit.

Jetzt komme ich daher und bin noch etwas alternativer und sage, legen wir uns lieber mal Rechenschaft darüber ab, weswegen es dieses Instrumentarium überhaupt gibt. Und kaum haben wir uns Rechenschaft abgelegt darüber, wird es uns ganz schwummrig. Wir wollen nicht die alternativen Verwalter dieser geltenden Machtmittel werden, sondern wir wollen diese geltenden Machtmittel zum Erliegen bringen. Das ist doch inhaltlich eine andere Position. Da geht es dann nämlich nicht mehr um das Problem, wie man am besten 700 Milliarden Mark vagabundierendes Geld verwendet, sondern da geht es zum Beispiel um eine Kritik des Kreditwesens und die Frage, wie das Geld heute funktioniert. Und das kritisiert ihr nicht, zumindest nicht richtig. Da bin ich mir ganz sicher.

Eine mehr als dreistündige Video-Aufzeichnung der Veranstaltung »Ist Wählen verkehrt?« kann beim »Cafe konkret«, Kortumstr. 19-21, 44787 Bochum, bestellt werden

Gregor Gysi ist Vorsitzender der Bundestagsgruppe der PDS/Linke Liste; Karl Held schrieb in KONKRET 4/94 über ökonomische Prognosen für 1994

Konkret 06/94, S. 22

Jürgen Trittin, Hermann L. Gremliza, Boris Gröndahl

Gefahr aus der Mitte

KONKRET-Gespräch mit dem niedersächsischen Minister für Bundesangelegenheiten, Jürgen Trittin (Bündnis 90/Die Grünen) über den »Rechtsrutsch« der deutschen Gesellschaft, den Modellcharakter der politischen Entwicklung in Italien und die Tendenz der Grünen, künftig Krieg als Mittel der Politik zu akzeptieren

KONKRET: *Herr Trittin, Sie haben im Herbst letzten Jahres ein Buch veröffentlicht mit dem Titel »Gefahr aus der Mitte. Die Republik rutscht nach rechts«. Wo liegt diese Mitte, und welche Gefahr kommt aus ihr?*

Trittin: Als nach der deutschen Wiedervereinigung der Rechtsextremismus zunahm, wurde er als eine Gefahr beschrieben, die von den Rändern der Gesellschaft kam: aus der ehemaligen DDR und von sozial Marginalisierten. Ich wollte darauf hinweisen, daß diese Gefahr, die mittlerweile in rassistischen Pogromen und dem Anzünden von Synagogen gipfelte, aus der Mitte der Gesellschaft kommt. Mit »Mitte« meine ich nicht nur die politischen Parteien, sondern gewissermaßen die politisch-psychologische Verfaßtheit dieser Gesellschaft.

Natürlich kann man das auch an Namen festmachen. Die CDU hat den Rassismus systematisch für ihre Zwecke instrumentalisiert. Ich habe mir allerdings die Mühe gemacht, zwischen rassistischer und nationalistischer Politik und der Instrumentalisierung von Rassismus und Nationalismus zu differenzieren. Da habe ich auch eine Differenz zu Leuten, die umstandslos die Linie zum Vierten Reich ziehen.

Sie sollen allerdings in London auch mal »große Teile der SPD« beschuldigt haben, den Rassismus hoffähig gemacht zu haben. In Ihrem Buch steht das so nicht. Halten Sie das denn für falsch?

Nein, es geht um etwas anderes. Es geht nicht um Zitatenhuberei, um die Suche nach rassistischen Entgleisungen, die sich irgend jemand irgendwo leistet. Da könnte ich in den Briefen von Kommunalpolitikern meiner eigenen Partei, die bei mir eingehen, genug rassistische Elemente finden. Aber Rassismus ist kein Vorurteil. Rassismus ist ein politisches Programm, das die Welt nach ethnischen Kriterien sortiert und hierarchisiert. Und das bewußte Ausspielen der rassistischen Karte hat es in der Tat nur bei der CDU gegeben.

Was Sie in Ihrem Buch sagen, geht schon etwas weiter. Im Untertitel beschreiben Sie einen Rechtsrutsch – vielleicht sollte man besser »Rechtsentwicklung« sagen – der gesamten Gesellschaft.

Ich habe lange über den Untertitel nachgedacht: Rechtsentwicklung? Wird nach rechts geschoben? Ich bin dann bei dem »rutscht« geblieben, weil die Strategie, mit der die Mehrheit der konservativen Partei gesichert werden sollte, einen Prozeß in Gang gesetzt hat, der von den handelnden Akteuren nicht vollkommen zu steuern ist. Mit dem »Rutsch« ist ausgedrückt, daß diese Strategie in der gesamten Gesellschaft eine Rechtsbewegung erzeugt, die andere mitzieht. Zum Beispiel die SPD mit Scharping, die daraus den Schluß gezogen hat, daß sie nur überholen kann, wenn sie rechts ausschert. Das heißt, in Folge dieser Rechtsbewegung wird die Mitte neu, nämlich weiter rechts definiert. Das »Rutschen« umfaßt genau das Unsteuerbare dieses Prozesses.

Kann man wirklich sagen, da fange eine Partei aus instrumentellen Erwägungen etwas an, das sich dann von selbst entwickelt? In Italien könnte man auch sagen, »die Republik rutscht nach rechts«, aber das ist doch ein richtig neues Modell.

Ist Italien übertragbar?

In den Leitartikeln der »FAZ«, die ja nun wirklich aus der Mitte der Gesellschaft kommt, wird seit den Wahlen Italien als das große Vorbild vorgestellt.

Das ist richtig. Italien erscheint schon fast als späte Verifizierung der Dimitroffschen Faschismusdefinition: Jemandem, den das italienische Finanzkapital in der Hand hat, und nichts anderes ist Berlusconi, wird die politische Macht übertragen. Die ökonomisch herrschende Klasse hält sich direkt eine Regierung – wenn auch mit breiter Unterstützung in der Bevölkerung und mit einem gewissen Maß an Rechtsstaat. Dieses Modell ist ohne Zweifel eines, das bei der deutschen Bourgeoisie Charme entwickelt.

Dennoch ist die Bundesrepublik weit entfernt von dem italienischen Ausmaß an Zerstörung der politischen Legitimation gerade der großen Volksparteien. Die sogenannte Politikverdrossenheit, übrigens ein klassisches rechtes Ideologem, ist in der BRD schon wieder in einer Krise. Meine These ist, daß die Volksparteien bis zur Bundestagswahl einen großen Teil der Verluste wieder wettgemacht haben werden.

Aber die Volksparteien werden sich dabei verändern. In der Bundesrepublik findet das, was in Italien außerhalb der Parteien stattfand, innerhalb der Parteien statt.

Ja, aber man kann noch nicht absehen, wie sich diese Veränderung vollziehen wird. Wir erleben zur Zeit die Regression der SPD zur Ein-Punkt-Partei ...

... auf dem SPD-Plakat vor Ihrer Tür sind es drei Punkte: Arbeit! Arbeit! Arbeit!

... die in Niedersachsen vorexerziert wurde, mit dem interessanten Resultat, daß die Rechtsextremen die Gewinne, die sie sonst von der SPD holen, nicht haben holen können. Doch das wird nicht lange vorhalten, das läßt sich ebenfalls in Niedersachsen schon beobachten. Dieser eine Punkt, Arbeitsplatzsicherheit, ist kein sinnstiftendes, umfassendes Ideologem, und Schröder fliegen seine ganzen nicht eingelösten Versprechungen ja schon jetzt um die Ohren.

Der Rechtsrutsch, den Sie konstatieren, bezieht sich ja auf die gesamte Gesellschaft. Wie weit auf diesem Weg nach rechts ist Ihre Partei, Bündnis 90/ Die Grünen, oder anders gefragt: Wo würden Sie die Hauptdifferenz zwischen den Grünen der alten BRD und der heutigen Partei sehen?

Dieser Vergleich ist schwierig anzustellen, weil die Partei durch die Vereinigung mit dem Bündnis 90 nicht homogener geworden ist. Das kann ich abschließend vielleicht sagen, wenn die Landtagswahlen gelaufen sind und ich gesehen habe, wie diese Menschen sich in der praktischen Politik verhalten. Zur Zeit sehe ich in den Grünen aus den neuen Ländern eine Mixtur von Grünen, wie sie in der Anfangszeit etwa im niedersächsischen Landtag saßen, bis hin zu Überzeugungstätern, die mit der CDU koalieren möchten – wobei ich ihnen immer wohlwollend unterstelle, daß sie dabei so eine idealisierte Geißler-CDU im Kopf haben. Aber ich verstehe die auch nicht immer, und ich glaube, das geht denen mit mir genauso.

Aber was Wolfgang Templin zum Beispiel über die deutsche Identität sagt, ist doch nicht schwer zu verstehen.

Ja, das verstehe und mißbillige ich auch, das ist doch gar nicht die Frage. Die Frage ist, was für eine Rolle Wolfgang Templin künftig in der Partei spielen wird. KONKRET neigt dazu, bestimmte Grüne für wichtiger zu halten, als sie sind. Antje Vollmer oder Wolfgang Templin sind stärker Medienereignisse als repräsentativ für die Grünen.

Ist auch Claudia Roth nicht repräsentativ, die Spitzenkandidatin der Grünen zu den Europawahlen? Es ist ja keine Erfindung von KONKRET, daß sie vor einem Jahr gefordert hat, im ehemaligen Jugoslawien mit Waffengewalt gegen die Serben vorzugehen?

Ja, das ist wahr. Und darüber habe ich mich mit ihr sehr heftig auseinandergesetzt. Aus einer ähnlichen, scheinbar singulären Situation heraus hat KONKRET Raketen für Israel gefordert.

Die Grünen haben die Auseinandersetzungen um den Krieg in Jugoslawien in besonderer Weise getroffen. Das hängt zusammen mit der moralisch begründeten Orientierung der Grünen an den Menschenrechten. Es hat sich in der Partei zunächst etwas Atmosphärisches verändert, das sich dann irgendwann in Beschlüssen niederschlagen wird, und das, fürchte ich, darin enden kann, daß die Grünen Krieg als Mittel der Politik akzeptieren. Die Lehre der Friedensbewegung, daß ein Krieg in Europa nicht führbar ist, beginnt im Zusammenhang mit Jugoslawien in Vergessenheit zu geraten.

An dieser Stelle habe ich im Moment am ehesten die Befürchtung, daß die Grünen nach rechts kippen. Dabei geht es nicht so sehr um diese Mickymaus-Diskussion, ob die Grünen nicht mehr pazifistisch seien – das waren sie ja nie. Sie waren immer eine Friedenspartei, aber sie haben Befreiungsbewegungen unterstützt, etwa mit der Kampagne »Waffen für El Salvador!«, die alles andere als gewaltfrei waren. Es gab keine geschlossene Begründung gegen den Einsatz von Gewalt, aber eine Ablehnung aller Formen des Unrechts.

Und das schlägt nun auf die Partei zurück und führt dazu, daß einige sich von einem wie Alija Izetbegovic instrumentalisieren lassen, der ja nun alles andere als ein Demokrat ist, sondern eher wie die in einen Anzug gesteckte Ausgabe jenes Schreckensbildes aussieht, mit dem man uns vor zwei Jahren vor den Einwanderungswellen aus dem Maghreb Angst machen wollte: ein islamischer Fundamentalist.

So unschuldig-unabsichtlich, wie Sie das darstellen, sind die Grünen wohl doch nicht in die eigene Falle der Verteidigung der universellen Menschenrechte getappt. Auch sie haben die »Verantwortung« des größer gewordenen Deutschland, in der Welt für Ordnung zu sorgen, als nationales Projekt mit übernommen, und zwar bewußt.

Ganz klar. Das gilt für Antje Vollmer, die das sogar so formuliert. Das gilt auch für andere, Leute, die nahtlos an ihren früheren Kampf gegen den von ihnen so genannten Sozialimperialismus anschließen. Es gibt ja Bilder von grünen Bundestagsabgeordneten auf den Panzern der Mudjahedin in Afghanistan, von wegen gewaltfrei, und dieselben Grünen kämpfen nun an der vordersten Front gegen die serbische Aggression. Das sind die, die schon immer ein klares Feindbild hatten. Mir ging es in dieser Beschreibung um Leute wie Claudia Roth, die unzweifelhaft zur Parteilinken gehört und die eigentlich nicht so einfach für dieses System zu vereinnahmen ist, Leute, die für diese Partei repräsentativer sind als Antje Vollmer, und bei denen nun dieser Mechanismus einsetzt. Es fällt ja niemandem leicht, zu den konkreten Ereignissen in Jugoslawien Position zu beziehen, weil es keine unschuldigen Standpunkte dort gibt.

Natürlich haben Sie völlig recht mit dem Einwand, daß sich eine Partei wie die Grünen davor hüten muß, immer so zu tun, als wenn sie der Staat wäre. Das hört sich vielleicht komisch an aus dem Mund eines Ministers, aber es ist so. Statt dessen hätte man im Fall Jugoslawien sich darauf konzentrieren sollen, die Interessen der handelnden Staaten zu analysieren, bevor man markige Forderungen erhebt. Die leitende Vorstellung der deutschen Anerkennungspolitik gegenüber Kroatien

und Slowenien war, daß entlang einer Linie zwischen Kroatien und Serbien Europa, also die deutsche Einflußsphäre, endet und der Balkan beginnt.

Eine Anerkennungspolitik, die die Grünen widerspruchslos hingenommen haben.

Was ein Fehler gewesen ist.

Überhaupt ist es faszinierend, wie parallel in Deutschland alle mit der Bundesregierung und den Medien marschiert sind und wie wenig Widerstand es gab. Kein Mensch hat sich hier über die ganz ersichtliche Desinformation beklagt, wenn einmal mehr ein Uno-Ultimatum an alle Parteien zu einem Ultimatum an die Serben wurde.

Das ist das eine. Viel erschreckender finde ich aber, daß es teilweise eben keine Parallelität gab: Die Vorlagen, die zu einer Parteinahme in diesem Konflikt geführt haben, sind teilweise erst von vermeintlich linken Organen gekommen. Die »taz« an vorderster Stelle ...

Erich Rathfelder ist unüberbietbar...

Erich Rathfelder hat auf dem Länderrat der Grünen erklärt, er würde selbstverständlich seinem Sohn dringend davon abraten, den Kriegsdienst zu verweigern, damit der in solchen Fällen auch eingreifen könne. So weit geht das ja. Am Anfang haben wir darüber gelacht. Ich erinnere mich noch an den ersten Aufruf, in Bosnien einzugreifen, der war unterschrieben von so illustren Gestalten wie Stefan Schwarz vom Stahlhelmflügel der CDU, Horst Niggemeier, dem kommunistenfressenden Rechtsaußen-SPD-Bürgermeister von Datteln, und Eva Quistorp von den Frauen für den Frieden. Wahrscheinlich war es verkehrt, darüber zu lachen.

Gibt es für Sie in dieser Frage eine Haltelinie, bei deren Überschreiten Sie sagen würden: Das wäre der 4. August 1914 der Grünen, ich gründe jetzt einen grünen Spartakusbund?

Naja, diese Kostümierung wäre vielleicht ein bißchen karnevalesk. Ich glaube, die Frage, an der sich das zuspitzen wird, ist, wie die Grünen sich zu der endgültigen verfassungsrechtlichen Regelung verhalten werden, die auf jeden Fall kommen wird. Werden die Grünen dem zustimmen, daß deutsche Truppen international eingesetzt werden können? Das ist die Frage, ob es die Zustimmung der Grünen dafür gibt, daß der Grundsatz der Selbstbeschränkung in der deutschen Außenpolitik ersetzt wird durch ein Prinzip der kalkulierten Eskalation.

Das wäre für mich der Abschied von der bisherigen friedenspolitischen Position, der Anschluß an den Mainstream, und da sehe ich auch die größte Gefahr der Anpassung. Wobei ich eher das Gefühl habe, daß diese Nagelprobe gar nicht stattfinden wird.

Keine rot-grüne Bundesregierung?

Also, die Bemühungen von Herrn Scharping, sich Schäuble-kompatibel zu machen, helfen der CDU zur Zeit bei einer grandiosen Aufholjagd. Bei einer möglichen Regierungsbeteiligung der Grünen, auf die wir uns dennoch vorbereiten müssen, weil es, da muß ich Joschka Fischer recht geben, Mehrheitsverhältnisse gibt, bei denen es gar nicht ums Wollen geht, sondern bei denen man einfach handeln und in die Regierung gehen muß, würde die Frage nach den Out-of-area-Einsätzen natürlich sehr präzise zu beantworten sein.

Wann wäre das der Fall?

Wenn am 16. Oktober die FDP rausfliegt und SPD und Grüne eine Mehrheit gegen die CDU haben, dann wäre der Erwartungsdruck beider Klientel so groß, daß sie sich dem Auftrag nicht entziehen könnten, Kohl abzuwählen. Und zwar ohne zu fragen, was danach kommen sollte. Erst mal nur weg damit. Wenn die Kohlregierung erst einmal abgelöst wäre, würde der Zwang entstehen, etwas an deren Stelle zu setzen. Die Erfahrung in Niedersachsen zeigt, daß diese Zwänge mit der Zeit immer stärker werden, weswegen man die wirklichen Veränderungen im ersten Jahr durchsetzen muß. Ein Jahr übersteht man immer. Ob man mehr als ein Jahr übersteht, hängt davon ab, wie solide die Koalitionsvereinbarung ist.

Die so etwas für die Grünen auszuhandeln hätten, wären in der schwierigen Situation, ein Reformprogramm festlegen zu müssen, das Bestand haben kann, ohne daß man nach einem Jahr den Schwarzen Peter hat, die CDU wieder an die Macht gebracht zu haben – bei gleichzeitigem Verrat aller eigenen Inhalte.

Die voraussehbare Konsequenz.

Ja, das ist eine mögliche Konsequenz, davor haben auch alle Angst, aber auf die Partei wirkt der Erwartungsdruck, die CDU-Herrschaft zu beenden.

Stöhnen kann man auch, wenn's einem gefällt. Manche haben es gern, daß der Druck der Verantwortung auf ihnen lastet, und vollziehen, wie der hessische Umweltminister, unter diesem Druck den Anschlußans Vaterland. Dann wäre eine rot-grüneRegierung auch ein weiterer Rutsch nachrechts.

Wenn die Kohlregierung abgelöst würde und eine rot-grüne Regierung käme, würden bestimmte Sachen anders gemacht werden. Das wäre zunächst das Gegenteil von Rechtsruck. Und Fischer gehört nicht zu denen, die sich gerne drücken

lassen. Er sieht eine solche Situation als eine, aus der man irgendwie so anständig wie möglich herauskommen muß. Das ist voller Risiken, das kann scheitern, aber es zu versuchen, daran führt kein Weg vorbei.

Wir arbeiten im Moment unter dem Titel »Wendepunkte« an einem Reformprogramm für diesen Fall, in dem klar steht: Das sind die zehn Projekte, die wir innerhalb eines überschaubaren Zeitraums mit den folgenden Mitteln durchsetzen wollen, und das sind die Punkte, die mit uns nicht zu machen sind: also zum Beispiel irgendwelche rechtlichen Grundlagen für Out-of-area-Einsätze zu schaffen.

Werden Offene Grenzen eins der Projekte?

Faktisch haben wir offene Grenzen. Grenzen haben wir im Innern, im Ausländer- und im Staatsbürgerschaftsrecht. Die CDU wird man nicht dazu kriegen, die Asylrechtsänderung plötzlich falsch zu finden, deshalb ist es sinnlos, darüber lange zu streiten. Da kann ich nur sagen, weg ist weg. Die Grenzen im Innern kann man wegkriegen: indem man zum Beispiel Zugang zur Staatsangehörigkeit schafft.

Tun wir noch einmal so, als wäre eine rot-grüne Regierung im Herbst möglich. Ist es vorstellbar, daß die gesellschaftliche Herrschaft in der BRD durch irgendwelche Wendepunkte, die sich eine grüne Partei ausdenkt, umdirigiert werden kann? Ist es vorstellbar, daß die SPD so etwas mitmacht?

Ob das nationale Projekt umdirigiert werden kann, weiß ich nicht. Ich habe es »Streusand gegen den Rechtsrutsch« genannt, das heißt ja nicht einmal Änderung der Richtung, sondern nur Verlangsamung der Fahrt. Dennoch kann ich nicht darauf verzichten, die existierenden Handlungsspielräume zu nutzen. Ich kann mich mit der Situation noch nicht abfinden, vielleicht meine Kinder zu Kampfeinsätzen zu schicken. Ich kann mich noch nicht damit abfinden, daß ein System der Inneren Sicherheit entwickelt wird, das erheblich über die jetzige Schnüffelei hinausgeht. Dagegen möchte ich noch ein bißchen kämpfen. Das ist kein großer gesellschaftlicher Entwurf, sondern einfach nur politischer Pragmatismus.

Mit Jürgen Trittin sprachen Hermann L. Gremliza und Boris Gröndahl

Jürgen Trittin ist noch bis zum 20. Juni 94 niedersächsischer Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten

Konkret 06/94, S. 25

ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

jeder ist uns der nächste 27

Freitag, 18.3.94 –

Das Landgericht Frankfurt/Oder stellt das Verfahren wegen eines Überfalls auf polnische Sportler sowie anderer Straftaten aus dem Jahr 1991 gegen drei 20 bis 22 Jahre alte Männer, die der rechten Szene zugeordnet werden, ein. Begründet wird dieser Schritt mit der langen Zeitspanne zwischen Tat und Prozeß und mit der Tatsache, daß die drei Männer unterdessen wegen anderer Straftaten verurteilt wurden. Mit einer neuerlichen Verurteilung sei »keine erzieherische Wirkung zu erzielen«.

Sonntag, 20.3. –

Brandanschlag auf ein Aussiedlerheim im sächsischen Bennewitz/Kreis Wurzen. Ein Vordach der Unterkunft gerät in Brand. Anfang April werden zwei 15 und 17 Jahre alte Jugendliche festgenommen, die die Tat gestehen. Als Motiv geben sie ihre ausländerfeindliche Haltung an.

Montag, 21.3. –

Die Staatsanwaltschaft Rostock erhebt Anklage gegen die beiden Einsatzleiter der Polizei bei den ausländerfeindlichen Krawallen in Rostock-Lichtenhagen im August 1992. Gegen Siegfried Kordus und Jürgen Deckert bestehe »hinreichender Tatverdacht einer fahrlässigen Brandstiftung«.

Dienstag, 22.3. –

In Böhlitz-Ehrenberg bei Leipzig überfallen Rechtsextreme ein Ausländerwohnheim. Sie schlagen die Scheiben des von portugiesischen Bauarbeitern bewohnten Wohnheimes ein und skandieren rechte Parolen. Die Polizei nimmt zwei Tage später einen 23jährigen aus Böhlitz-Ehrenberg und einen 25jährigen aus Leipzig fest. –

Nach Angaben des Leiters der Führungsstelle des Schutzbereiches Schwedt, Burkhard Heise, wurden im Januar und Februar 1994 in Schwedt insgesamt elf Verstöße mit rechtsextremistischem Hintergrund registriert. 1993 habe man es im gleichen Zeitraum mit der doppelten Anzahl zu tun gehabt.

Mittwoch, 23.3. –

Brandanschlag auf eine türkische Gaststätte in Bremen. Unbekannte Täter werfen eine mit Benzin gefüllte Gasflasche in die Gaststätte. Die fünf Bewohner des Hauses können sich mit Hilfe der Feuerwehr in Sicherheit bringen.

Donnerstag, 24.3. –

Das Bundeskriminalamt registrierte im Januar 299 ausländerfeindliche Straftaten. Das sind 36 weniger als im Dezember, aber 23 mehr als im November 1993. Weiter teilt die Bundesregierung auf Anfrage der PDS mit, daß es sich dabei um neun Brandanschläge, einen Sprengstoffanschlag, 40 Angriffe gegen Menschen sowie 249 »sonstige Straftaten« handele. Im Zusammenhang mit den genannten Straftaten seien 138 Tatverdächtige gemeldet, davon 20 vorläufig festgenommen worden. Haftbefehle seien keine erlassen worden.

Freitag, 25.3. –

In Leipzig überfallen sieben offenbar rechtsextreme Jugendliche in einer Straßenbahn einen Schwarzafrikaner und verletzen ihn schwer. Der 23 Jahre alte Mann muß in ein Krankenhaus gebracht werden. –

Die erste Kammer des Verwaltungsgerichts Düsseldorf entscheidet, daß die Beobachtung der Republikaner durch den Verfassungsschutz gerechtfertigt ist. Nach Ansicht des Gerichts rechtfertigen Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen der Republikaner die Überwachung (AZ: 1 K 4555/93). –

Brandanschlag auf ein türkisches Textilgeschäft in Bremen. Es entsteht ein Sachschaden von 100.000 Mark. –

Die Mannheimer Polizei und die Staatsanwaltschaft teilen auf Nachfrage mit, daß gegen die ausländerfeindlichen Randalierer, die vor zwei Jahren im Mannheimer Stadtteil Schönau eine Asylbewerberunterkunft belagert und bei einer Demonstration einen Polizisten verletzt hatten, keine Ermittlungen geführt wurden. »Es war nicht die Absicht, betrunkene, aber nicht kriminelle Bürger mit Strafverfahren zu überziehen«, begründet der Mannheimer Polizeisprecher Volker Dressler nach Berichten der Heidelberger »Rhein-Neckar-Zeitung« den Verzicht auf jede Strafverfolgung. Die Staatsanwaltschaft nahm keine Ermittlungen auf, weil die »Polizei nichts an die Staatsanwaltschaft weitergegeben« habe, sagt Oberstaatsanwalt Franz-Josef Denz. Es habe sich bei den Krawallen auf der Schönau um »Störungen« gehandelt, »da lagen keine Straftaten vor«. Gegen rund 150 Demonstranten, die damals gegen die ausländerfeindlichen Ausschreitungen protestiert hatten, wurden hingegen Verfahren angestrengt. –

Der Verfassungsschutz in Brandenburg registrierte 1993 insgesamt 986 rechtsextremistische Straftaten. Wie Innenminister Alwin Ziel (SPD) in Potsdam mitteilt, handelt es sich dabei in 235 Fällen um fremdenfeindliche Straftaten. Insgesamt wurden in Brandenburg 1.200 Personen als der rechtsextremen Szene zugehörig registriert, davon rund 500 Republikaner und 500 militante Angehörige von Jugendcliquen.

Montag, 28.3. –

In Bremen legen unbekannte Täter vor dem Büro des Vereins »Deutsch-türkischer Erfahrungsaustausch« Feuer. Sie schlagen die Eingangstür ein und zünden sie mit einem Brandbeschleuniger an. Die Polizei kann den Brand löschen.

Mittwoch, 30.3. –

Wie aus dem in Bonn veröffentlichten Rechenschaftsbericht des Bundestages für die politischen Parteien hervorgeht, haben rechtsextreme Parteien 1992 fast acht Millionen Mark an Spenden erhalten. 4,1 Millionen Mark gingen an die 26.734 Mitglieder zählende »Deutsche Volksunion« (DVU), 2,6 Millionen Mark erhielten die Republikaner, die 19.923 Mitglieder haben, und 1,1 Millionen Mark gingen an die NPD.

Freitag, 1.4. –

Der Senegalese Ibrahim F., der eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis für die Bundesrepublik besitzt, wird bei der Rückkehr aus dem Urlaub nach der Paßkontrolle erneut aufgefordert, seinen Paß vorzulegen. Als F. dagegen protestiert, schnauzt ihn der Beamte mit »Halt's Maul, du hast hier gar nichts zu sagen« an. Als F. dem keine Folge leistet, wird er von dem Beamten körperlich mißhandelt und verletzt (Zehenbruch). Der 34jährige erstattet beim Flughafenrevier Anzeige wegen Körperverletzung gegen den Beamten.

Montag, 4.4. –

Ein Gruppe von rechtsradikalen Jugendlichen stört mit dem Grölen von Nazi-Parolen die Aufführung des Films »Schindlers Liste« in Stralsund. –

Brandanschlag auf eine Gaststätte in Bremerhaven. Das Lokal wird von einem deutsch-türkischen Ehepaar geführt. Es entsteht erheblicher Sachschaden.

Dienstag, 5.4. –

In Potsdam greifen mehrere Jugendliche auf offener Straße einen 16jährigen französischen Touristen an und verletzen ihn schwer. Das Opfer wird in ein Krankenhaus eingeliefert.

Mittwoch, 6.4. –

Unbekannte Täter werfen einen Brandsatz durch die Scheibe eines iranischen Gemüseladens in Hamburg-Eilbek. Es entsteht erheblicher Sachschaden.

Donnerstag, 7.4. –

Unbekannte beschmieren in der Innenstadt von Eberswalde vier Straßenzüge mit neonazistischen und ausländerfeindlichen Parolen sowie mit Hakenkreuzen. –

Nach Angaben des Innenministers von NRW, Herbert Schnoor (SPD), verfügt der Verfassungsschutz in NRW über gesicherte Erkenntnisse, wonach Mitglieder und Funktionäre der Republikaner an ausländerfeindlichen »Straftaten und der Verdeckung von Straftaten« beteiligt waren. Dabei handele es sich unter anderem um einen Brandanschlag 1993 im rheinischen Bergheim. Die »Scheinhinrichtung« eines Türken im März 1993 in Mülheim, an deren Folgen das herzkranke Opfer gestorben war, sei zwei Mitgliedern des örtlichen Kreisverbandes der Republikaner anzulasten.

Freitag, 8.4. –

In Gräveneck/Kreis Limburg-Weilburg legt ein 30jähriger aus Weinbach vor einem Asylbewerberheim Feuer. Der Brand kann rechtzeitig gelöscht werden. –

In Hamburg wird ein 25jähriger Arbeiter zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt. Er war im August 1991 zusammen mit anderen durch den Hamburger Stadtteil Eimsbüttel marschiert und hatte »Nigger raus« gegrölt. Einen 57jährigen Versicherungskaufmann, der äußerte, Ausländer seien auch Menschen, schlug der Angeklagte brutal zusammen.

Samstag, 9.4. –

In Strullendorf/Kreis Bamberg in Bayernüberfallen Jugendliche ein Asylbewerberheimund bedrohen einen Algerier mit einem Taschenmesser. Mehrere Heimbewohner kommen dem Angegriffenen zu Hilfe. Beim Eintreffen der Polizei flüchten die Täter, können aber festgenommen werden.

Samstag/Sonntag, 9./10.4. –

Im Potsdamer Stadtteil Babelsberg und im Nachbarort Stahnsdorf kleben Unbekannte mehrere Plakate mit ausländerfeindlichen Parolen. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts der Volksverhetzung. –

In Angermünde/Brandenburg werden Häuserwände, ein Kiosk, der Bahnhofsbereich und der Ehrenfriedhof für die im zweiten Weltkrieg gefallenen Soldaten der Roten Armee mit Hakenkreuzen, SS-Runen, Judensternen und NS-Parolen beschmiert.

Montag, 11.4. –

In der Nähe der Ortschaft Klein Laasch/Mecklenburg greifen Jugendliche vier afrikanische Asylbewerber an, schlagen mit einem Knüppel auf sie ein und bewerfen sie mit Steinen. Zwei der Überfallenen werden so schwer verletzt, daß sie im Krankenhaus behandelt werden müssen.

Dienstag, 12.4. –

Brandanschlag auf ein türkisches Café in Siegen. Der Brand wird frühzeitig durch Anwohner entdeckt. Hinweise auf fremdenfeindliche Motive liegen nach Angaben der Polizei nicht vor. –

Der 1. Strafsenat des Bundesgerichtshofs (BGH) hebt die Verurteilung von drei jungen Männern auf, die wegen schwerer Brandstiftung in einem Asylbewerberheim in Aalen/Baden-Württemberg zu Freiheitsstrafen verurteilt worden waren. Die Strafe sei zu milde ausgefallen und müsse verschärft werden. Das Landgericht Ellwangen hatte die Brandstifter, die zur Tatzeit zwischen 19 und 26 Jahre alt waren, zu Freiheitsstrafen von drei Jahren bzw. zu Jugendstrafen von zwei Jahren verurteilt. Nach Ansicht des BGH ist das Verwenden von Molotowcocktails eine Straftat nach dem Waffengesetz, was nicht berücksichtigt worden sei. Die von der Staatsanwaltschaft angestrebte Verurteilung auch wegen versuchten Mordes lehnt der BGH ab, weil nach den Umständen dieses Falles kein Mordvorsatz vorgelegen habe (AZ: 1 StR 155/94).

Mittwoch, 13.4. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Windeck bei Siegburg. Unbekannte werfen aus einem fahrenden Auto eine vermutlich mit Spiritus gefüllte Flasche vor das Haus. Der Brandsatz explodiert auf der Treppe, richtet aber keinen Schaden an. In dem Wohnheim leben 51 Asylbewerber vor allem aus Afrika.

Donnerstag, 14.4. –

Unbekannte fordern in Nürnberg mindestens zehn Ausländer und ein jüdisches Ehepaar in gefälschten Bescheiden des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge auf, »ihre arische Abstammung« nachzuweisen oder die Bundesrepublik bis zum 30. April zu verlassen. –

Nach Angaben des Verfassungsschutzberichtes wurden 1993 1.609 fremdenfeindliche Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund registriert (1992: 2.277), hinzu kommen weitere 623 rechtsextremistische Gewalttaten (1992: 362). An sonstigen Gesetzesverletzungen durch Rechtsextremisten erfaßte der Verfassungsschutz etwa 10.500 Fälle, 3.000 mehr als 1992; dazu zählen Nötigungen, Propagandadelikte, Volksverhetzung.

Samstag, 16.4. –

Im Dorf Steintoch/Märkisch-Oderland wird ein Russe brutal überfallen und mißhandelt. Die Polizei nimmt drei Tatverdächtige vorläufig fest. –

Brandanschlag auf ein von zwölf belgischen Soldatenfamilien bewohntes Haus in Troisdorf bei Siegburg. Ein Unbekannter dringt in das Gebäude ein und entzündet auf der Kellertreppe und im Erdgeschoß Benzin. Das Feuer kann schnell gelöscht werden.

Sonntag, 17.4. –

In Göttingen greifen vier Jugendliche einen Israeli an und verletzen ihn mit einem Handbeil. Er muß im Krankenhaus behandelt werden.

Montag, 18.4. –

In Eberswalde/Brandenburg wird die Gedenktafel für Antonio Amadeu, der 1990 von faschistischen Schlägern ermordet worden war, mit rassistischen Symbolen beschmiert. –

In Dietzenbach/Hessen wird der 21jährige türkische Staatsbürger Hazine U. mit zwei Schüssen aus einer Pistole des Kalibers 7,65 Millimeter getötet. Die Hintergründe des Verbrechens sind unklar. –

Im Revisionsverfahren um den Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Ketzin/Kreis Nauen im September 1992 verurteilt die Jugendkammer des Landgerichts Potsdam die beiden 22 und 23 Jahre alten Angeklagten zusätzlich wegen versuchten Mordes. Die Richter erhöhen das Strafmaß für den 22jährigen um ein halbes Jahr auf viereinhalb Jahre, im Fall des 23jährigen bleibt es bei sieben Jahren Haft. –

Das Amtsgericht Gießen verurteilt einen 28jährigen Polizeiobermeister aus Gießen zu acht Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung. Das Schöffengericht sieht es als erwiesen an, daß der Beamte am 20. Mai 1993 auf der Wache der Polizeistation I einen damals 17jährigen Asylbewerber »grundlos« mit einer Taschenlampe geschlagen und ihm an der Stirn eine blutende Wunde zugefügt hatte. Gegen den Polizisten wird zusätzlich ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Dienstag, 19.4. –

Das Landgericht Lübeck entscheidet in einem Rechtsstreit zwischen dem DVU-Vorsitzenden Frey und den »Lübecker Nachrichten«, daß der »Deutschen Volksunion« (DVU) und ihrem Vorsitzenden Frey vorgeworfen werden darf, sie arbeiteten mit »Ausländer-raus-Parolen« (AZ: 4O 18/94). –

Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der PDS/Linke Liste mitteilt, wurden dem Bundeskriminalamt (BKA) im Februar 1994 insgesamt 205 fremdenfeindliche Straftaten gemeldet. Dabei handelt es sich um acht Brandanschläge, 24 Angriffe gegen Personen und 173 sonstige Straftaten wie etwa Beleidigungen. Im gleichen Monat seien dem BKA im Zusammenhang mit den genannten Straftaten 108 Tatverdächtige gemeldet worden. 25 von ihnen wurden vorläufig festgenommen, gegen vier ergingen Haftbefehle.

Mittwoch, 20.4. –

Brandstiftung in einem Wohnhaus in Göttingen. Eine 20 Jahre alte Türkin und ihr zwei Jahre altes Kind werden lebensgefährlich verletzt. Das Feuer wurde nach Polizeiangaben im Treppenhaus des überwiegend von Deutschen bewohnten Hauses gelegt. Die Göttinger Polizei hält ausländerfeindliche Motive des Anschlags für unwahrscheinlich. –

In Hoyerswerda/Sachsen randalieren zehn Jugendliche unter »Heil Hitler«-Rufen in einem China-Restaurant und zertrümmern Fensterscheiben. –

Auf der Strecke zwischen Ruhland und Hoyerswerda stoßen zwei unbekannte Täter einen 33jährigen Vietnamesen aus dem fahrenden Zug. Zwei Spaziergänger finden den Vietnamesen mit gebrochenen Sprunggelenken und bringen ihn ins Krankenhaus. Das Opfer sagt aus, es habe zwei glatzköpfige Fahrgäste gefragt, ob der Zug in Richtung Falkenberg fahre und ihnen den Fahrschein gezeigt. Die zwei hätten ihm den Fahrschein weggenommen und ihn aus dem Zug gestoßen. –

Bei einem Brand in einer Asylbewerberunterkunft in Gieboldehausen bei Göttingen kommt ein Mensch ums Leben. Das Opfer soll den Brand selbst gelegt haben.

Donnerstag, 21.4. –

Brandanschlag auf ein überwiegend von Türken bewohntes Haus in Bielefeld. Die 14 anwesenden Hausbewohner können sich mit Hilfe der Feuerwehr unverletzt retten. Die Polizei nimmt sechs Schüler im Alter von 14 bis 16 Jahren fest, fünf von ihnen sind geständig. In ihren Wohnungen findet die Polizei rechtsextremistische Schriften und eine Kassette mit Hitler-Reden. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in der Kleinstadt Zeithain/Sachsen. Die Bewohner des Heims, in dem 200 Menschen untergebracht sind, können das Feuer rechtzeitig löschen.

Sonntag, 24.4. –

Bei einem Brand in Wohncontainern einer Großbaustelle in Erlangen kommen drei ungarische Arbeiter ums Leben, ein weiterer schwebt in Lebensgefahr, 21 Männer erleiden eine leichte Rauchvergiftung. Als Ursache des Feuers vermutet die Polizei einen technischen Defekt.

Montag, 25.4. –

Die Türkische Gemeinde in Berlin erhält nach Angaben ihres Präsidenten, Mustafa Turgut Cakmakoglu, seit zwei Jahren regelmäßig anonyme Schreiben mit üblen Beschimpfungen und Morddrohungen. Darin sei beispielsweise von einem »Wahlrecht« für Türken »zwischen Arsen und Zyklon B« die Rede. –

Nach Angaben des ARD-Magazins »Report« waren der Republikanervorsitzende Schönhuber und andere führende Funktionäre der Partei seit Anfang Dezember 1993 darüber informiert, daß zwei Mitglieder der Partei am 7. Oktober 1991 an einem Überfall auf ein Asylbewerberheim in Bergheim-Züverich beteiligt waren. –

In Paderborn bedrohen vier Nazi-Schläger auf dem Hinterhof eines Asylbewerberheims zwei Jungen aus dem früheren Jugoslawien. Auf deren Hilferufe hin eilen ihnen mehrere Bewohner zu Hilfe und vertreiben die Angreifer.

Mittwoch, 27.4. –

Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor stellt in Düsseldorf den Verfassungsschutzbericht des Landes vor. Danach wurden 1993 in Nordrhein-Westfalen insgesamt 2.346 fremdenfeindliche Straftaten registriert, was einen Anstieg um 32.2 Prozent gegenüber 1992 bedeutet. Während Bedrohungen, Nötigungen und Propagandadelikte stark zugenommen haben, ging die Zahl der Gewalttaten von 553 im Jahr 1992 auf 489 im letzten Jahr zurück. Dabei wurden sechs Menschen getötet und 306 verletzt.

Donnerstag, 28.4. –

Der Bundesgerichtshof (BGH) hebt ein Urteil des Landgerichts Schwerin gegen den ehemaligen NPD-Kreischef von Hagenow, Rüdiger Klasen, auf. Das Landgericht hatte Klasen unter anderem wegen versuchter schwerer Brandstiftung und versuchter gefährlicher Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt. Nach Auffassung des 4. Strafsenats des BGH kommt aber eine Verurteilung wegen versuchten Mordes in Betracht. Der Tötungsvorsatz könne aus der feindseligen Einstellung gegenüber Asylbewerbern abgeleitet werden. In solchen Fällen komme auch dann eine Verurteilung wegen versuchten Mordes in Betracht, wenn niemand verletzt worden sei. –

In Greifswald greifen Jugendliche zwei Asylbewerber aus dem ehemaligen Jugoslawien mit Reizgas an und verletzen sie mit einem Messer.

Freitag, 29.4. –

Die 20jährige Türkin, die bei dem Brandanschlag auf ein Wohnhaus in der Göttinger Innenstadt am 20. April schwer verletzt worden war, stirbt in der Göttinger Universitätsklinik. Der zweijährige Sohn befindet sich noch immer in Lebensgefahr. –

In der Schwarzwaldgemeinde Kenzingen nahe Emmendingen brennt ein Asylbewerberheim völlig aus. Verletzt wird niemand. Brandstiftung wird nicht ausgeschlossen, ein fremdenfeindlicher Hintergrund sei nach Polizeiangaben aber nicht erkennbar. –

Das Landgericht Mönchengladbach verurteilt einen 22jährigen Koch im Prozeß um drei Brandanschläge auf ein Asylbewerberheim im niederrheinischen Erkelenz wegen versuchten Mordes zu vier Jahren Haft. Das Gericht spricht den Angeklagten der Tatbeteiligung schuldig und stellt fest, daß nur durch Zufall bei den Anschlägen zwischen 1991 und 1993 niemand verletzt worden sei.

Montag, 2.5. –

Das Amtsgericht Suhl verurteilt wegen der rechtsextremistischen Angriffe auf US-Rennrodler in Oberhof/Thüringen im Herbst vorigen Jahres einen weiteren Jugendlichen. Der 16jährige Kaufmannslehrling erhält eine Jugendstrafe von sechs Monaten, die auf zwei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wird.

Mittwoch, 4.5. –

Brandanschlag auf ein vorwiegend von ausländischen Vereinen benutztes Haus in Waiblingen.

Donnerstag, 5.5. –

In Quedlinburg greifen drei Männer einen Obdachlosen mit einer Schreckschußpistole an und stoßen ihn dann in den Fluß. Der Mann stirbt. Die Täter werden festgenommen und geben an, der Obdachlose habe nicht ins Stadtbild gepaßt. Sie sind nicht vorbestraft und gehören nicht zur rechten Szene. –

Das Bundeskriminalamt hat für den Monat März 219 fremdenfeindliche Straftaten registriert, darunter fünf Brandanschläge und 32 Angriffe gegen Personen. Von 117 Tatverdächtigen wurden 31 vorläufig festgenommen. –

Das Landgericht Frankfurt/Main bestätigt das Urteil des Höchster Amtsgerichts gegen den Pförtner Horst K., Mitglied der Republikaner und Mitglied im Ortsbeirat 5 in Frankfurt. Das Amtsgericht hatte Horst K., der im Sommer 1992 Flugblätter mit den Reimen des »Asylbetrügers« verteilt hatte, wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 6.000 Mark.

Das Archiv für Sozialpolitik/Frankfurt/Main erstellt diese Chronik für KONKRET seit November 1991

Antisemitische Angriffe

Samstag, 26.3. –

Der Vorsitzende der Republikaner, Franz Schönhuber, nennt den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, bei einer Pressekonferenz zum bayerischen Landesparteitag der Republikaner einen der »schlimmsten Volksverhetzer Deutschlands«. Schönhuber bezieht sich auf Bubis' Äußerung, rechtsextreme Parteien stünden als geistige Brandstifter hinter dem Anschlag auf die Synagoge in Lübeck. Die »wahre Ursache« für Antisemitismus in Deutschland seien »Leute wie Bubis, dessen Vergangenheit höchst zweifelhaft« sei, so Schönhuber.

Dienstag, 29.3. –

Wie der Sprecher des Münchner Justizministeriums, Gerhard Zierl, mitteilt, prüft die Staatsanwaltschaft Landshut aufgrund der Angriffe gegen Ignatz Bubis die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen Volksverhetzung, Beleidigung und übler Nachrede gegen Schönhuber.

Mittwoch, 30.3. –

Die Polizei teilt mit, daß Unbekannte den Jüdischen Friedhof bei Pretzfeld/Landkreis Bamberg geschändet haben. Die Täter rissen 18 Grabsteine aus ihrer Verankerung und stießen sie um, wobei einige der Gedenksteine zerbrachen. Außerdem seien mehrere Grabsteine mit Hakenkreuzen, SS-Runen und Parolen wie »Tod den Juden« besprüht worden. Nach Ansicht der Polizei dürfte die Tat bereits mehrere Wochen zurückliegen. –

Der Münchner Anwalt Rolf Bossi stellt Strafantrag gegen alle am jüngsten Urteil zur »Auschwitz-Lüge« beteiligten Richter des BGH wegen Verdachts der Rechtsbeugung. Der Schriftsteller Ralph Giordano unterstützt die Klage.

Ostern, 2.-4.4. –

Unbekannte Täter werfen auf dem Jüdischen Friedhof in Langenselbold/Main-Kin-zig-Kreis neun Grabsteine um.

Mittwoch, 6.4. –

Der Republikaner-Vorsitzende Schönhuber stellt Strafantrag gegen den Schriftsteller und Publizisten Ralph Giordano wegen öffentlicher Aufforderung zum Totschlag. Der Strafantrag bezieht sich auf folgenden Satz Giordanos gegenüber den »Kieler Nachrichten«: »Daß diesem Schönhuber nicht sofort der Garaus gemacht wird, ist empörend.« Schönhuber sieht dies als »makabren Höhepunkt« der »Hexenjagd« gegen ihn und seine Partei.

Donnerstag, 7.4. –

Die Staatsanwaltschaft Landshut teilt mit, daß die umstrittenen Äußerungen Schönhubers über Ignatz Bubis nach ihrer Ansicht nicht den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen. Daher werde die Behörde Schönhuber nicht von Amts wegen verfolgen.

Montag, 11.4. –

Das SWF-Fernsehmagazin »Report« berichtet, daß Rechtsextremisten das Computernetz »Internet« mit Millionen Benutzern weltweit für ihre Propagandazwecke benutzen. Seit einigen Wochen werde in großen Mengen Material US-amerikanischer Revisionisten eingespeist, die den systematischen Völkermord der Nazis leugnen, so etwa der »Leuchter-Report«. –

Das Amtsgericht Strausberg verurteilt den als Führungsfigur der neonazistischen Szene bekannten Sven R., 25 Jahre, wegen der Schändung des jüdischen Friedhofs von Müncheberg im September 1992 zu einem Jahr und neun Monaten Haft ohne Bewährung. Das Gericht befindet den Angeklagten der »gemeinschaftlichen Volksverhetzung in Tateinheit mit Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und gemeinschaftlicher Sachbeschädigung« für schuldig.

Samstag, 16.4. –

Am deutsch-polnischen Grenzübergang Hohenwutzen bepöbeln betrunkene Deutsche Passanten mit faschistischen Parolen. Sie brüllen Autoinsassen als »Judenschweine« an, werfen Cola-Dosen und grölen »Heil Hitler«.

Montag, 18.4. –

Der Republikaner-Vorsitzende Franz Schönhuber setzt seine Angriffe gegen den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden mit massiven persönlichen Attacken fort. Er verlangt in Bonn »ultimativ« eine Entschuldigung von Ignatz Bubis für dessen Aussage, bei den Republikanern handele es sich um »geistige Brandstifter«.

Konkret 06/94, S. 28

Günter Kolodziej, Boris Gröndahl

»Für die falsche Seite«

Ende Juni wird der Untersuchungsausschuß des Bundestags zu Schalck-Golodkowskis »Koko« seinen Abschlußbericht debattieren. KONKRET sprach mit Günter Kolodziej, wissenschaftlicher Mitarbeiter der PDS/LL im Schalck-Ausschuß

KONKRET: *In dem Untersuchungsausschuß des Bundestags, der die Unterschlagungen und Betrugsverbrechen behandelt, die im Zusammenhang der Arbeit der Treuhandanstalt vorgefallen sind, geht es um einen Schaden in Milliardenhöhe. Wie hoch waren die im wesentlichen ja legal erwirtschafteten Einnahmen des »Bereichs Kommerzielle Koordinierung« des DDR-Außenhandelsministeriums, der »Koko« von Alexander Schalck-Golodkowski?*

Kolodziej: Schalck selbst hat den gesamten Gewinn seines Unternehmens von 1967 bis 1989 auf etwa 30 Milliarden Mark beziffert. Ein Gutachten des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs (HWWA) über die Aktivitäten der Koko kommt zu einem ähnlichen Ergebnis.

Nun gibt es sowohl zu Koko/DDR als auch zu Treuhandanstalt/BRD einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Diese Einrichtung hat in der BRD einen festen Platz und eine genaue Funktion. Sie soll »Mißstände« aufklären und durch diese Aufklärung beweisen, daß der jeweilige Untersuchungsgegenstand nicht systembedingt, sondern systemwidrig und die Ausnahme ist. Der Untersuchungsausschuß zur Koko kümmerte sich nun um eine Unternehmensgruppe bzw. eine Behörde der DDR. Machte das einen Unterschied?

Einen ziemlich gravierenden Unterschied. Der Untersuchungsauftrag war von Anfang an, anhand des Bereiches Kommerzielle Koordinierung und speziell anhand der Person Schalck-Golodkowski die Aussage zu beweisen, daß der Sozialismus als solcher zum Verbrechen führt. So wurde das Aktenmaterial behandelt, und so verliefen auch die Zeugenvernehmungen. Im Eifer des Gefechts wurde allerdings übersehen, daß damit die DDR gerade an der Stelle entlarvt wurde, wo sie am kapitalistischsten war.

Worin bestand diese kapitalistische Tätigkeit von Schalcks Unternehmen?

Die Aktivität der Koko ist historisch eingebettet in die Bemühungen der DDR, den Ost-West-Handel für ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen zu nutzen. Die Koko hatte die Aufgabe, Devisen zu beschaffen, um die fiskalischen Grundlagen für den Ost-West-Handel zu legen. Ein Spezialfall dieses Ost-West-Handels war der innerdeutsche Handel. Er wurde in Verrechnungseinheiten abgewickelt, die zwar einem für die DDR formal günstigen Umtauschkurs von 1:1 unterlagen, allerdings warengebunden waren. Die DDR hatte in diesem innerdeutschen Handel nicht die Freiheit, Waren ihrer Wahl einzukaufen, sie konnte auch nicht frei über die Exporterlöse verfügen, sondern sie war gezwungen, BRD-Waren zum Teil zu überhöhten Preisen zu importieren.

Die Koko konnte außerhalb des DDR-Außenhandelsmonopols agieren, und andererseits Besonderheiten des innerdeutschen Handels für die DDR ausnutzen. Die von der DDR politisch bekämpfte Tatsache, daß die BRD sie 40 Jahre lang als Inland betrachtete, nutzte die Koko, um DDR-Waren in den europäischen Markt zollfrei einzubringen. Das war eine Möglichkeit für Koko, Devisen zu erwirtschaften. Eine andere war natürlich die Ausnutzung kapitalistischer Geschäftstechniken; da hat Schalck sehr viel von BRD-Unternehmern gelernt: Briefkastenfirmen wurden eingerichtet, Vertreterprovisionen erhoben.

Die Geschichte der 1967 gegründeten Koko beginnt ja erst 1973 richtig, mit Honeckers Regierungsantritt.

Ja, mit der auf dem 8. Parteitag der SED beschlossenen »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik«, die eine stärkere Orientierung am Westen implizierte. Das Ziel war, durch erhöhte Importe aus dem Westen die DDR-Industrie zu fördern und dadurch einen höheren Lebensstandard der Bevölkerung zu sichern.

Erstaunlich daran ist, daß einerseits die DDR, insbesondere Schalck, ganz genau wußte, daß die Wirtschaftspolitik der westlichen Länder, insbesondere die der BRD, ausgerichtet war auf die Destabilisierung der DDR. Schalck hat das in seiner Doktorarbeit ausgeführt und mit Zitaten von Strauß, Barzel und anderen belegt, hat aber offenbar geglaubt, daß er mit bestimmten Tricks die Marktwirtschaft auf ihrem ureigenen Gebiet schlagen könne. In einem Statusbericht des damaligen Bundeswirtschaftsministers hieß es dagegen in realistischer Einschätzung der Situation, daß für die BRD dieser Handel vor allem politisch interessant sei, was man auch so übersetzen kann, daß er es der BRD ermöglichte, die DDR zu erpressen, was dann ja auch geschehen ist.

Bei welchen Gelegenheiten?

Zum Beispiel gab es einen interessanten Auftritt von Wolfgang Schäuble im Schalck-Ausschuß, bei dem er den Abgeordneten nicht ohne Stolz von seinen Verhandlungen mit Schalck-Golodkowski 1987 berichtete. 1987, vielleicht erinnert sich der eine oder die andere noch daran, gab es das sogenannte Tamilenproblem: Flüchtlinge aus Sri Lanka gelangten über den Flughafen Schönefeld aus der Hauptstadt der DDR nach Westberlin. Für die Bundesrepublik eine der

frühen »nicht hinnehmbaren Asylantenschwemmen«. Schäuble, damals Bundesminister im Kanzleramt, forderte von Schalck, den Flughafen Schönefeld für die Einreise von Flüchtlingen zu sperren und drohte damit, den zinslosen Überziehungskredit, den die BRD der DDR eingeräumt hatte, nicht zu erhöhen.

Im Gegensatz übrigens zu der großen öffentlichen Empörung über den sogenannten Menschenhandel mit der DDR, also über den Freikauf von DDR-Häftlingen durch die BRD, stieß diese Art von Menschenhandel, die darin bestand, Geld zu zahlen, um die Zuwanderung von Flüchtlingen zu verhindern, auf sehr großes Verständnis.

Wieviel hat sich die BRD diese Freikäufe eigentlich kosten lassen?

Alles in allem dreieinhalb Milliarden Mark. Das interessante Politikum bei diesem Häftlingsfreikauf besteht meines Erachtens aber in etwas anderem. Die DDR hat – in ihrer ökonomischen Not – durch ihn einen ganz wesentlichen Teil ihrer Souveränität an die BRD abgegeben. Es waren die Unterhändler der BRD, die sich die Häftlinge aussuchten, welche freigekauft wurden. Vertraut man den Erinnerungen des ehemaligen Unterhändlers Rehlinger, dann wurden die Freikäufe sehr absichtsvoll eingesetzt, um in der DDR Unruhe zu stiften. Es war bekannt in der DDR: Wer wollte, konnte freigekauft werden. Zahlreiche DDR-Bürger trugen ein Plakat mit der Aufschrift »Ich will die DDR verlassen« zu keinem anderen Zweck vor sich her, als dem, inhaftiert und zu zwei Jahren verknackt zu werden. Zwei Jahre war wichtig, weil zwei Jahre die Minimalgrenze war, um freigekauft zu werden.

Eine solche Maßnahme impliziert, daß die DDR-Führung ihre eigenen Gesetze, aufgrund derer die Leute ja jeweils verurteilt worden waren, nicht wirklich ernst genommen hat.

Ja. Das führte natürlich zu erheblichem Legitimationsverlust der Führung in den Augen der Bevölkerung.

Ein weiterer sehr erregt diskutierter Geschäftsbereich der Koko war der Waffenhandel. Läßt sich behaupten, daß die DDR mehr Waffen aus politischen Gründen an Befreiungsbewegungen geliefert hat als aus ökonomischen Gründen an weniger sympathische Besteller?

Vielleicht kann ich das verdeutlichen, indem ich die Struktur des Waffenhandels der DDR kurz erläutere. Es gab zum einen den offiziellen Waffenhandel der DDR, der abgewickelt wurde durch den Ingenieurtechnischen Außenhandel, kurz Ita, der die Aufgabe hatte, Befreiungsbewegungen und befreundete Staaten mit Waffen zu beliefern. Parallel betrieb seit Anfang der 80er Jahre die Koko den Außenhandelsbetrieb Imes, der zum Zwecke maximaler Devisenerwirtschaftung flexibel und jenseits politischer Vorgaben Waffen verkauft hat. Insgesamt hat Imes in neun Jahren knapp eine Milliarde Valutamark erwirtschaftet, also eher Peanuts. Für den gleichen Zeitraum weist Ita einen »Dritte Welt Export« von ca. 400 Millionen US-Dollar aus.

Politisch interessant ist auch hier etwas anderes: Imes hat eigentlich nur Bestände verkauft. Die Organe der DDR, das Innenministerium, die Nationale Volksarmee (NVA) und auch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) wurden nach überflüssigen Waffen durchforstet, die dann vornehmlich an Länder der Dritten Welt verkauft wurden. Deshalb war der Umsatz der Imes in den Anfangsjahren noch vergleichsweise groß und sank dann kontinuierlich: Es war einfach nichts mehr zu verkloppen.

Wenn man unter die geschäftlichen Aktivitäten der Koko einen Strich zieht, fällt auf, daß ihr Umfang für einen Staat relativ klein war. Schalck sagt, 30 Milliarden Mark, andere Quellen sprechen von bis zu 100 Milliarden Mark, die in 22 Jahren erwirtschaftet worden sein sollen – das ist wirklich nicht viel. Wie relevant war der Beitrag, den Schalck zur DDR-Ökonomie geleistet hat?

Für die DDR bestand einfach die Notwendigkeit, ausländische Devisen zu erwirtschaften, um überhaupt die Voraussetzungen für West-Geschäfte zu schaffen. Dieser Zwang wurde stärker, als für die DDR die Schuldenfalle zugeschnappt ist. 1982 mußten zum ersten Mal von der DDR neue Kredite zur Bedienung alter aufgenommen werden. Gesamtökonomisch gesehen scheinen die Koko-Gewinne vergleichsweise niedrig, sie hatten aber auf die Planung und auf die Ökonomie der DDR einen gewaltigen Einfluß. In den letzten Jahren der DDR kämpfte die »Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz« des Außenhandelsministeriums täglich um die Zahlungsfähigkeit. Da bekamen auch kleine Summen eine ungeheure Bedeutung.

Die andere Seite im Ost-West-Handel hieß für die DDR meist BRD. Deren Kapitalisten wurden bei den entsprechenden Gelegenheiten ausgesprochen zuvorkommend empfangen, obwohl sie ihre Geschäfte doch wohl kaum allein deshalb abschlossen, um die friedliche Koexistenz zu sichern?

Für den Ost-West-Handel der BRD gab es im Gegensatz zur DDR immer eine klare Linie. Die DDR wurde nicht anerkannt, Ziel war die Revision der Kriegsergebnisse, also die Wiedervereinigung Deutschlands. Die wäre innerhalb der gegebenen politischen Konstellation nur mittels Krieg möglich gewesen, was angesichts der atomaren Bewaffnung der Sowjetunion nicht in Frage kam. Also versuchte man, unterhalb dieser Schwelle die ökonomischen Strukturen aufzuweichen. Klassisch auf den Begriff gebracht durch die Parole der sozialliberalen Koalition: »Wandel durch Handel«, die keinen Zweifel daran ließ, wer sich da zu wandeln hatte.

Vor allem der Schuldendienst machte die DDR ökonomisch abhängig, machte sie, wie im Fall Schäuble, erpreßbar. Außerdem schuf sich die DDR mit dem Ost-West-Handel ein Problem, das sich auch zerstörerisch auf ihre Planwirtschaft ausgewirkt hat. Die Warenstruktur der BRD und der DDR war höchst unterschiedlich. Während die DDR Hochtechnologie importierte, hatte sie exportseitig natürlich wenig Vergleichbares anzubieten. Man kennt ja die DDR-Exportgüter, die in der BRD den Lebensstandard weiter Teile der Bevölkerung sicherten: Ikeas Billy-Regale, Quelles Privileg-Haushaltsgeräte und so weiter. Alles Waren, die durch Honeckers Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik eigentlich der DDR-Bevölkerung zukommen sollten. Das blieb natürlich denen, die in den Betrieben das Zeug produzierten, überhaupt nicht verborgen. Und schließlich hatte die BRD im Verbund mit der Nato sich das Cocom-Regime zur Kontrolle der Exporte in die sozialistischen Länder geschaffen, womit sie ebenfalls massiven Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung der RGW-Staaten nahm.

Cocom sollte doch sicherstellen, daß keine militärischen Güter aus der Nato in den Bereich der Warschauer Vertragsorganisation wandern?

Ja, das war der offizielle Grund. Damit wollte man die militärische Überlegenheit des Westens sicherstellen. Gleichzeitig wurden aber auch ein paar Zusätze geschaffen, zum Beispiel die sogenannten Dual-use-Güter, von denen gesagt wurde, sie könnten sowohl militärisch als auch zivil genutzt werden. Und das sind halt ziemlich viele, und mit zunehmender Entwicklung der Mikroelektronik wurden es immer mehr. Außerdem wurden die – geheimen – Listen der exportfähigen Güter von der Cocom alle zwei Jahre neu erstellt, so daß Güter, die die DDR schon bestellt und in die Pläne eingebaut hatte, dann plötzlich unter das Embargo fielen, nicht geliefert werden konnten und große Löcher in die Ökonomie gerissen haben.

Die Cocom war ein ständiger Unsicherheitsfaktor für die DDR. Manchmal konnte eine Maschine insgesamt geliefert werden, während später die Ersatzteile unter Cocom-Verbot standen. Und für einige westliche Händler, die risikobereit waren, war das eine sehr schöne Möglichkeit, sich ein paar satte Extraprofite zu sichern.

Die erste Gelegenheit, bei der Schalck im Westen öffentlich aufgetreten ist, war der Milliardenkredit, den er zusammen mit Franz Josef Strauß ausgehandelt hat. Man kann im Rückblick wohl sagen, daß Strauß da sehr weitsichtig gehandelt hat.

Ja, wie man überhaupt sagen kann, daß die Bundesregierung, egal welcher Couleur, von ihrem Standpunkt aus im Verhältnis zur DDR kaum einen Fehler gemacht hat. Der Milliardenkredit fiel in eine Zeit der Hochzinspolitik und des Kreditboykotts, die DDR stand am Rande der Zahlungsunfähigkeit. Der Kredit umfaßte zwar nur einen ziemlich kleinen Betrag, zählte aber als Signal an die privaten Banken: Die DDR war wieder kreditwürdig. Strauß' Ziel war, angesichts der anderenfalls auch in der DDR drohenden polnischen Verhältnisse eine stärkere Intervention der Sowjetunion in der DDR zu verhindern und diese gleichzeitig enger an die BRD zu binden. Die DDR-Führung war überaus dankbar. Es ist schon erstaunlich, daß Leute, die durch sämtliche Parteischulen gegangen sind, so ungeheuer fasziniert waren von Franz Josef Strauß. Sie haben immer mit leuchtenden Augen von dem großen Staatsmann Strauß berichtet.

Wenn das alles so gewesen ist, hat dann nicht vielleicht doch Walter Ulbricht mit seiner auf Autarkie gerichteten Wirtschaftspolitik recht gehabt und Honecker den Untergang der DDR eingeleitet?

Die Frage vermag ich nicht abschließend zu beantworten. Insbesondere in bezug auf die Mikroelektronik hatte die DDR, glaube ich, gar keine andere Wahl, als an dieser technischen Revolution zu partizipieren – bei Strafe ihres Untergangs. Gleichzeitig muß man sagen, daß die DDR-Schuldenpolitik im Vergleich zu Polen oder anderen RGW-Staaten grundsolide war. Und trotzdem hatte die Verschuldung letztlich die gleichen Ergebnisse. Insofern war das Sicheinlassen auf das Geschäft mit der Marktwirtschaft, mit dem überlegenen Gegner, sicherlich ein ganz wichtiger Schritt, der später zum Untergang der DDR geführt hat.

Gab es darüber Auseinandersetzungen in der DDR-Führung?

Es gab ab Mitte der 80er Jahre Überlegungen innerhalb der DDR-Führung, die auf eine noch stärkere Öffnung zum Westen zielten. Der Ausgangspunkt war immer, daß das Projekt DDR langfristig ökonomisch nicht zu halten sei und es besser wäre, frühzeitig mit der BRD in Verhandlungen zu treten über eine Konföderation, als abzuwarten, bis die DDR noch stärker erpreßbar ist. Und einiges spricht ja dafür, daß entsprechende Verhandlungen 1988 oder 1987 für die DDR günstiger ausgefallen wären als schließlich 1990.

Wer hat diese Idee forciert, mit der BRD eine Konföderation einzugehen?

Dieses Projekt hat inzwischen sehr viele Väter. Schalck wußte natürlich genau Bescheid über die ökonomische Lage, und er hat mit Egon Krenz und Gerhard Schürer, dem Vorsitzenden der Plankommission, den Plan einer Konföderation entwickelt. Sie wollten vor allem Günter Mittag entmachten, der für das Programm stand, die DDR durch eigene Anstrengungen zu retten.

Sie haben Schalck im Ausschuß als Zeugen erlebt. Würden Sie sagen, daß er mal Kommunist gewesen ist?

Schalck hat mal gesagt, er wäre lange Zeit deutscher Kommunist gewesen. Das ist eigentlich die Antwort, weil ein deutscher Kommunist natürlich keiner ist. Und er hat auch immer für sich in Anspruch genommen, ein treuer Diener seines Staates zu sein. Auch das halte ich nicht für eine originär sozialistische Position. Nein, Schalck hat sich als Manager eines Parteiauftrages begriffen, den er nie hinterfragt hat. Ob der mit einer sozialistischen Politik übereinstimmte oder nicht, war ihm, das muß man wohl so sagen, ziemlich egal.

Kommen wir nun zum Schalck-Untersuchungsausschuß. Das Joint venture »Spiegel«-Gauckbehörde hat aufgebracht, daß Schalck als Oberst des MfS die Koko quasi im Auftrag von Mielke betrieben habe. Hat das auch im Ausschuß eine Rolle gespielt?

Eigentlich die entscheidende. Die Abgeordneten wußten lange Zeit nicht richtig, wie sie die Koko kritisieren sollten, ohne daß die BRD und der Kapitalismus mit auf der Anklagebank sitzen. Da ist Herr Gauck hilfreich in die Bresche gesprungen und hat dem Ausschuß umfangreiches Material der sogenannten »Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung«, kurz AGBKK, des MfS zur Verfügung gestellt. Seither ersetzte der Hinweis, daß die Stasi mitgemischt hat, jeden Gedanken an den Inhalt des Mitmischens.

Es gab eine Vielzahl von Inoffiziellen Mitarbeitern im Bereich Koko, das Führungspersonal war durchsetzt mit sogenannten OibE, also Offizieren im besonderen Einsatz. Aber das Verhältnis zwischen MfS und Koko war in Wirklichkeit ein sehr gegensätzliches: Koko wollte und mußte schnell und flexibel handeln und konnte das MfS mit seinen ewigen Sicherheitsbedenken gar nicht gebrauchen. Für das MfS war auf der anderen Seite der Bereich Kommerzielle Koordinierung ein einziges großes Ärgernis: Er öffnete durch seine Westkontakte den westlichen Geheimdiensten Einfallstore in die DDR hinein.

Nun konnten von der DDR, wie übrigens von der BRD auch, Geschäftsbeziehungen zur anderen Seite nicht aufgebaut werden ohne Beteiligung des MfS. Und Schalck hat sich, pfiffig wie er war, eine Konstruktion einfallen lassen, die das MfS formal beteiligte und gleichzeitig seinen Einfluß real minimierte. Er holte sich eine Arbeitsgruppe des MfS ins Haus, führte darüber aber selbst die Aufsicht. In dem berühmten MfS-Befehl 14/83, der die Aufgabenstellung der AGBKK definierte, heißt es, daß die Arbeitsgruppe sich um die Sicherheitsbelange der Geschäfte kümmern sollte, aber vom Inhalt der Geschäfte keine Kenntnis haben durfte. Und die Zeugen aus der AGBKK, die dann im Ausschuß vernommen wurden, machten aus ihrer damaligen Frustration auch keinen Hehl. Die sagten, wie sollte ich irgendwas überprüfen, wenn ich gar nicht wußte, worum es ging. Es deutet vieles darauf hin, daß das MfS von der Koko regelrecht verarscht worden ist. Die MfS-Leute wurden mit Aufgaben betraut, die möglichst weit weg von den aktuellen Geschäften waren, und verfaßten einen Sicherheitsbericht nach dem anderen, der aber mit der Tätigkeit wiederum gar nichts zu tun hatte. Was Schalck erst später erfuhr, war der Umstand, daß das MfS das natürlich auch gemerkt und dann angefangen hat, in Schalcks Haus selber die eine oder andere Wanze einzubauen, weil er als unsicherer Kantonist galt.

Das hat den Ausschuß überhaupt nicht interessiert. Der wollte möglichst viele Mitarbeiter von Koko einer Stasitätigkeit überführen, um sein Verdikt zu stützen, daß die DDR und Koko als solche verbrecherische Organisationen waren. So wurde dann also jeder Zeuge zunächst mal gefragt, ob er IM war – wenn ja, hatte er sowieso komplett ausgespielt.

Wie haben sich die unterschiedlichen Fraktionen in dem Schalck-Untersuchungsausschuß verhalten?

Es geht im Moment um den Abschlußbericht des Ausschusses, und da haben die SPD und die Bündnisgrünen nach meinem derzeitigen Kenntnisstand vor, eine Liste der IM im Bereich Koko zu veröffentlichen, und zwar mit Klarnamen. Ursprünglich sollte das im Abschlußbericht der Ausschußmehrheit stehen. Die PDS hat dann interveniert, und die CDU war einsichtig. Sie stieß damit auf Kritik von Grünen und SPD, die das nun in ihrem abweichenden Votum so machen wollen.

Das Verhalten der CDU gehorchte der erfrischend einfachen Maxime: Sozialismus ist ein Verbrechen, und jedes Mittel, das in der Bevölkerung zu verankern, ist okay. Bei der SPD, vielleicht auch bedingt durch die Person ihres Obmanns von Bülow, der ja manchmal etwas sprunghaft in seiner Argumentation ist, fröhnt man einer allgemeinen Verschwörungstheorie, die insbesondere von Bülow bis zur CIA ausdehnen wollte. Die schärfsten Kritiker der DDR waren die Grünen. Gleich in der ersten Bundestagsdebatte hat die Abgeordnete Ingrid Köppe die Bundesregierung kritisiert, weil sie öffentlich gegen die DDR gehetzt, in Wirklichkeit aber blendende Geschäfte mit der DDR gemacht habe. Diese Kritik beinhaltet den Vorwurf an die Bundesregierung, ihre Macht zur Zerschlagung der DDR nicht in dem Maße genutzt zu haben, wie es die Grünen sich gewünscht hätten. Es ist eine Kritik an der Bundesregierung von rechts.

Auch die PDS hat eine ambivalente Haltung zu Schalck-Golodkowski. In der Zeit der Wende hat insbesondere die Regierung Modrow fleißig an dem Bild Schalcks als dem verächtlichsten Menschen auf deutschem Boden mitgemalt. Zum Beispiel wurde Schalcks Wohnung für eine Pressebegehung von der Modrowregierung mit Sachen ausstaffiert, die dort nie gestanden haben. Modrow hat Schalck wissentlich Unterschlagungen vorgeworfen, die dieser nicht vorgenommen hat, und damit diese alberne Wandlitzhysterie geschürt, für die wiederum Schalck der Mittelpunkt war.

Naja, einerseits schien es der SED zur Zeit der Flucht von Schalck sicherlich bequem, den ganzen Haß auf diese Person zu kanalisieren. Die Regierung Modrow befand sich nach der Flucht in einer realen Notsituation. Sie wußte nicht, welche Konten Schalck alle geführt hat. Sie hatte natürlich auch Angst, daß Schalck vor den Behörden der BRD aus dem Nähkästchen plaudern würde. Zu Recht übrigens! Und sie hatte die Interessen der DDR zu wahren. Daß sie dann einen internationalen Fahndungsbefehl ausgeschrieben haben, da will ich nicht den Stab drüber brechen.

Andererseits ist richtig, daß sich vor allem das »Neue Deutschland« bei der westlichen Presse anbiederte, indem auch dort die Frage aufgeworfen wurde, warum der Mann eigentlich noch frei am Tegernsee sitze, jenseits jeder Überlegung, ob er real was verbrochen hat oder nicht.

Schalck hat immer behauptet, er habe streng in Übereinstimmung mit den Gesetzen der DDR gehandelt. Vom rechtlichen Standpunkt aus – das hat auch die Vielzahl der Ermittlungsverfahren der extra dafür eingerichteten AG Regierungskriminalität gezeigt, die 90 Prozent der Verfahren wegen Mangel an Beweisen wieder einstellen mußte – , ist ihm so viel nicht vorzuwerfen. Er hat natürlich die ökonomischen Interessen der BRD verletzt, indem er bei der Finanzierung der DKP nicht unbedingt primär die Bestimmungen der Finanzämter im Auge hatte. Aber das kann ich ihm nun beim besten Willen nicht vorwerfen.

In diesem Zusammenhang kam es im Ausschuß zu einem aufsehenerregenden Auftritt des Ex-DKP-Chefs Herbert Mies.

Herbert Mies weigerte sich, vor dem Ausschuß auszusagen, und kam dafür in Beugehaft. Dazu gibt es zweierlei zu sagen. Zum einen hat die Ausschußmehrheit erkennbar ihr Rachebedürfnis an den Funktionären der DKP befriedigt.

Das wurde auch in Gesprächen während einer Verhandlungspause ziemlich deutlich gesagt – mit Sätzen wie: »Den Mies hätte ich sofort eingebuchtet!«

Ja, daraus haben sie keinen Hehl gemacht. Das ist das eine. Das andere ist natürlich, daß Herbert Mies und sein Schatzmeister Kurt Fritsch sich politisch völlig dämlich verhalten haben. Ich hätte mir gewünscht, sie hätten die Gelegenheit genutzt, bei der Befragung zur Finanzierung der DKP a) laut zu sagen, daß es natürlich eine Selbstverständlichkeit unter Sozialisten ist, sich finanziell zu unterstützen, b) daß dabei die Bestimmungen der Bundesrepublik eine vergleichsweise untergeordnete Rolle gespielt haben und c) darauf hinzuweisen, daß natürlich die großen Volksparteien auch ihre finanziellen Möglichkeiten zur Unterstützung befreundeter Organisationen im Ausland nutzen. Die Hans-Seidel- und die Konrad-Adenauer-Stiftung zur Unterstützung der lateinamerikanischen Contra, die Friedrich-Ebert-Stiftung etwa in Portugal 1974. Mies hat sich statt dessen einzig und allein zum Opfer stilisiert, indem er auf die Kommunistenverfolgung seit 1848 rekurriert hat.

Was treibt die Leute zu diesem Haß auf Schalck? Am meisten hat sich da zwar einmal mehr der »Spiegel« hervorgetan, aber auch die PDS konnte sich nicht zurückhalten.

Die PDS hat ihre Kritik an Schalck in ihrem Minderheitenvotum dargelegt. Sie wirft Schalck vor, als treuer deutscher Beamter mit den entsprechenden Charaktereigenschaften ohne kritisches Hinterfragen und ohne Bezugnahme auf die Überlegung, ob das noch sozialistische Politik war oder nicht, immer seine Pflicht getan zu haben. Bei den anderen liegt, glaube ich, der Grund darin, daß Schalck alle Merkmale auf sich vereinigt, die auch als Ideal im bürgerlichen Leben gelten. Bloß hat er das, was alle bewundern, für die falsche Seite gemacht. Wäre er im Auftrag der Firma Siemens tätig gewesen, hätte er Chancen gehabt, zum Manager des Jahres gewählt zu werden. Und er war im Ausschuß einfach wesentlich pfiffiger als die versammelte Corona von Abgeordneten, die ihn aufs Kreuz legen wollten. Das hat die natürlich geärgert.

Letzte Frage. Wen wünschen Sie sich als Fußballweltmeister?

Motor Babelsberg.

Mit Günter Kolodziej sprach Boris Gröndahl.

Konkret 06/94, S. 32

BND - Stasi

Eine Übersicht

Seit dem Anschluß der DDR ist in Deutschland die historisch einzigartige Situation eingetreten, daß ein Staat über die Akten des feindlichen Geheimdienstes frei verfügen kann. Das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit (MfS) gilt seitdem als Hort des Bösen, ein Eindruck, der dadurch verstärkt wird, daß jeder Vergleich fehlt: Die Verfassungsschutzämter, der Militärische Abschirmdienst und der Bundesnachrichtendienst haben bislang keine Einsicht in ihre Akten gewährt.

Es bedeutet keine Parteinahme für alle Aspekte der Arbeit des MfS, wenn man an die Tatsache erinnert, daß es in einer Tradition gestanden hat, die eine andere als die der westlichen Geheimdienste gewesen ist. Das »Insiderkomitee zur Aufarbeitung der Geschichte des MfS« hat, anläßlich einer Anhörung der Alternativen Enquetekommission zur Geschichte der BRD und der DDR, die Karrieren der Gründer verglichen, die in den 50er Jahren die deutschen Geheimdienste aufbauten. Im Westen begann dieser Aufbau mit der Organisation Gehlen, die personell und auftragsgemäß die Nachfolgeorganisation der Spionageabteilung der Wehrmacht (Fremde Heere Ost) war. Ein Blick auf die folgenden Spalten verrät, daß die Zugehörigkeit zum nationalsozialistischen Apparat geradezu die Eintrittsbedingung für die westdeutschen Geheimdienste gewesen ist.

Die Quellenlage für die West-Geheimdienste ist naturgemäß unbefriedigend. Daher sind die Angaben hier auch wesentlich lückenhafter als für das MfS. Das Insiderkomitee stützt sich bei der Zusammenstellung auf persönliche Auskünfte und auf die folgenden Quellen: MfS (Hg.): *Aktivisten der 1. Stunde*, Berlin 1989. *Biografisches Lexikon zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Berlin 1970. *Braunbuch: Kriegs- und Naziverbrecher in der BRD*, Berlin 1965. Charisius/Mader: *Nicht länger geheim,* Berlin 1980. Schmidt-Eenboom: *Der BND*, Düsseldorf, Wien, New York, Moskau 1993. Felfe: *Im Dienst des Gegners,* Hamburg-Zürich 1986. Gemballa: *Geheim-gefährlich,* Köln 1990. George: »Alte Kämpfer« in Bonner Diensten, »Neues Deutschland« vom 29.9.1993. Weber: *DDR. Grundriß der Geschichte1945-1990,* Hannover 1991.

Kontakt: Insiderkomitee, Postfach 3, 13017 Berlin

BND

Werner Aretz Leitende Tätigkeit im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)*1933-45:* SS-Hauptsturmführer, Reichssicherheitshauptamt (RSHA), Gestapo

Emil Augsburg BND*1933-45:* SS-Obersturmbannführer, RSHA, Wannsee-Institut

Walter Bargatzky Jg. 1910, Jurist, Leiter der Abteilung öffentliche Sicherheit im Innenministerium*1933-45:* NSDAP, Justizministerium

Gustav Barschdorf Leitende Tätigkeit im BfV*1933-45:* Gestapo, SS-Hauptscharführer, 1974 als Kriegsverbrecher verurteilt

Hermann Baun Offizier, Organisation Gehlen (OG)/BND: Beschaffung*1933-45:* Abteilung Fremde Heere Ost (FHO) im Generalstab des Heeres

Lorenz Bessel-Lorck Jg. 1914, Jurist, Abteilungsleiter Rechtsradikalismus im BfV*1933-45:* Wehrmacht

Robert Borchardt Jg. 1912, Offizier, in der OG/im BND Abteilungsleiter*1933-45:* Wehrmacht: Hauptmann

Ernst Brückner Jg. 1909, Leiter der Sicherungsgruppe des BKA, Vizepräsident des BfV*1933-45:* 1933 SA, 1937 NSDAP, 1939 Staatsanwalt

Alois Brunner Damaskus-Resident der OG, CIA*1933-45:* SS-Sturmbannführer, RSHA: Deportationen

Heinz Burchardt Jg. 1915, Offizier, Abteilungsleiter im BND*1933-45:* Wehrmacht: Major im Generalstab (i.G.)

Karl Otto von Czernicki Offizier, BND: Aufklärung der UdSSR*1933-45:* FHO

Erich Dethleffsen Jg. 1904, Offizier, BND: Abteilungsleiter Auswertung*1933-45:* Oberkommando des Heeres (OKH)

Hans Dingler Offizier, BND-Zentrale*1933-45:* Oberkommando der Wehrmacht (OKW), Amt Abwehr

Alfred Dürrwanger Offizier, BND-Zentrale, BND-Verbindungsbüro Bonn*1933-45:* Wehrmacht: Hauptmann

Armin Eck Offizier, BND: Referatsleiter Sicherheit, Verteidigungsministerium (BMVg) Abt. G2, Leiter des Amtes für Sicherheit der Bundeswehr (ASBw)*1933-45:* Wehrmacht:Major i.G.

Ernst Ferber Jg. 1914, Offizier, BND, Personalchef BMVg*1933-45:* Oberstleutnant i.G, OKH

Foertsch Offizier, BND: Abteilung 375 = psychologische Kriegsführung*1933-45:* FHO

Reinhard Gehlen Jg. 1902, Offizier, Präsident Organisation Gehlen/BND*1933-45:* FHO

Richard Gerken Jg. 1900, Offizier, BfV: Abteilungsleiter Beschaffung, Abteilungsleiter Gegenspionage*1933-45:* OKH Amt Abwehr; RSHA: Abt. IV = Gestapo, SS-Hauptsturmführer

Ernst Grams Offizier, Amt Blank: Leiter Sicherungsgruppe*1933-45:* Wehrmacht: Hauptmann

Hubertus Großler Jg. 1919, Offizier, BND: Abteilungsleiter Funkspionage*1933-45:* Hauptmann

Heinz-Günter Guderian Jg. 1914, Offizier, Organisation Gehlen*1933-45:* Wehrmacht: Offizier einer Panzerdivision

Halswig Leitende Tätigkeit im BfV*1933-45:* SS-Obersturmbannführer, Reichsschule Sicherheitspolizei

Friedrich Wilhelm Heinz Offizier, Leiter der Sicherungsgruppe im Amt Blank*1933-45:* Wehrmacht: Oberstleutnant

Leo Hepp Offizier, OG/BND, Funkaufklärung Bundeswehr*1933-45:* FHO

Heinz Herre Offizier, BND, Leiter Auswertung*1933-45:* FHO, Wlassow-Armee

Adolf Heusinger Offizier, OG/BND, Auswertung Bundeswehr*1933-45:* OKH

Horst Hiemenz Offizier, Organisation Gehlen*1933-45:* FHO

Otto John Jg. 1909, Jurist, Präsident des BfV*1933-45:* Teilnehmer an der Verschwörung vom 20. Juli 44

Udo Krauthausen LfV Rheinland-Pfalz*1933-45:* SA-Führer

Wilhelm Krichbaum BND, Abteilungsleiter Personal*1933-45:* Chef der Grenzpolizei (Gestapo) und der Geheimen Feldpolizei, SS-Standartenfüh-rer

Konrad Kühlein BND*1933-45:* Wehrmacht: Generalmajor

Wolfgang Langkau Offizier, im BND Abteilungsleiter*1933-45:* Wehrmacht: Major

Kurt Lischka Leitende Tätigkeit im BfV*1933-45:* SS-Obersturmbannführer; in Frankreich in Abwesenheit wegen Massenmords verurteilt

Loeffelholz von Colberg Offizier, BND: Personalabteilung, Nachwuchswerbung*1933-45:* Major i.G., FHO

Hans J. Ludendorff Offizier, BND-Zentrale, Auswerter*1933-45:* Wehrmacht: Oberstleutnant

Wilhelm Ludwig Jg. 1897, Offizier, im BfV Abteilungsleiter*1933-45:* SS-Sturmbannführer

Hans Meisner Offizier, MAD-Schule*1933-45:* OKW Amt Abwehr

Horst A. v. Mellenthin Jg. 1898, Offizier, OG/BND*1933-45:* Wehrmacht: General

Walter Odenwald LfV Niedersachsen*1933-45:* SS-Sturmbannführer

Adolf Puchta LfV Niedersachsen*1933-45:* SS-Obersturmführer

Albert Radke Offizier, Vizepräsident Organisation Gehlen, Leiter Gegenspionage BfV1933-45: Oberst i.G., Amt Abwehr, Untersucher gegen die Teilnehmer am 20. Juli 44

Oscar Reile Offizier, BND: Abteilungsleiter Gegenspionage Funk*1933-45:* Amt Abwehr III – Gegenspionage

Wolf von Rothkirch und Panthen Offizier, BND, Leiter Gegenspionage*1933-45:* Amt Abwehr

Theo Saevecke BKA, Sicherungsgruppe Bonn*1933-45:* SS-Hauptsturmführer, Strafverfahren wegen Kriegsverbrechen in Italien

Paul-Albert Scherer Jg. 1918, Offizier, OG, Leiter ASBw*1933-45:* Wehrmacht: Hauptmann

Hubert Schrübbers Jg. 1907, Jurist, Präsident BfV*1933-45:* Staatsanwalt

Josef Selmayr Jg. 1915, Offizier, OG, Leiter ASBw*1933-45:* FHO

Franz Alfred Six Jg. 1909, Professor, OG/BND*1933-45:* SS-Brigadeführer, als Kriegsverbrecher verurteilt**Otto Skorzeny** Jg. 1908, OG/BND, CIA, SS-Fluchthilfeorganisationen*1933-45:* SS-Obersturmbannführer, RSHA

Konrad Stephanus Offizier, BND, MAD-Schule*1933-45:* Oberst i.G.

Johann Strübing BfV*1933-45:* Gestapo, Ref. IVA2

Horst Wendland Jg. 1912, Offizier, Vizepräsident OG/BND*1933-45:* Oberst i.G., OKH

Erich Wenger Leitende Tätigkeit im BfV*1933-45:* Gestapo; SS-Hauptsturmführer

Gerhard Wessel Jg. 1913, Offizier, Präsident OG/BND*1933-45:* FHO

Hans-Heinrich Worgitzky Jg. 1907, Offizier, Vizepräsident OG/BND*1933-45:* Wehrmacht: Oberst i.G.

Alfred Wurbs Leitende Tätigkeit im BfV*1933-45:* SS-Hauptsturmführer, Gestapo-Kommissar

Ebrulf Zuber im BND Abteilungsleiter*1933-45:* SS-Obersturmführer

STASI

Bruno Beater Jg. 1914, Zimmermann, stellvertretender Minister*1933-45:* Illegale Arbeit in Deutschland, Wehrmacht, Übergang zur Roten Armee, NKFD

Helmut Böhm Jg. 1909, Maschinenbauer, Abteilungsleiter im MfS*1933-45:* Illegale Arbeit in Deutschland, über 2 Jahre Haft

Gustav Borrmann Jg. 1895, Steindrucker, Leiter der Presseabteilung des MfS

1933-45: KZ, Emigration

Wilhelm Enke Jg. 1912, Maler, stellvertretender Hauptabteilungsleiter

1933-45: Zuchthaus, KZ

Heinrich Folk Abteilungsleiter im MfS

1933-45: Partisan

Hans Fruck Jg. 1911, Werkzeugdreher, stellvertretender Chef der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA)

1933-45: Zuchthaus

Wilhelm Gaida Jg. 1902, Karrosseriebauer, Leiter der Bezirksverwaltung (BV) Erfurt des MfS*1933-45:* Haft, Emigration, Partisan in der Slowakei

Franz Gold Jg. 1913, Fleischer, Hauptabteilungsleiter Personenschutz

1933-45: Wehrmacht, Übertritt zur Roten Armee, NKFD, Partisan in der Slowakei

Richard Großkopf Jg. 1897, Kartograf, Abteilungsleiter in der HVA

1933-45: Zuchthaus, KZ**J**

oseph Gutsche Jg. 1895, Buchbinder, stellvertretender Minister *1933-45:* Partisan in der UdSSR

Rudolf Gutsche Jg. 1919, Funker, Abteilungsleiter im MfS

1933-45: Partisan in der Sowjetunion

Gerhard Heidenreich Jg. 1916, Ofenbauer, SED-Parteisekretär des MfS

1933-45: Illegale Arbeit, Haft

Herbert Hentschke Jg. 1919, Schlosser, Abteilungsleiter in der HVA, Leiter der BV Wismut

1933-45: Partisan in der UdSSR

Heinz Hoske Jg. 1908, Brauereiarbeiter, Abteilungsleiter im MfS

1933-45: 9 Jahre Zuchthaus/KZ

Erich Jamin Jg. 1907, Bäcker, Leiter der Hauptabteilung VII

1933-45: 8 Jahre Zuchthaus/KZ

Josef Kiefel Jg. 1909, Schlosser, Leiter der Hauptabteilung II (Spionageabwehr)

1933-45: Partisan in Polen

Karl Kleinjung Jg. 1912, Friseur, Leiter der Hauptabteilung I (Militärabwehr)

1933-45: Interbrigadist/Spanien, Partisan in Belorußland/Litauen

Josef Klingbeil Jg. 1891, Apotheker, Abteilungsleiter im MfS

1933-45: Interbrigadist in Spanien

Reinhold Knoppe Jg. 1908, Leiter der BV Magdeburg

1933-45: Interbrigadist/Spanien

Kurt Köhler Jg. 1911, Schriftsetzer, Abteilungsleiter im MfS

1933-45: 12 Jahre KZ

Robert Korb Jg. 1900, Metallarbeiter, Chef der Auswertung

1933-45: Interbrigadist in Spanien

Alfred Kraus Jg. 1910, Maurer, Leiter der BV Rostock

1933-45: KZ, Emigration

Paul Laufer Jg. 1904, Former, HVA-Abteilung II (Politische Parteien)

1933-45: 3 Jahre KZ, Strafbatallion 999, Partisan in Jugoslawien

Hans Lunau Jg. 1907, Bäcker, Abteilungsleiter im MfS

1933-45: 6 Jahre KZ

Rolf Markert Jg. 1911, Schlosser, Leiter der BV Dresden

1933-45: 10 Jahre Zuchthaus, KZ

Paul Markgraf Jg. 1910, Bäcker, Stabschef des Wachregiments

1933-45: Wehrmacht, Gefangenschaft, NKFD

Julius Michelberger Jg. 1919, Kaufmännischer Angestellter, Leiter der BV Gera und Potsdam

1933-45: Wehrmacht, Gefangenschaft, NKFD, Fronteinsätze

Erich Mielke Jg. 1907, Expedient, Minister

1933-45: Interbrigadist in Spanien

Robert Mühlpforte Jg. 1911, Maler, Leiter der Hauptabteilung Kader und Schulung

1933-45: 9 Jahre Zuchthaus, KZ

Richard Reuscher Jg. 1915, Tischler/Glaser, Abteilungsleiter im MfS

1933-45: 8 Jahre Zuchthaus, KZ

Kurt Scheffler Jg. 1908, Maurer, Abteilungsleiter im MfS

1933-45: KZ, Interbrigadist/Spanien, Emigration

Franz Schkopik Jg. 1900, Glasbläser, SED-Parteifunktionen im MfS

1933-45: Emigration

Richard Schmeing Jg. 1909, Tischler, Abteilungsleiter im MfS

1933-45: 10 Jahre Zuchthaus, KZ, zum Tode verurteilt

Alfred Scholz Jg. 1921, Drogist, Stellvertretender Minister

1933-45: 10 Jahre Zuchthaus, KZ, zum Tode verurteilt

Fritz Schröder Jg. 1915, Fleischer, Stellvertretender Minister

1933-45: Wehrmacht, NKFD

Richard Stahlmann Jg. 1891, Tischler, Stellvertretender Chef der HVA

1933-45: Interbrigadist/Spanien

Gustav Szinda Jg. 1897, Maschinenschlosser, Leiter der BV Neubrandenburg

1933-45: Interbrigadist/Spanien

Otto Walter Jg. 1902, Zimmermann, Stellvertretender Minister

1933-45: 12 Jahre Gefängnis, KZ

Helmut Welz Jg. 1910, Pelzzurichter, Abteilungsleiter im MfS

1933-45: 11 Jahre Zuchthaus, KZ

Erich Wichert Jg. 1909, Leiter der BV Berlin

1933-45: 12 Jahre Zuchthaus, KZ

Markus Wolf Jg. 1923, Journalist, Chef der HVA

1933-45: Emigration

Ernst Wollweber Jg. 1898, Matrose, Staatssekretär/Minister

1933-45: Partisan in Norwegen

Wilhelm Zaisser Jg. 1893, Lehrer, Minister

1933-45: Interbrigadist in Spanien

Konkret 06/94, S. 34

Otto Köhler

Buch des Monats: Wir sind alle Peanuts

Gian Trepp: Bankgeschäfte mit dem Feind – Von Hitlers Europabank zum Instrument des Marshallplans. Rotpunkt Verlag, Zürich 1994, 270 Seiten, 36 Mark

Mitten im Festakt zum 100jährigen Bestehen der Rheinboden Hypothekenbank zeigte sich der Präsident des Bankenverbandes, Karl-Heinz Wessel, sehr unbeherrscht: »Was ist das für ein Klima geworden, in dem von Banken selbst in seriösen Zeitungen als von einer kriminellen Vereinigung, von Heuchlern, Abkochern und Abzockern geredet wird, in dem Verbraucherverbände sogar empfehlen, mit Banken nur noch unter Zeugen zu reden.«

Gegen das Klima ist nichts zu sagen – es ist im Mai 1994 fast so gut wie im März 1947. Damals wurde von der für kurze Zeit maßgebenden Stelle verkündet:

»Es wird empfohlen, daß: 1. die Deutsche Bank liquidiert wird, 2. die verantwortlichen Mitarbeiter der Deutschen Bank angeklagt und als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden, 3. die leitenden Mitarbeiter der Deutschen Bank von der Übernahme wichtiger oder verantwortlicher Positionen im wirtschaftlichen Leben Deutschlands ausgeschlossen werden.«

Das waren noch Zeiten, damals vor 47 Jahren, als so etwas Schönes noch ernsthaft und mit Aussicht auf Erfolg empfohlen werden konnte. Aber damit war es dann ganz schnell vorbei, und der gerade erst von uns gegangene Aufsichtsrat der IG Auschwitz und Chefarisierer der Deutschen Bank, Hermann Josef Abs (s. KONKRET 3/94), wurde bald darauf neben dem Endlösungs-Kommentator Hans Globke einer der wichtigsten Berater Konrad Adenauers.

Die beste Lösung unserer heutigen Probleme hatte sich Roosevelts Finanzminister Henry Morgenthau 1943 für das ganze nach der Deutschen Bank benannte Land ausgedacht: blühende Landschaften. Damals war das ernst gemeint. Zwar wollte auch Morgenthau Deutschland entindustrialisieren, aber er wollte es nicht einfach plattmachen, wie Helmut Kohl das besiegte Ostdeutschland, damals sollte Deutschland als Agrarland Früchte tragen, aufgeteilt in drei, vier Staaten, die freundschaftlich miteinander verkehren, und nicht geteilt in zwei Völkerschaften, Sieger und Besiegte, wie sie sich seit dem Fall der Mauer – nach dem ersten »Wahnsinn!« – feindselig gegenüberstehen. Das Schönste aber: Morgenthaus Deutschländer wären nun schon ein halbes Jahrhundert unbelastet von der übelsten unproduktiven Ausgabe: Damit gar nicht erst der Gedanke eines weltweiten Einsatzes der deutschen Wehrmacht aufkomme, hätte es nie eine Bundeswehr gegeben. Es wäre eine Lust, friedlich in Morgenthaus deutschem Staatensalat zu leben, ohne Schwerindustrie, die heute doch nur Subventionen schluckt und soziale Probleme schafft.

Und ganz ohne Deutsche Bank, für die die Eingeborenen, auch die deutschen, doch nur Peanuts sind, die man mit anschwellenden Bankgebühren ausquetscht. Denn auch das hängt mit Morgenthaus Plan zusammen. Die wunderschöne Idee einer Liquidation der Deutschen Bank und der sicheren Verwahrung ihrer leitenden Mitarbeiter stammt nämlich, wie sich 1971 der ehemalige US-Militärgouverneur Lucius D. Clay bei Hermann Josef Abs entschuldigte, von der Finanzabteilung der damaligen Militärregierung, von Morgenthaus Leuten also. Die allein zuständige Rechtsabteilung wäre nie auf so gute Ideen gekommen.

Den Kampf zwischen der Finanzabteilung der US-Militärregierung und den Wallstreet-Leuten der Rechtsabteilung erwähnte schon 1985 Karl Heinz Roths Edition des Omgus-Berichtes über die Ermittlungen gegen die Deutsche Bank. Der Hintergrund dieser Auseinandersetzungen aber wird deutlich durch eine neues Buch aus der Schweiz über die in Basel ansässige Bank für Internationalen Zahlungsausgleich: *Bankgeschäfte mit dem Feind – Von Hitlers Europabank zum Instrument des Marshallplans,* verfaßt von dem Schweizer Finanzjournalisten Gian Trepp.

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) wurde 1930 als internationale Institution gegründet und überstand ohne Schwierigkeiten den zweiten Weltkrieg. Trepp: »Während sich die Soldaten ihrer Länder gegenseitig abschlachteten, saßen Reichsbankpräsident Walther Funk, Gouverneur Vincenzo Azzolini von der Banca d`Italia und Gouverneur Montague C. Norman friedlich im Verwaltungsrat der BIZ.« Je nach Kriegslage wurden die Vertreter der französischen, belgischen und niederländischen Staatsbanken ausgetauscht. Für die USA gab es eine Sonderlösung, und auch Japan war vertreten.

Der alte Kämpfer Funk, der vor allem die Beziehungen der Nazis zur Schwerindustrie gefördert hatte, 1938 Wirtschaftsminister und 1939 Reichsbankpräsident geworden war, saß von da an bis 1945 im Verwaltungsrat der BIZ, neben ihm der IG-Farben-Chef Hermann Schmitz, den Hitler 1933 zum Reichstagsehrenmitglied in der NSDAP-Fraktion ernannt hatte, und Reichsbankvizepräsident Emil Puhl, auch ein Nazi. Sie wanderten 1945 aus dem BIZ-Verwaltungsrat vorübergehend in das Nürnberger Kriegsverbrechergefängnis.

Schon seit 1933 saß Bankier Kurt von Schröder, der Hitler mit Papen verkuppelt hatte, im BIZ-Verwaltungsrat. Als die Deutschen im März 1939 in Prag einmarschierten, kam von dort ein Telegramm an die BIZ in Basel. Die jetzt unter Besatzungsgewalt stehende Tschechoslowakische Nationalbank wies die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in

Basel an, die in London deponierten tschechischen Währungsreserven von 23 Tonnen Gold auf das Konto der Deutschen Reichsbank zu transferieren. Im Krieg wurde die BIZ zur wichtigsten Devisendrehscheibe Hitlers und zur Goldwaschanlage für die Nazis. Bei zahlreichen Umschmelzaktionen wurden im Auftrag der Reichsbank nicht nur geraubte ausländische Goldmünzen, sondern womöglich auch jüdisches Zahngold aus Auschwitz in neutrale Goldbarren mit offizieller Schweizer Prägung und damit in die für Nazi-Deutschland so lebenswichtigen Devisen umgewandelt. Und es war nicht das Schweizer Bundesheer, das die Eidgenossen vor einem deutschen Überfall bewahrte, es waren vielmehr die für die Nazis so ungeheuer nützlichen Finanzdienstleistungen der »neutralen« Schweiz. Mitten im Krieg erinnerte sich Hitler voll Vergnügen, wie Funks Vorgänger, »der intelligente Arier]Hjalmar Schacht«, 1933 in der BIZ »die Bankjuden aus aller Welt zu bescheissen« begann. Der BIZ-Chef-Ökonom Per Jacobson, ein Schwede, formulierte das im Herbst 1940 so: »Wenn die Schweiz im gegenwärtigen Krieg auch weiterhin unbehelligt und neutral bleiben sollte, könnte der Finanzplatz Schweiz als nützliche Drehscheibe zwischen dem Dollar-Markt und dem Neuen Europa dienen.« Wobei er unter diesem Neuen Europa Hitlers Kontinentalreich verstand.

Die Banco de Portugal war der bedeutendste Empfänger von umgeschmolzenem deutschem Raubgold. Portugal wie Spanien importierten Rüstungsgüter aus Südamerika. Über die BIZ-Drehscheibe in der Schweiz gingen sie weiter nach Deutschland und Italien. Trepp führt diese erfolgreichen Rüstungsgeschäfte auf die »perfekte Symbiose der BIZ mit der Schweizerischen Nationalbank und den Schweizer Großbanken« zurück.

Die USA nahmen das alles bis 1943 hin. Im Juni 1939 hatte der BIZ-Verwaltungsrat den US-Amerikaner Thomas Harrison McKittrick für drei Jahre zum neuen BIZ-Präsidenten gewählt – er trat sein Amt einige Monate nach Kriegsbeginn am 1. Januar 1940 an und wurde so Vorgesetzter auch der nazideutschen BIZ-Angestellten, die in ihrem Briefwechsel aus Basel weiterhin ungeniert den Gruß »Heil Hitler« benutzten.

1939 hatte es anläßlich der Auslieferung der tschechischen Devisenreserven in Großbritannien Kritik an der BIZ gegeben, die von der Regierung Chamberlain zurückgewiesen wurde. Im Herbst 1942 gab es abermals Vorhaltungen der Presse, die zu Interventionen im Unterhaus gegen die BIZ führten. Da erwies sich in Deutschland wieder einmal die segensreiche internationale Rolle der »Frankfurter Zeitung«. Sie wies »den englischen Presseangriff gegen die BIZ« zurück. Denn diese müsse weiterbestehen, weil sie nach dem Krieg noch gebraucht würde. Im übrigen sei das ganze nur eine Intrige gegen den Gouverneur der Bank of England, Montague Norman. Der saß, während Churchill Blut, Schweiß und Tränen im Kampf gegen Nazi-Deutschland verkündete, bis Juni 1944 friedlich mit den Nazis Funk, Schmitz und Puhl im Verwaltungsrat der BIZ.

Von Großbritannien griff die Kritik an der BIZ auf die USA über. Finanzminister Morgenthau durchschaute ihre Hilfsfunktion für die Nazis. Sein Stellvertreter Harry Dexter White: »Der amerikanische BIZ-Präsident macht mit den Deutschen Geschäfte, während unsere Jungs im Felde von den Deutschen massakriert werden.«

Auf der Weltwährungskonferenz von Bretton Woods im Juli 1944 setzte Finanzminister Morgenthau durch, daß die 17 US-Delegierten die »raschestmögliche Liquidation der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich« verlangten. Dieser Beschluß richtete sich gegen die Großbankiers von der Wallstreet, die unter allen Umständen die BIZ erhalten wollten und die geplanten Bretton-Woods-Institutionen einstimmig ablehnten. Ihre graue Eminenz: der spätere Rollback-Außenminister John Foster Dulles, Partner im größten Wallstreet-Rechtsanwaltbüro Sullivan & Cromwell. Sein Bruder Allen Dulles, der US-Geheimdienstchef in der Schweiz, verhandelte zur gleichen Zeit mit Nazi- und SS-Größen.

Morgenthau zu den US-Delegierten: »Sollte die Zukunft der BIZ ohne klare Stellung der USA im Konferenzplenum zur Sprache kommen, werden die Deutschen daraus schließen, in Basel könne nach dem Krieg alles bleiben, wie es war. Und genau auf diese Kontinuität setzen Reichsbankleute wie Hjalmar Schacht und Walther Funk alle ihre Hoffnungen.«

Morgenthau setzte sich auf der Konferenz von Bretton Woods durch. Gegen den erbitterten Widerstand der mächtigen Freunde der BIZ in der Bank of England und im US-Finanzestablishment Wallstreet wurde die Liquidation der BIZ beschlossen. Trepp: »Im Zeichen eines progressiven New Deal für die Weltwirtschaft war die konservative BIZ mit dem taktischen Rückgriff auf die Nazi-Kollaboration liquidiert worden. Schon bald sollte sich jedoch der Triumph Henry Morgenthaus als Pyrrhussieg erweisen. Die Resolution wurde nie ausgeführt. Drei Jahre später war Morgenthau nicht mehr Finanzminister, Harry D. White gestorben und die BIZ rehabilitiert.«

Und von Morgenthaus schönem Plan, Deutschland in drei oder vier friedliche Agrarländer zu verwandeln, blieb auch nichts. Nach Roosevelts Tod übernahm die Wall Street wieder die Führung. In Deutschland bekam die konservative, auf Kollaboration mit den Deutschen ausgerichtete Rechtsabteilung der OMGUS das Sagen und entmachtete die Finanzabteilung mit ihren – wie sie in Westdeutschland bald verächtlich genannt wurden – »Morgenthau-Boys«, die Kriegsverbrecher-Prozesse gegen die Industrie wurden auf kleine Flamme gesetzt, ein Prozeß gegen die Banken, für den die Finanzabteilung soviel Anklagematerial zusammengetragen hatte, kam nicht zustande. Die Banken, die Industriellen, die Generäle – sie wurden wieder gebraucht.

Der Deutsche-Bank-Chef Hilmar Kopper hat völlig recht, wenn er im Zusammenhang mit der kleinen Schneider-Affäre, die heute alle empört, öffentlich im Namen seiner Bank erklärt: »Wir reden hier eigentlich von Peanuts.« Die Peanuts, das sind wir alle.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 5/94 über die Rechtsradikalisierung des Springer-Konzerns

Konkret 06/94, S. 36

Georg Fülberth

Gemeinsinn und Feindbild

Die Debatte über den Kommunitarismus taucht in die Sphäre deroperativen Politik. Drei Neuerscheinungen appellieren an den Gemeinsinn und träumen vom Krieg

Feine Arbeit und Nation

Als ca. 1991 die US-amerikanische Kommunitarismus-Diskussion mit Hilfe von Kongressen, Sammelbänden und Artikeln auch in der BRD bekanntgemacht wurde, mögen einige gefürchtet haben, mit diesem Thema werde, nachdem es aus seinem angelsächsischen Kontext gelöst sei, die deutsche Volksgemeinschafts-Gewohnheit bedient. Darauf konnte geantwortet werden, daß Geschichte sich nicht wiederhole. Immerhin habe das Deutsche Reich 1945 seinen Angriffskrieg verloren, die Bundesrepublik sei ab 1968 durch die Intellektuellenrevolte und deren Folgen zivilisiert worden, und dann habe der Osten 1989 just das nachgeholt, was die westlichen Nationen bis dahin den verspäteten Deutschen voraushatten: eine Revolution. Warum sollte in einem solcherart amerikanisierten Land eine Debatte, die sich unter anderem an Alexis de Tocqueville orientierte, unangebracht sein?

Ein platter Materialist mochte wenig Anlaß haben, sich an diesen Mutmaßungen zu beteiligen. Er wartete ab, hielt den Mund oder fragte allenfalls in seinem plebejischen Latein: Cui bono? Soll heißen: Irgendwann müsse doch das handfeste Interesse sichtbar werden, welches hinter dem kommunitarischen Zauber steckt.

Das Aussitzen hat sich gelohnt. Wer sich zwei Jahre lang durch Schriften von Robert Bellah, Alasdair MacIntyre, Charles Taylor, Michael Walzer und anderen gequält hatte, merkte 1993, daß diese langweilige Lektüre entbehrlich war. In diesem Jahr erschien nämlich die deutsche Übersetzung eines Buches, das den ökonomischen Zweck der vorangegangenen Feingeisterei entschlüsselt. Verfasser ist der derzeitige Arbeitsminister der USA, Robert B. Reich.

Der deutsche Titel – *Die Neue Weltwirtschaft* – ist nichtssagend, die englische Original-Überschrift dagegen enthält ein Programm: *The Work of Nations.* In der Umformung des Themas von Adam Smith *(Wealth of Nations)* steckt die zentrale These: Der Reichtum der Nationen beruhe auf der (bezahlten) Arbeit, die sie zu verrichten imstande sind.

Nach Reichs Auffassung ist an die Stelle der national gebundenen Unternehmen, aber auch der guten alten Multis inzwischen eine »globale Vernetzung« bei der Bereitstellung von Qualitätsprodukten getreten. Dem Käufer eines Pontiac Le Mans von General Motors rechnet er vor: »Von den 10.000 Dollar, die er an GM zahlt, gehen etwa 3000 Dollar für Montagearbeiten nach Südkorea, 1750 Dollar für hochtechnologische Komponenten (Motor, Getriebe und Elektronik) nach Japan, 750 Dollar für Styling und Konstruktion nach Deutschland, 400 Dollar für verschiedene kleinere Komponenten nach Taiwan, Singapur und Japan, 250 Dollar für Werbung und Marketing nach Großbritannien und etwa 50 Dollar für Datenverarbeitung nach Irland und Barbados. Der Rest – weniger als 4.000 Dollar – geht an Marktstrategen in Detroit, Anwälte und Banker in New York, Lobbyisten in Washington, Renten- und Krankenversicherungsangestellte im ganzen Land sowie an GM-Aktionäre, von denen die meisten in den Vereinigten Staaten leben, eine wachsende Zahl aber im Ausland.« Dabei muß noch nicht einmal angenommen werden, daß der gesamte Gewinn in allen Fällen an der Spitze einer einzigen Firma landet. Die verschiedenen Hersteller eines Produkts rund um die Welt können völlig selbständige Unternehmen sein, häufig handele es sich auch um einfache Warenproduzenten, die nur sich ausbeuten und dabei allerdings gewaltige Spannen erzielen. Und selbst wenn der Gewinn, der für ein Auto oder eine in mehreren Ländern arbeitsteilig gefertigte Eishockey-Ausrüstung erzielt wird, zuletzt ausschließlich nach Tokio, Detroit oder Untertürkheim abgeführt würde, so wäre das unbedeutend: Es handelt sich um einen nur kleinen Anteil im Vergleich zu den Arbeitskosten. Nehmen wir einmal an, ein Gegenstand wird in Japan produziert, der Profit aber nach Großbritannien transferiert, dann hätte Japan den größeren Vorteil von der Sache, denn die weitaus höhere Summe bleibt dort und gibt, wie man so sagt, den Menschen Arbeit.

Beim Anblick des Pontiac Le Mans wird Robert B. Reich melancholisch: Daß nur 4000 Dollar in die USA gehen sollen, vermag er nicht einzusehen. Dabei verschmerzt er gern die 3000, welche für Montagearbeiten in Südkorea gezahlt werden. Das ist eben ein Ergebnis der von ihm gebilligten internationalen Arbeitsteilung, in der die Standard- und Massenproduktion aus den alten Zentren abwandert.

Dies habe, so argumentiert er weiter, inzwischen bereits Wirkungen für die Sozialstruktur der USA gezeitigt. 1990 »bestand etwa ein Viertel der von Amerikanern besetzten Arbeitsplätze aus Routinetätigkeiten in der Produktion, bei fallender Tendenz«. Dagegen nahm die Zahl der Menschen zu, welche »kundenbezogene Dienste« leisten: z.B. Kellner(innen), Krankenschwestern, Heilgymnastiker(innen), Automechaniker »und – ein Beruf mit enormen Zuwachsraten – Wachpersonal«. Insgesamt gehörten »etwa dreißig Prozent der von Amerikanern ausgeübten Berufe dem Dienstleistungssektor an, bei stark steigender Tendenz«.

Die dritte Kategorie betrifft die »symbolanalytischen Dienste«. Die Zahl der hier Beschäftigten ging seit den fünfziger Jahren steil in die Höhe und liegt heute – nach einer Verlangsamung des Zuwachses in der Reagan-Zeit – bei zwanzig Prozent. In diesem Bereich werden »manipulierte Symbole gehandelt: Daten, Wörter, akustische und visuelle Darstellungen«. Die hier Tätigen bezeichnet Reich deshalb als »Symbolanalytiker«, zu ihnen gehören u.a. »Forschungswissenschaftler, Design-, Software- und Bauingenieure, Biotechnologen, Toningenieure, PR-Manager, Investment-Banker, Anwälte, Baulanderschließer«. Hinzu kommen allerlei Berater und Planer sowie der größte Teil des Medienpersonals. Die beim Staat, in der Landwirtschaft und im Bergbau Beschäftigten werden von Reich nicht behandelt, da sie »fast alle vom globalen Wettbewerb abgeschirmt« seien.

Eine Expansionschance sieht er bei den Symbolanalytikern. Zurück zum Pontiac Le Mans: Warum, so nörgelt Reich, sollen die Einkommen für hochtechnologische Komponenten, Styling, Konstruktion, Werbung und Marketing, die gegenwärtig auf Japan, Deutschland und Großbritannien entfallen, nicht in den USA verdient werden? Voraussetzung wäre allerdings, daß in den Vereinigten Staaten die hierfür qualifizierten Arbeitskräfte vorhanden sind. Gelänge es, sie aus der schrumpfenden Schicht der Routinearbeiter (bzw. deren Kindern) zu rekrutieren, dann wäre der Verlust von Standardarbeitsplätzen an Südkorea, Taiwan, Singapur, Barbados und Irland (die Datenverarbeitung, die u.a. auf der europäischen Insel getätigt wird, sieht er als relativ einfach an) kein Problem. Es müßte eine Art Umschulung von einer Generation zur nächsten erfolgen. Sie wäre aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren, denn die blue-collar-Familien könnten sie nicht bezahlen. Das bedeutet: stärkere Besteuerung der »Symbolanalytiker«. Doch was haben die davon? Ihre Kinder schicken sie auf teure Privatschulen, sie geben aus eigener Tasche enorme Mittel für deren Fortkommen und für die ärztliche Versorgung ihrer Familien aus. Wozu sollen sie dann noch Steuern für staatliche Infrastruktur zahlen, die sie selbst nicht in Anspruch nehmen?

Reich fragt: »Was sind wir einander als Angehörige derselben Gesellschaft schuldig, die nicht länger in wirtschaftlicher Gemeinschaft lebt?« Antwort: Patriotismus und Gemeinsinn. Da kommt er bei den Symbolanalytikern aber schlecht an. Sie sind nämlich Kosmopoliten. Von der Mehrheit ihrer Landsleute gut abgeschirmt, sind sie zugleich per Fax, Jet und Telefon mit ihresgleichen in der ganzen Welt verbunden. (Lesen Sie Tom Wolfe, *Fegefeuer der Eitelkeiten*. Lassen Sie sich durch die schwache Verfilmung nicht davon abhalten.) Gegen die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte haben sie übrigens nichts einzuwenden, im Gegenteil: Dadurch werden die Dienstleistungen, die sie in großem Umfang in Anspruch nehmen, vielfältiger und billiger. Chauvinismus von der dumpfen Sorte ist ihnen fremd.

Reich versucht es mit einer Ideologie, die er »positiven Wirtschaftsnationalismus« nennt. Dieser unterscheide sich vom plumpen »Nullsummen-Nationalismus« dadurch, daß er nicht auf die Abschottung gegen Importe und ausländische Investitionen in den USA sowie die aggressive Eroberung fremder Märkte setzt, sondern auf die Veredelung des eigenen Arbeitskräftepotentials. Der Wirtschaftskrieg fände dann gleichsam nur in der obersten Etage statt: Symbolanalytische Arbeit wandert von Paris oder London nach New York, weil sie da besser erledigt wird – durch Angehörige der früheren Unterschichten, welche durch gezielte staatliche Förderung qualifiziert wurden.

Sherman McCoy aus der Park Avenue wird das wahrscheinlich immer noch nicht überzeugen, denn er ist ja schon oben. Steuererhöhungen würden ihm etwas wegnehmen, und zwingen kann ihn ohnehin niemand: Die Gewerkschaften sind schwach. Reich räumt ein: »In der Praxis jedoch ist es höchst unwahrscheinlich, daß die unteren vier Fünftel der Amerikaner solche Forderungen gegenüber dem oberen Fünftel durchsetzen können.« Umso lauter appelliert er an Gemeinsinn. Ganz zum Schluß erinnert er sich an ein probateres Mittel, das er jedoch ablehnt. Dazu später.

Ethnische Rettung

Kommunitarismus ist die Kunst, über den Individualismus herzuziehen und zugleich vom Kapitalismus zu schweigen. Andersherum: Er ist der Versuch, den uralten kommunistischen Gemeinschaftsgedanken mit dem Sakrament des Privateigentums zu verbinden, woraus nichts Vernünftiges wird.

Diese Operationen können anhand der verschiedenartigsten Themen vorgenommen werden, zum Beispiel auch in der Bevölkerungspolitik. Kurt Biedenkopf verfügt seit vielen Jahren über einen kleinen think tank, das »Institut für Wirtschaft und Gesellschaft« in Bonn. Dessen Leiter, Meinhard Miegel, und eine Mitarbeiterin derselben Einrichtung, Stefanie Wahl, haben nunmehr eine Art bevölkerungspolitisches Manifest veröffentlicht. Titel: *Das Ende des Individualismus.* Das Buch wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie erstellt. Miegel/Wahl kommen zu dem Ergebnis, daß der Individualismus als dominante Lebenseinstellung zum Aussterben der eingesessenen Bevölkerung in den am meisten entwickelten Gesellschaften führt, da nicht mehr genügend Kinder geboren werden. So sei es schon im alten Rom gewesen, und jetzt sei es wieder so weit. »Bevölkerungen von Ländern wie Deutschland« müßten »erkennen, daß aufgrund ihrer individualistischen Kulturen ihre physische Existenz und damit auch ihre ethnische und kulturelle Identität gefährdet sind.« Miegel und Wahl sehen für die Zukunft drei verschiedene Möglichkeiten.

Erstens: Durch eine »Neubestimmung des Verhältnisses von Individuum und Gemeinschaft« könne erreicht werden, daß die Geburtenrate wieder auf eine »bestandserhaltende Höhe« steigt. Miegel/Wahl vermuten allerdings, daß dies keine sehr demokratische Angelegenheit sein werde. »Anders als in individualistischen Kulturen wären diese Gemeinschaften recht hierarchisch und autoritär.«

Wolle man das nicht, müsse man – zweitens – »Zuwanderer umfassend integrieren«. Kämen diese massenhaft, werde zwar die Bevölkerungszahl stabilisiert, aber dies sei nur eine Teillösung, da bei zu starker Immigration die Integrationsfähigkeit von Ausländern und Deutschen überfordert sei.

Drittens: Verzichte man auf ausreichenden Geburtenzuwachs oder genügend breite Immigration, dann müsse man sich »auf eine zahlenmäßig abnehmende und alternde Bevölkerung vorbereiten«. Hierzu gehöre die Einleitung entsprechender sozial- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen, zum Beispiel Verlagerung von Pflege- und Krankheitsrisiken auf den einzelnen, »seine Familie oder ihm nahestehende Gemeinschaften«. Dies sei die Antwort darauf, daß relativ wenigen Werktätigen, die von ihren Arbeitseinkommen etwas abzweigen können, immer mehr erwerbsunfähige Greisinnen und Greise gegenüberstehen. »Weiterhin dürfte in zahlenmäßig abnehmenden und alternden Bevölkerungen auch eine veränderte Sterbeethik unvermeidlich sein.«

Miegel/Wahl gehen offensichtlich davon aus, daß keine dieser Optionen in reiner Form durchgesetzt werden kann. Statt dessen schwebt ihnen wohl eine Kombination vor: mehr Kinder bei ein bißchen weniger Demokratie, Einwanderung so viel wie nötig und so wenig wie möglich; sorgfältigere Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials und auch etwas mehr Sterbeethik. Das Sanktuarium, welches bei alledem nicht angetastet werden darf, ist die »kulturelle und ethnische Identität«. Es ist kaum vorstellbar, daß diese Priorität ohne die Anschläge der letzten Jahre so deutlich herausgearbeitet worden wäre. Das heißt aber: Das, was sich hier als Abhilfe vorstellt, ist bereits die Reaktion auf spontane innergesellschaftliche Feinderklärungen.

Carl Schmitt, hilf!

Hab ich's nicht gleich gesagt!« – könnte Joachim Fest hier dazwischenrufen. Während Reich, Jahrgang 1946, Miegel (55) und Wahl (43) jung und dynamisch wirken, verbreitet der »FAZ«-Mann (68) soignierte Müdigkeit. In einem schmalen Buch – *Die schwierige Freiheit* – deutet er auf »die offene Flanke der offenen Gesellschaft«: Der Feind ist weg. Jetzt müsse die freiheitliche Ordnung »die ihr so lange von außen geschenkte Kraft aus sich selbst aufbringen«. Zunächst sehe es aber nicht gut aus. Die Leute treiben – je nach Lebenslage – den Hedonismus auf die Spitze oder versumpfen in der »Vorstellung jenes kleinen, aber zum Maßstab erhobenen Gewerkschaftsglücks, das der Staat als ein in jeden Lebensbereich eindringendes allgegenwärtiges Dienstleistungsunternehmen zu gewährleisten hat.« Dabei gäbe es so viel zu tun: »die prinzipielle Überprüfung des sozialstaatlichen Modells« etwa und die »Rekolonisierung des europäischen Ostens«. Aber jetzt, da der mobilisierende Druck von außen fehlt, hat der Prediger, anders als einst der Pater Leppich, nur noch das doch vergleichsweise schwächliche kommunitaristische Vokabular: »Bürgertugenden«.

Die gleiche Rhetorik vermag offensichtlich verschiedenen Zwecken zu dienen: Robert B. Reich möchte ein paar sozialstaatliche Elemente einbauen, Fest will sie beseitigen. Beide haben die Schwierigkeit, daß die Energien, welche zur Umsetzung benötigt werden, nicht mehr durch den Hinweis auf einen äußeren Feind gewonnen werden können. John Major erntete unlängst Hohn und Spott, als er in einer Tugendkampagne »Back to Basics!« (etwa: Zurück zu den Grundwerten) rief. Der »Guardian« nannte das »New fashioned humbug« und befand: »The fatal contradiction in Back to Basics is that it seeks to restore traditional values without taming a rampant free market« (»Der fatale Widerspruch in ›Back to Basics‹ ist, daß es versucht, traditionelle Werte wiederzubeleben, ohne den zügellosen Markt zu zähmen«). That's it. Reich ist insofern besser dran, als ihm nicht mehr die Reagonomics vorgehalten werden können, während der Brite gegen die Folgen der Politik anmoralisieren muß, die Frau Thatcher und er selbst zu verantworten haben. Doch der Arbeitsminister der USA weist darauf hin, daß Reformpolitik ihre Schubkraft einst von den Notwendigkeiten des Kalten Krieges bekam. Er fürchtet: »Vielleicht hält die amerikanische Gesellschaft nach Wegfall des Sowjetkommunismus nichts mehr zusammen«, und er schließt mit den Worten: »Die zentrale Frage für Amerika in der postsowjetischen Welt lautet also: Werden wir imstande sein, unsere Identität und das Gefühl gegenseitiger Verantwortung zurückzugewinnen, ohne uns ein neues Feindbild schaffen zu müssen? Die Antwort ist alles andere als klar.«

Wer theatralische Effekte mag oder als Verlierer zur Häme neigt, kann aus alledem schließen, die Sieger seien in der Bredouille. Er fällt damit selbst schon auf den kommunitarischen Alarmismus herein. Dem Kapitalismus geht es nicht schlecht. Er verdaut nur. Erst kommt das Fressen, dann die Moral. Gefressen hat er gerade. Der Kommunitarismus ist nicht Ausdruck von Hilflosigkeit, sondern es handelt sich um einen hegemonialen Diskurs, in dem die bürgerliche Gesellschaft sich auf eine neue Situation einstellt. Der globale Groß-Feind mag für sie bequem gewesen sein, doch war er in ihrer Geschichte der Ausnahmefall, nämlich ab 1917, verstärkt seit 1947 (Ausbruch des offenen Kalten Kriegs). Im nachhinein wird eine ältere Wahrheit über die Systemauseinandersetzung wieder klarer: Sie war im wesentlichen eine Veranstaltung des Westens. Er gewann einen Kampf, den er sich selbst organisiert hatte. (Von da kommt auch die Erleichterung mancher

Sozialisten, als sie keine mehr sein mußten: Ihre subjektiv positive Parteinahme für die Sowjetunion hatte sich objektiv längst als Gefangenschaft im Arrangement der Bourgeoisie erwiesen.) Vorher mußten sich die bürgerlichen Gesellschaften mit kleineren Kalibern zufriedengeben, in der Regel mit irgendwelchen nationalen Erbfeinden oder den Kolonialvölkern (falls diese – angeblich oder tatsächlich – rebellisch wurden). Eine Mischform war die deutsch-faschistische Bedrohungslüge von der jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung. Die moralisch und politisch gebotene militärische Bekämpfung Hitlerdeutschlands durch die USA kam erst zustande, nachdem Roosevelts New Deal in der bisherigen Form nicht mehr durchzuhalten war. Selbst hier also folgte die Konfrontation nach außen auch der Vorgabe einer innergesellschaftlichen Problemabfuhr.

Ohne Feindbilder wird es auch in Zukunft nicht abgehen, doch sind sie gegenwärtig noch als Leerstellen in positiv dargestellten Projekten versteckt. Wahrscheinlich wird in der nächsten Zukunft die bürgerliche Gesellschaft ihre Aggressionen nicht bündeln, sondern verteilen, ohne daß sie dadurch geringfügiger werden. Im Angebot sind zur Zeit: Uno-Missionen gegen das »Chaos«, innenpolitische Kampagnen gegen Korruption und Kriminalität, selbstverständlich weiter die Abweisung von Ausländern aus den armen Ländern. Das ganz große Projekt fehlt und ist vielleicht auch verzichtbar. Allerdings wird dadurch eine ständige Kleinmobilisierung nötig, die häufig lästig ist. Deshalb seufzt Joachim Fest nostalgisch: »Francis Fukuyama hat das Dilemma mit der extrem zugespitzten Bemerkung umschrieben, daß ›eine liberale Demokratie, die alle zwanzig Jahre einen kurzen, entschlossenen Krieg zur Verteidigung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit führen könnte, bei weitem gesünder und zufriedener (wäre) als eine Demokratie, die in dauerhaftem Frieden lebt‹.« Ganz muß er auf derlei wohl auch hinfort nicht verzichten. Wird die Putativ-Notwehr als angeblich unverzichtbare Prävention verstanden, kann die Zwanzigjahresfrist unterboten werden.

Literatur:

Joachim Fest: Die schwierige Freiheit. Über die offene Flanke der offenen Gesellschaft. Berlin: Wolf Jobst Siedler Verlag 1993

David Marquand: New fashioned humbug. In: »The Guardian«, 17. Januar 1994

Meinhard Miegel/Stefanie Wahl: Das Ende des Individualismus. Die Kultur des Westens zerstört sich selbst. München/Landsberg am Lech: Verlag Bonn Aktuell im verlag moderne industrie 1993

Robert B. Reich: Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomie. Frankfurt/Main und Berlin: Ullstein 1993

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 2/94 über den »Hauptfeind Antifaschismus«

Konkret 06/94, S. 40

Reimar Paul

Das Große Vergessen

Die »Jahrhundertwahlen« in El Salvador haben zu einer Niederlage der Linken geführt. Was sind die Gründe?

Die Pressekonferenz am frühen Abend des 24. April, bei der Rubén Zamora, der gescheiterte Präsidentschaftskandidat der Mitte-Links-Koalition, und die fünf ehemaligen Oberkommandierenden der zur politischen Partei verwandelten Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) der internationalen Presse Gründe und Hintergründe der Niederlage bei den »Jahrhundertwahlen« in dem mittelamerikanischen Land anboten, bot möglicherweise das letzte gemeinsame Gruppenbild der salvadorianischen Linken. Das Debakel an den Urnen – 68 Prozent für den Kandidaten der rechtsradikalen Regierungspartei Arena, Calderón Sol, nur 32 Prozent für Zamora in der Stichwahl – wird die für den Wahlkampf ohnehin nur notdürftig hergerichtete Einheitsfassade der Opposition sehr bald zum Einstürzen bringen.

Schon am Vorabend dieser zweiten Wahlrunde hatte Victor Valle als Vorsitzender der kleinsten Partei im Bündnis, der sozialdemokratischen National-Revolutionären Bewegung (MNR), das Handtuch geworfen und damit praktisch das Ende seines Häufleins eingeläutet. Jetzt droht der Austritt von mindestens zwei Organisationen aus der FMLN. Das Revolutionäre Volksheer (ERP) und der Nationale Widerstand (RN), die schon seit längerem mit der Gründung eines neuen sozialdemokratischen Vereins liebäugeln, könnten sich verführt sehen, so rasch wie möglich Ansprüche auf den durch die bevorstehende MNR-Auflösung freiwerdenden Sitz bei der Sozialistischen Internationale anzumelden. Wohin die Reise geht, machte ERP-Chef Joaquin Villalobos noch in der Wahlnacht deutlich. Die zukünftigen Schlachten um die Köpfe der Menschen, ließ der einstmals als genialer Militärstratege der salvadorianischen Guerilla gefeierte Ex-Comandante verlauten, würden »in der Mitte, im politischen Zentrum ausgetragen«. Eine Herausforderung, die man anzunehmen gedenke.

Die Wahlniederlage der salvadorianischen Linken war bereits im ersten Durchgang am 20. März offensichtlich geworden. Auf gut 49 Prozent der Stimmen kam bereits damals Calderón Sol, dem selbst US-amerikanische Tageszeitungen im Herbst enge Verwicklungen in die Aktivitäten der Todesschwadrone bescheinigt hatten. Nur rund 25 Prozent schaffte Rubén Zamora, auf den sich nach längerem internen Gezerre die Linkskoalition aus FMLN, Demokratischer Konvergenz (CD) und MNR als Bewerber verständigt hatte. Für Fidel Chavez Mena von den Christdemokraten hatten etwa 15 Prozent der Wähler votiert.

Das Ergebnis bei den Parlaments- und Bürgermeisterwahlen fiel entsprechend aus: Klarer Sieg für Arena und gerade ein Viertel der 84 Abgeordnetensitze für die FMLN; nur in 15 von 262 Gemeinden können ehemalige Comandantes oder Combatientes auf den Bürgermeistersesseln Platz nehmen. Gerade in etlichen der im ehemaligen von der Befreiungsbewegung »kontrollierten« Gebiet liegenden Dörfer setzte es schmerzhafte Niederlagen.

Diese Daten verraten zunächst nicht, daß der Erfolg von Arena vor allem aufgrund einer außergewöhnlich großen Wahlenthaltung von mehr als 48 Prozent im ersten und fast 55 Prozent im zweiten Wahlgang zustande kam. Einer großenteils erzwungenen und politisch gewollten Wahlenthaltung: Mehr als 350.000 der 2,7 Millionen Wahlberechtigten hatten bis zum 20. März keinen Wahlausweis erhalten. Allen anderslautenden Ankündigungen zum Trotz wurde die Ausgabe der Ausweise auch vor der zweiten Runde weiter verschleppt; nur knapp 20.000 neue carnets gab das Oberste Wahlgericht, in dem die Rechtsparteien das Sagen haben, für die Stichwahl aus. So konnten in Guarjila, einer FMLN-Hochburg im Norden des Landes, nur rund 200 von mehr als 1.000 Berechtigten zur Wahl gehen, in Jocoaitique in der Provinz Morazán gerade 50 von über 300 Wahlberechtigten ihre Stimmen abgeben.

Die Namen Hunderttausender Bürger mit Wahlausweis – die genaue Zahl ist noch nicht bekannt – erschienen gar nicht oder falsch geschrieben auf den Wahllisten. Und die vom Wahlgericht eingesetzten lokalen Wahlbehörden ließen niemanden wählen, dessen Name auf dem Ausweis und im Register auch nur um einen Buchstaben differierte. Schließlich blieben 70.000 Jugendliche, die seit Ende November ihr 18. Lebensjahr vollendeten, ebenso von der Stimmabgabe ausgeschlossen wie die 20.000 registrierten Blinden im Land.

Überdies warfen die Wahlbehörden, teilweise gewaltsam, FMLN- und sogar Uno-Beobachter aus den Lokalen, verlegten ganz plötzlich Urnen an andere Orte oder bestellten Polizei- und Armeepatrouillen zur Bewachung an die Wahltische. Arena wurde außerdem die Nutzung von Staatsgeldern für ihre aufwendige Wahlkampagne nachgewiesen, und während der Wahltage versuchte die Regierung über den staatlichen Fernmeldekonzern Antel, die Tele-Kommunikation innerhalb des Landes und mit dem Ausland zu kontrollieren und zu sabotieren.

Die unzähligen internationalen Wahlbeobachter haben, bis auf wenige Ausnahmen, die Manipulationen eher legitimiert. So hatte sich die UN-Mission in El Salvador schon vorab auf den Terminus »weitgehend saubere Wahlen« festgelegt. Die Uno, vom Balkan bis Somalia mit ihren internationalen Auftritten gescheitert, sieht El Salvador als einziges Land an, das sie zu befrieden geholfen hat. Würde die Weltorganisation die Wahlen für undemokratisch erklären, stellte sie damit auch

ihr eigenes Mandat und sich selbst an den Pranger. Andere internationale Organisationen entsandten Beobachter, die weder Spanisch sprachen noch mit der Kultur und der Geschichte des Landes vertraut waren und die ihr falsches Urteil über die angebliche Transparenz des Wahlprozesses eher aus Unwissenheit denn aus Böswilligkeit abgaben.

Ungeachtet aller Betrugsmanöver hat die Linke, und das ist vor allem die FMLN, bei den Wahlen nicht einmal ihr Minimalziel erreicht. Mit Ach und Krach wurde eine zweite Runde bei der Präsidentschaftswahl erzwungen, wobei sich der neue Staats- und Regierungschef Calderón Sol nun auf eine komfortable Mehrheit wenn nicht der gesamten Bevölkerung, so doch der abgegebenen Stimmen stützen kann. Die FMLN ist im Parlament zwar stärkste Oppositionsfraktion, mit den Abgeordneten der Ultrarechtspartei PCN verfügt Arena aber weiterhin über die absolute Mehrheit der Mandate. Und der Gewinn der wenigen Bürgermeisterposten eröffnet kaum Möglichkeiten für eine neue Politik auf lokaler Ebene.

Die Ex-Guerilla hat es nicht geschafft, genügend politischen Druck gegen die Betrugsmanöver der Regierungspartei und des von ihr beherrschten Obersten Wahlgerichtes zu entfachen. Die FMLN hatte zu wenig eigene Leute als Beobachter an den Urnen, und viele von ihnen konnten sich vor Ort nicht gegen die bestens geschulten Areneros durchsetzen. »Die Frente hätte schon vor den Wahllokalen Proteste der Betroffenen organisieren und die Wahlen anfechten müssen«, sagt Wilfredo Zepeda von der FMLN-Wahlkampfleitung. »Das sind die Fakten.«

Die Fakten sind aber auch: Rund 800.000 Salvadorianer und Salvadorianerinnen haben in der zweiten Runde für die rechtsextreme Arena gestimmt. Die von dem früheren Anführer der Todesschwadronen, Roberto d`Aubuisson, gegründete Partei ist längst nicht mehr nur die Interessenvertretung der Oligarchie und der Militärs. Arena verfügt über eine Basis, auch in der Mittelschicht, auch bei den Armen und Marginalisierten.

Die Gründe? Arena kontrolliert einen hervorragenden Propagandaapparat, der den Leuten »Wohlstand für alle« und eine »harte Hand« gegen »Kriminelle« einhämmerte. Die Eindämmung der delinquencia, der Kriminalität, war in allen Umfragen vor der Wahl als drängendstes gesellschaftliches Problem benannt worden. Und während die FMLN lediglich über Verzögerungen beim Aufbau der neuen Zivilen Nationalpolizei (PNC) lamentierte, hatte Arena griffige Antworten parat: hohe Haft- oder sogar die Todesstrafe für »Diebe und Mörder«.

Ähnlich wie in Nicaragua 1990 hatten viele Menschen schlichtweg Angst, daß es ihnen bei einem Wahlsieg der Linken persönlich (noch) schlechter gehen würde – auf wen sollten sie nach der historischen Niederlage des Sozialismus schließlich auch setzen? Tatsächlich hatte die salvadorianische Volkswirtschaft – dank der immensen US-Hilfe und der regelmäßigen Überweisungen vieler Exilierter – den Bürgerkrieg besser überstanden als viele Nachbarstaaten. Wechselkurs und Inflation, klassische Rahmendaten für zumindest theoretisches ökonomisches Wohlergehen, blieben während des Konfliktes vergleichsweise stabil. Auch die Arbeitslosenzahlen kletterten nie in so schwindelerregende Höhen wie etwa in Nicaragua oder Honduras. Die Arena-Propaganda, ein Wahlerfolg der Linksopposition werde das Land an oder sogar in den wirtschaftlichen Abgrund führen, hat gegriffen.

Auch ist der noch amtierende Staatspräsident Alfredo Cristiani für viele Menschen derjenige, der den Frieden erreicht hat, und Arena gilt ihnen als die Partei, die den Frieden sichert. Die FMLN steht dagegen vielfach immer noch für eine neue Konfrontation, für Polarisierung. Und dies, obwohl die Ex-Guerilla weitgehend auf die Linie des gran olvido, des Großen Vergessens, eingeschwenkt ist. Die Massaker und der Völkermord, die Todesschwadronen und die Straffreiheit für die an Menschenrechtsverbrechen beteiligten Militärs – all das hat auch sie verschwiegen zugunsten eines vermeintlichen gesellschaftlichen Konsenses, blieb außen vor zugunsten schriftlich fixierter Kontrakte über einen fairen Wahlkampf.

Die FMLN und die Linke werden auf Gedeih und Verderb der zukünftigen Arena-Politik ausgeliefert sein. Versucht die neue Regierung, was aufgrund des Wahlergebnisses eher wahrscheinlich ist, einen Durchmarsch ohne Rücksicht auf Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit, dann hat die FMLN außer schönen Sonntagsreden im Parlament nicht viel dagegenzusetzen. Eine Rückkehr zum bewaffneten Kampf, von der manche frustrierte Ex-Guerilleros durchaus träumen, wäre sinn- und perspektivlos. Auch eine Rückbesinnung auf die einstmals starke, in den vergangenen Jahren aber von den FMLN-Organisationen für ihre taktischen Interessen vereinnahmte Volksbewegung ist kaum vorstellbar.

Auch wenn die zu erwartende Spaltung der FMLN zur politischen Klärung der Fronten beitragen mag – zunächst wird die Linke dadurch weiter geschwächt werden. Joaquin Villalobos und seine Freunde, die den Wahlkampf ohnehin nur halbherzig mitgetragen hatten, orientieren sich bereits auf neue Bündnisse bei den nächsten Wahlen in drei (Parlament) bzw. fünf Jahren (Präsidentschaft). Radio Venceremos, der von Villalobos beeinflußte Rundfunksender des ERP, mag mit der neuen Politik nicht so lange warten: Vor beiden Wahlgängen stellte das Radio seine Frequenz Arena für ihre Wahlkampfabschlußsendungen zur Verfügung.

Reimar Paul schrieb in KONKRET 3/93 über die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an den rechtsradikalen Historiker Alfred Schickel

Konkret 06/94, S. 42

Aurelio Martinez, Etienne Largend

Neue Welt, neue Folge

Die bewaffnete Erhebung der Neozapatisten in Mexiko diente zu allerlei Projektionen. Dabei hat die EZLN weder viel mit der traditionellen lateinamerikanischen Guerilla zu tun, noch werden Freunde des völkischen Selbstbestimmungsrechts bei ihr fündig

»Die Macht ergreifen? Nein, etwas Schwierigeres: eine neue Welt.«
Subcomandante Marcos

Die inzwischen mehr als vier Monate dauernde bewaffnete Erhebung im mexikanischen Bundesstaat Chiapas wird in der BRD von ganz verschiedenen Seiten, von rechts, von der Lateinamerika-Solidaritätsbewegung und zuweilen auch aus blankem Unwissen, in eine Reihe gestellt mit den Guerillabewegungen der letzten vier Jahrzehnte. Diese Interpretation sieht völlig ab von den realen Unterschieden zwischen den bisherigen Guerillas in Lateinamerika, die Mexikos in den 70er Jahren eingeschlossen, und es schert sie nicht, daß sich die Ejército Zapatista de Liberación Nacional (Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung, EZLN) zigfach von diesen abgegrenzt hat. Die Wahrnehmung der Erhebung als »Indianeraufstand« hat zu dem Verdacht geführt, man habe es mit einer völkischen Organisation zu tun, eine weitere unzulässige Deutung, die ignoriert, daß der Aufstand sowohl in Praxis als auch in Theorie antirassistisch ist. Die Stärke der EZLN ist unter anderem darin begründet, daß sie regionale Konflikte mit republikweiten verbindet und damit zum Hoffnungsschimmer und Bezugspunkt für die gesamte linke Opposition in Mexiko geworden ist.

Schießende Indianerlein werden, wie üblich, nur wahrgenommen, um Truppenverschiebungen zu rechtfertigen, aufregende Fotos für die Weltpresse zu schießen oder eigene Macht- bzw. Revolutionsphantasien zu stimulieren. Ihre Texte sind Begleitmusik zum knallenden Spektakel, nicht Ausgangspunkt einer kritischen Auseinandersetzung mit der – wie Carlos Fuentes etwas großspurig sagt – »ersten Revolution des 21. Jahrhunderts«. Der ehrfürchtige Respekt vor dem (oder der), der die Waffe erhebt, wie das arrogante Verdikt, man dürfe den Kampf aufständischer Lateinamerikaner nicht kritisieren, da die blanke Not ihnen jeden Schritt diktiere, sind Haltungen, welche die internationale Arbeitsteilung von links her fortschreiben: Norden = Kopf, Süden = Hand.

Die EZLN distanziert sich regelmäßig von den klassischen Guerillabewegungen der siebziger und achtziger Jahre. Bereits am ersten Tag der bewaffneten Erhebung erklärte Subcomandante Marcos, der bekannteste Neozapatist, in einem Interview auf dem Hauptplatz von San Cristóbal de las Casas, daß die EZLN »keine klassische Guerillaarmee« sei, »die raubt, entführt oder spektakuläre Schläge ausführt, um so die Massen zu ergreifen«. Die EZLN bezieht sich bloß dadurch auf ihre Vorläufer, daß sie aus deren Fehlern lernt: von den Sandinisten, daß es falsch ist, unkritisch auf Wahlen zu vertrauen und von ihnen allein eine Demokratisierung der Gesellschaft zu erwarten. Von der salvadorianischen FMLN, daß die Waffen nicht abzugeben sind, solange es keine Garantien für gesellschaftliche Veränderungen gibt.

Die EZLN ist insofern politisch sehr verschieden von den traditionellen lateinamerikanischen Guerillas, als sie die Prinzipien der gesellschaftlichen Organisation, wie sie in der mexikanischen Verfassung festgeschrieben sind, nicht ändern will, sondern bloß deren gerechte Anwendung fordert. Auch wenn vieles antikapitalistisch klingt, was Anhänger der EZLN äußern, so lehnt sie doch in ihren Texten »den Kommunismus oder Sozialismus« immer wieder ab. Diese Ablehnung gilt zwar in erster Linie dem Realsozialismus, aber es ist insgesamt festzustellen, daß die Marxsche Theorie und sonstiges sozialistisches Ideengut in ihren Verlautbarungen keinen Platz haben.

Die mexikanische Verfassung, »unsere Verfassung«, wie sie im neozapatistischen Gründungsdokument, der Declaración de la Selva Lacandona, heißt, wurde Anfang 1917 als Klassenkompromiß der Akteure der 1910 begonnenen Revolution formuliert. Die Verfassung war eine der fortschrittlichsten ihrer Zeit und berücksichtigte eine Reihe der Interessen der Campesinos, weswegen der durch die Revolution an die Macht gekommene bürgerliche Staatspräsident Venustiano Carranza seine Unterschrift verweigerte. Die revolutionären Campesinos und Indígenas griffen erneut zu den Waffen und erzwangen am 5. Februar 1917 die Ausrufung der Carta Magna, die mit einigen Veränderungen bis heute gilt und auf die sich die Neozapatisten so emphatisch beziehen. Der Aufstand ist also insofern reformistisch, als er bloß die Verwirklichung der längst gültigen Verfassung sowie die Wiederherstellung des 1992 geschleiften Artikels 27 auf seine Fahnen geschrieben hat. (Dieser Artikel schützte den kollektiven und den Ejido-Landbesitz, eine der mittelalterlichen Allmende vergleichbare Institution, indem er dessen Verkauf unmöglich machte.) Er ist aber zu-gleich insofern revolutionär, als die Verfassung seit 1917 immer eine Farce geblieben ist und nachträglich eher als unerfülltes Waffenstillstandsabkommen betrachtet werden muß.

Den Titel »bewaffneter Reformismus« hat sich die EZLN noch mit einem weiteren Aspekt ihrer Politik eingehandelt. Sie stellt keineswegs das Privateigentum an Produktionsmitteln in Frage, sondern fordert, die Enteignungen des Grund und

Bodens, die vielen Campesinos widerfuhren, rückgängig zu machen. Die Enteignungen geschehen zum Teil illegal, durch Raub mit Hilfe der Guardias Blancas der Großgrundbesitzer oder durch Betrug der meist in Analphabetismus gehaltenen Campesinos. Seit der Reform des erwähnten Verfassungsartikels 27 wird auch legal »enteignet«, indem man schlicht der kapitalistischen Produktionsweise freien Lauf läßt. Unter den Bedingungen der extremen Unterschiede innerhalb Mexikos und zwischen Mexiko und den USA, was die technologische Entwicklung und den Grad der Kapitalakkumulation betrifft, ist es seit Nafta nur eine Frage der Zeit, bis die interessanten Böden den Besitz wechseln. Die Campesinos haben dann keine landwirtschaftlichen Produkte mehr zu verkaufen, sondern einzig und allein nur noch ihre Arbeitskraft als Ware anzubieten. Die läßt sich aber immer schwerer veräußern, so daß im letzten Jahr allein in Chiapas fünfzehntausend Menschen an Hunger und leicht heilbaren Krankheiten starben.

Daß die EZLN die legale »Enteignung« in Frage stellt und fordert, daß bestimmte Formen von Bodenbesitz wieder unverkäuflich werden, ist nicht unbedingt revolutionär, richtet sich aber doch gegen den kapitalistischen Grundsatz, daß alles und alle zur Ware werden können. Zur Vorbereitung seines Eintritts in die erste Welt, vulgo die Nordamerikanische Freihandelszone (Nafta), mußte Mexiko Gesetzesregelungen aufheben, die den freien Lauf des kapitalistischen Glückes bremsten, um den Freihandelshausierern der Bush- und Clinton-Regierung entgegenzukommen. Zwar behaupten die USA und das mexikanische Landwirtschaftsministerium unisono, der zapatistische Aufstand habe nichts mit der Aufhebung des Artikels 27 zu tun, doch erklärte Subcomandante Marcos, daß die EZLN, entstanden als reine Selbstverteidigungstruppe gegen die Guardia Blanca der Großgrundbesitzer, sich erst seit der Reform des Artikels 27 und seit dem Wahlbetrug von 1988 radikalisierte.

Ein weiterer politischer Unterschied zu den traditionellen Guerillas Lateinamerikas ist, daß die EZLN weder die Macht erobern noch zu den von ihr geforderten freien, gleichen und geheimen Wahlen kandidieren will. Die Neozapatisten sehen ihre Rolle zum einen darin, jene zu ermöglichen. Die von der Regierung für den 21. August ausgerufenen Wahlen aber sind offensichtlich bereits jetzt manipuliert. Die linke Oppositionspartei PRD (Partei der Demokratischen Revolution) fand bei Stichproben »aufgeblasene« Wahllisten, in denen gestorbene oder an anderem Ort ebenfalls registrierte Personen geführt wurden. Zum anderen sieht sich die EZLN als ein Faktor, der nach der Wahl garantieren kann, daß die neue Regierung weder ihre Wahlversprechen »vergißt« noch von den reaktionären Kräften der Gesellschaft gestürzt wird, wie es Salvador Allende in Chile geschah.

Auch daß sie sich ausdrücklich nicht als politische Avantgarde begreift, unterscheidet die EZLN von ihren lateinamerikanischen Vorläufern. Die Entscheidung für den Aufstand wurde nicht von einer kleinen Gruppe in der Hoffnung getroffen, ihr Vorbild werde Schule machen. Nach Angaben der ELZN wurde jede Bewohnerin, jeder Bewohner der betroffenen Gebiete, einschließlich der Kinder, in unzähligen lokalen Versammlungen befragt, bis die Entscheidung für den Beginn der Kämpfe fiel. Subcomandante Marcos, der diesen Teil der Operationen leitete, berichtete, daß er eine längere Vorbereitungszeit (es waren bis dato zehn Jahre) befürwortete. Daraufhin sei er von den Companeros vor die Wahl gestellt worden, entweder wieder in die Stadt zurückzukehren oder sich dem Willen der Mehrheit zu beugen.

Militärisch ist die EZLN im Gegensatz zu den bisherigen Guerillas des Subkontinents als Armee organisiert. Augenzeugen haben mindestens 4.000 uniformierte Kämpfer und (zu einem Drittel) Kämpferinnen als stehendes Heer gesehen, wobei unwahrscheinlich ist, daß sie in dem weitläufigen und schwer zugänglichen »befreiten Gebiet« allen Truppenteilen begegnet sind. Weit mehr noch sind als Milizionäre organisiert, die nur im Alarmfall zu den Waffen greifen. Reporter, die bereits Guerillakämpfe in Mittelamerika begleiteten und jetzt ins zapatistisch kontrollierte Gebiet reisten, erklären übereinstimmend, daß sie noch nie einen vergleichbaren Grad an (klassisch) militärischer Organisation und Truppenstärke in einer Aufstandsbewegung gesehen haben wie in Chiapas. Auf die Frage, woher sie ihre strategischen Kenntnisse haben, erklärte Subcomandante Marcos: »Von Pancho Villa, was die reguläre Armee betrifft, und von Emiliano Zapata, was die Verwandlung von Campesino in Guerillero und von Guerillero in Campesino angeht. Den Rest haben wir aus einem Handbuch der Mexikanischen Armee, das in unsere Hände fiel, aus einem Handbuch des Pentagon und einigen Texten eines französischen Generals, an dessen Namen ich mich nicht mehr erinnere.«

Zusammenfassend muß man sagen, daß die EZLN in ihrer Selbstdarstellung und in ihrer Praxis von den traditionellen Guerillas Lateinamerikas weit entfernt ist. Ob einem das gefällt oder nicht, die breite Unterstützung, die sie in der mexikanischen Bevölkerung genießt, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen. Mexiko liegt zu nah an Mittelamerika, als daß die mexikanische Linke die alte Guerilla noch verklären könnte. Daß die Forderungen der EZLN reformistisch erscheinen, kommt dem entgegen. Die Erinnerung an die Kosten der Revolution von 1910-1919 (10 Prozent der Gesamtbevölkerung starben während dieser ersten großen Revolution des Jahrhunderts) ist in Mexiko wach. Die Geschichte wird zeigen, ob der »bewaffnete Reformismus« der EZLN einer radikalen Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse dienlicher ist als selbsternannte revolutionäre Bewegungen.

Ganz nach dem Geschmack des deutschen Karl-May-Lesers dürfte die Berichterstattung in den ersten Januartagen gewesen sein: »Indianeraufstand im Süden Mexikos«. Und intuitiv hat vielleicht der eine oder die andere das »Zapata lebt!« der

EZLN schon in einer Variation vor sich hin geflüstert: »Winnetou lebt«. Der Rote mit dem milden Blick, dem tiefschwarzen Rappen und seinem Blutsbruder Old Shatterhand, dem deutschen, also guten Cortes, ist und bleibt der Gewährsmann von Millionen Deutschen, die nichts mehr hassen als die Grausamkeiten, die den braven Indianern durch die bösen Kolonialisten, die Engländer, die Spanier und die Franzosen, angetan wurde. Die »Völker« der Dritten Welt wissen diesen »humanitären« Impuls der Deutschen bis heute zu schätzen, und der eine oder andere Mexikaner lächelt, wenn er hört, woher einer der beiden Verfasser kommt: »Aus Alemania... War da nicht auch der Hitler, der es den imperialistischen Gringos gezeigt hat?« (Auch wenn fast immer nachgeschoben wird, daß »er« mit der Vernichtung der europäischen Juden »zu weit ging«.)

In der EZLN kämpfen nach Angaben von Subcomandante Marcos außer ihm nur zwei weitere Mexikaner, deren Vorfahren aus beiden Kontinenten stammen, sie ist insofern eine sehr partikuläre Bewegung. Doch ist den Erklärungen und der Praxis der Zapatisten nichts zu entnehmen, was es erlauben würde, sie als völkische Bewegung zu begreifen, auch wenn das Publikationen nicht nur der »Gesellschaft für bedrohte Völker« suggerieren. Ihr Kampf hat nichts mit dem »Selbstbestimmungsrecht der Völker« gemein, das zur Zeit in Europa als »ethnische Säuberung« auf den Begriff gebracht wird. Die Neozapatisten griffen weder die Tausende Touristen an, die in Chiapas Naturschönheiten besichtigen und die Indígenas als Folklore bestaunen, noch die Zigtausende guatemaltekischen Flüchtlinge. Die EZLN ist antirassistisch, da es unter anderem um die Beendigung der rassistischen Unterdrückung der Indígenas als Individuen und Gemeinschaften geht. Doch kein einziges Mal hat sich diese Forderung zum »reverse racism« überschlagen und die Indígenas zu besseren Menschen erklärt. Die Aufrufe der EZLN richten sich immer an alle Mexikaner, die eine gerechtere Gesellschaft wollen, zuweilen auch an »alle wahrhaften Männer und Frauen der Erde«. Aus den im tiefsten Urwald verborgenen Dörfern und Siedlungen, aus Gebieten, die zum Teil nur nach tagelangen Fußmärschen zu erreichen sind, aus den technologisch rückständigsten Teilen des Landes, aus dem gröbsten Partikularismus kommen Töne und Aktionen, die einen in den Verwaltungszentralen dieser Erde schon vergessen geglaubten Universalismus proklamieren.

Während die EZLN auf familiären und dörflichen Strukturen aufbaut und davon profitiert, daß ihre Mitglieder jeden Winkel des besetzten Territoriums kennen, geht ihr Ziel weit über dessen Grenzen hinaus. In vielen Communiqués der Neozapatisten schwingt ein Ton mit, der zwar pathetisch, dessen Pathos aber kein nationales ist. So heißt es in der zweiten Erklärung des CCRI anläßlich der Friedensverhandlungen in der Kathedrale von San Cristóbal de las Casas: »Wir, die EZLN, sind mit der gleichen Hoffnung gekommen, mit der wir am ersten Januar dieses Jahres kamen: nicht der Hoffnung der Macht, nicht der Hoffnung des Vorteils für ein paar wenige, sondern der Hoffnung eines Friedens mit Gerechtigkeit, Würde, Demokratie und Freiheit. Darum sind wir Soldaten geworden, damit eines Tages die Soldaten nicht mehr notwendig sein werden. Wir wählten diesen selbstmörderischen Weg eines Handwerks, dessen Ziel es ist, zu verschwinden: Soldaten, die Soldaten sind, damit eines Tages niemand mehr Soldat sein muß.«

Dieser Universalismus der EZLN ist umso bemerkenswerter, als in anderen Indígena-Kreisen gerade die repressivsten Elemente der »Moderne« mit den repressivsten Elementen der traditionellen Ideologien und Organisationsformen kombiniert werden. Ein berüchtigtes Beispiel ist das Municipio San Juan Chamula, dessen Hauptort 15 Kilometer von San Cristóbal entfernt liegt. In den dreißiger Jahren erkämpften die Indígenas dort die Selbstverwaltung, die sich mit Hilfe einer eigenen Form des »indigenen Katholizismus« zu einem äußerst repressiven Gemeinwesen entwickelte.

Ohnehin hängen die Indígenas in Mexiko keinen Kulturen an, die sich direkt auf die vorspanischen Traditionen beziehen würden. Von ihnen ist außer Pyramidenresten und vereinzelten Schriftdokumenten praktisch nichts überliefert. Was heute als »ureigene Indígena-Kultur« firmiert, entwickelte sich im 17. Jahrhundert bereits als Rekonstruktionsversuch. Die von Touristen als besonders »authentisch« bewunderten bunten Kleider der Indígenas in Lateinamerika sind zum Beispiel bloß das Produkt streng kontrollierter Kleidervorschriften der Kolonisatoren, die mit Farbmustern die Unterscheidung nach dem Herkunftsort erleichtern wollten.

Im Windschatten der EZLN haben Tausende Campesinos insgesamt fast 300 Latifundien in Chiapas ganz oder teilweise besetzt. Ein Drittel aller Bürgermeister des Bundesstaates wurde mittlerweile durch Aktionen von traditionellen oder seit dem 1. Januar 1994 neu gegründeten Campesino-Organisationen ihrer Ämter enthoben.

In der ganzen Republik werden die Organisationen der Campesinos und Indígenas aufmüpfiger. Die Organisation der Kleinbauern, El Barzon, die in erster Linie im Norden Mexikos, etwa in Chihuahua tätig ist, warnt, die Banken müßten nun ihre Schulden streichen, sonst würde »etwas passieren«. Solche Drohungen wären vor dem 1. Januar belächelt worden; heute lösen sie aufgeregte Beratungen und in vielen Fällen erste Zugeständnisse aus, die verhindern sollen, was Marcos in einem Interview am 6. Mai für den Fall eines weiteren Wahlbetruges am 21. August ankündigte: einen generalisierten Bürgerkrieg, der auch ohne das Zutun der EZLN beginnen könnte. In diesem Fall, betonte Marcos, würde es sich nicht um militärisch organisierte Kräfte handeln, womit die Möglichkeit von Friedensverhandlungen nahezu ausgeschlossen sei.

Ein solcher, keineswegs unwahrscheinlicher Bürgerkrieg wird von niemandem in der mexikanischen Linken herbeigesehnt. Er würde mit Sicherheit großes Leid mit sich bringen, während zweifelhaft ist, ob er auch nur das geringste positive,

emanzipatorische Resultat zeitigen könnte. Die Zeit ist offensichtlich in Mexiko für alles andere reif als für eine Revolution. Ob somit die Vorsicht und Zurückhaltung der EZLN, die heute als Reformismus erscheint, tatsächlich eine besonders weitsichtige, auf lange Zeiträume ausgelegte revolutionäre Strategie ist, wird die Zukunft erweisen.

Aurelio Martinez und Etienne Largend leben in Mexiko-Stadt

Konkret 06/94, S. 46

Kunst & Gewerbe

Unternehmen »Polenplan«

Der Verband deutscher Schriftsteller in der IG Metall hat sich bei seinem letzten Kongreß von seiner bolschewistischen Vergangenheit getrennt. Von der Bürgerpresse zwei Jahrzehnte lang mit dem Vorwurf malträtiert, in ihren Vorstand nur ebenso linientreue wie unbegabte Namenlose zu berufen, entschieden sich die Delegierten des VS jetzt radikal zu der verlangten »Reliterarisierung«: Neben dem neuen Vorsitzenden, dem Dichter Erich Loest, wählten sie die prominenten Nobelpreisträger Angela Süßdorf, Liz Wiskerstrauch, Klaus-Dieter Sommer, Robert Staufer, Hans Münchberg und Charlotte Worgitzky in den Vorstand.

Der neue Vorsitzende stellte dem Kongreß seinen »Polenplan« vor, der aber nur so klingt wie Unternehmen Barbarossa: Vorerst droht er »Polen, unserem schwierigsten Nachbarn«, nur mit der Lieferung ins Polnische übersetzter deutscher Literatur.

Deutsche Revolutionäre

würden, so Lenins bekanntes und historisch gut dokumentiertes Urteil, keinen Bahnhof besetzen, ohne zuvor eine Bahnsteigkarte gelöst zu haben. Wie universell diese Charakterisierung der Landsleute ist, lehrt eine Episode des Putschversuchs vom 20. Juli 1944, die Johannes Gross im »FAZ Magazin« unter Berufung auf den früheren Technischen Direktor des Deutschlandfunks, Otto Scheffler, mitgeteilt hat.

Demnach habe Scheffler an jenem 20. Juli als Sendeleiter beim Deutschlandsender Dienst getan. Unangemeldet sei plötzlich ein Hauptmann der Wehrmacht erschienen und habe verlangt, daß eine Proklamation an das deutsche Volk verlesen werde. Ob er denn ein Sendeprotokoll oder ein gleichwertiges Berechtigungspapier vorweisen könne, wurde er gefragt. Das könne er nicht, habe der Hauptmann geantwortet und sei beschieden worden: dann sei eine Ausstrahlung nicht möglich. Der Hauptmann sei unverrichteter Dinge wieder abgezogen.

Otto Scheffler, so berichtet Johannes Gross weiter, »konnte noch zwei Jahrzehnte drauf ein Lächeln nicht unterdrücken beim Gedanken, daß jemand glaubte, ohne alle Legitimation in den geordneten Sendeablauf eingreifen zu können.«

Das ist, *in a nutshell*, der deutsche Nationalcharakter, der Widerstand gegen den Nationalsozialismus und die Geschichte der BRD: Der deutsche Widerstandskämpfer, der doch immerhin Hitler stürzen will, gibt dieses Vorhaben auf, als er von einem Beamten Hitlers gefragt wird, ob Hitler damit auch einverstanden sei; derselbe Beamte Hitlers, der diesen jämmerlichen Akt des Widerstands vereitelt, wird deswegen in der BRD zum Technischen Leiter des Staatsfunks befördert und findet noch zwanzig Jahre später am Verhalten der Umstürzler nichts anderes eigenartig als deren punktuellen Ungehorsam; und doch wird er die Verräter öffentlich, wie Gross es tut, der uns dies erzählt, allenthalben »beherzt« und »tapfer« nennen und sagen, daß sie Deutschlands Ehre gerettet hätten.

Reeducation I

Eine Fußnote zur Frage nach Existenz und Beschaffenheit eines etwaigen deutschen Nationalcharakters steuert Billy Wilder in den von Hellmuth Karasek herausgegebenen Interviews bei (*Billy Wilder,* Heyne 1994, 544 Seiten, 17,90 Mark). Wilder, dessen Mutter in Auschwitz ermordet wurde, schnitt für das Office of War Information die Kurzfassung eines Dokumentarfilms über die deutschen Vernichtungslager, der unter dem Titel »Die Todesmühlen« den Deutschen vorgeführt werden sollte. Wilder berichtet, daß die Verantwortlichen der Behörde gefürchtet hätten, die Zuschauer könnten den Dokumentarfilm für eine jüdische Hollywood-Fälschung halten. Um die Reaktion des Publikums zu testen, habe er, Wilder, vorgeschlagen, wie in Hollywood eine Preview zu veranstalten.

Im Herbst 1945 wurde 400 Gästen in Würzburg zunächst eine harmlose Operette mit Lilian Harvey gezeigt. Danach bat man sie, noch einen Augenblick sitzen zu bleiben und sich den folgenden Film anzusehen; die Zuschauer seien aufgefordert worden, ihre Kommentare zu diesem Film abzugeben: zu diesem Zweck lägen im Foyer Previewkarten und Bleistifte bereit. Kurz nach Beginn der »Todesmühlen« sei das Publikum unruhig geworden, man habe gemurmelt, sich umgedreht, und die ersten hätten das Kino verlassen.

Am Ende des 22minütigen Films waren von 400 Gästen 20 geblieben. Keine Previewkarte war ausgefüllt, und alle Bleistifte waren gestohlen worden.

Sprungbrett »tageszeitung«

Michael Sontheimer, der gejammert hatte, die »tageszeitung« habe die einzige Redaktion der deutschen Presse, die rechter sei als ihre Chefredaktion, wurde nach seiner Klage und wie zum Beweis dafür von seinen Untergebenen in einem schwer antiautoritären Affekt abgesetzt, indem diese den Vorstand der »taz«-Genossenschaft baten, Sontheimer zu entlassen. Der »jungen Welt« verriet »Micha« einen Grund dafür, warum die »tageszeitung« jede ihrer Krisen dazu nutzt, noch ein Stück weiter in den Mainstream zu rücken: Es »landet kaum noch Nachwuchs bei der _taz , der vor allem anderen aus einer linken, politischen Motivation heraus kommt, sondern eher, weil das Blatt in der Branche geliebt wird und deshalb als Karrierestation günstig erscheint«.

Alles was Spaß

macht, bringt seit Ende 1993 einer, der das verstanden hat, der ehemalige Mitarbeiter der »tageszeitung« Nikolas Marten, als Chefredakteur der deutschen »Playboy«-Ausgabe an den Mann.

»Welt«-Revolution

Die Leitung der »Welt« hat allem Anschein nach die Faxen dicke, die Rainer Zitelmann als Chef des Ressorts »Geistige Welt« angestellt hat. Zitelmann, der erst am 1. Dezember 1993 vom Cheflektorssessel bei Ullstein zum erzkonservativen Flaggschiff des Springer-Konzerns wechselte – es heißt, damals sei ausschlaggebend gewesen, daß sich ausländische Geschäftspartner des traditionsreichen Ullstein-Verlags auf der Buchmesse nach dem Nazi erkundigten, der dort Landserromane als Zeitgeschichte verkaufte – , sei seit einiger Zeit krankgemeldet, verlautete Mitte Mai aus Redaktionskreisen der »Welt«, kommissarischer Leiter der »Geistigen Welt« sei nun Jost Nolte, ein Altliberaler aus den besseren Tagen der »Welt«.

Zitelmann, der, im Gegensatz zu den bei der »Welt« immer wohlgelittenen einzeln kämpfenden Rechtsextremen, wie dem Antisemiten Will Tremper, dem Karikaturisten Hicks, der früher Judennasen für den »Völkischen Beobachter« zeichnete, oder dem Ehrenustaschen Carl Gustav Ströhm, mit dem von ihm geleiteten Ressort gleich eine Kampagne inszenierte und die Crème der antiliberalen Intellektuellen systematisch ins Blatt holte, hat vielleicht einen entscheidenden Fehler gemacht: Als er nach Beginn der Auseinandersetzungen innerhalb der Redaktion nach der Maxime »Von den Kommunisten lernen heißt siegen lernen« handelte und eine Solikampagne und eine Unterschriftenliste zu seinen Gunsten organisierte, für die er – auch das gut kommunistisch – bis weit ins sozialdemokratische Spektrum hinein Unterstützung sammelte, hat er wohl den Bogen überspannt.

Denn Leute wie den ehemaligen SDS-Kämpen Tilman Fichter, zu schweigen von der Witwe aus zweiter Ehe eines gewissen Herbert Frahm, kann man in Springerzeitungen vielleicht mal als nützliche Idioten benutzen, um der SPD an den Karren zu fahren. Aber, und das sollten Sie sich mal hinter Ihre braunen Löffel schreiben, Zitelmann, von solch dubiosen Gestalten läßt sich ein Springer-Vorstand nicht vorschreiben, was er zu tun oder zu lassen habe! Daß das mal klar ist!

Deutsche Flora

Daß mit dem Weggang Zitelmanns in der »linksgewirkten« (»Junge Freiheit«) Redaktion der »Welt« aber keineswegs der Liberalismus ausbrechen wird, ist natürlich auch klar. Unter der Überschrift »Einwanderer in der Natur. Wie die heimische Flora mit fremden Pflanzen umgeht« berichtet ein Dankwart Guratzsch auf der ersten Seite der »Welt«: »Einwanderung, Überfremdung, Multikultur – das ist nicht nur ein Thema der Politik, sondern auch der Naturwissenschaft. Denn über botanische Gärten, Zierpflanzungen und Schrebergärten dringen immer mehr Neophyten (Neueinwanderer) in die heimische Flora ein. Wie geht die Natur mit dieser Zuwanderungswelle um? ... Neophyten, so argumentierten Fachwissenschaftler, werden zu einem Naturschutzproblem, weil sie einheimische Pflanzen verdrängen... Indisches Springkraut, der Staudenknöterich aus Fernost und von der russischen Atominsel Sachalin, die Goldrute aus Kanada und der giftige Riesenbärenklau aus dem Kaukasus wuchern an Ufern und auf Brachflächen... Gerade dort, wo es dem Naturschutz gelungen ist, Terrain zurückzugewinnen, entfalten die eingeschleppten Pflanzen ihre größte Vitalität... So erobert der Riesenbärenklau, dessen ätzende Absonderungen Hautverbrennungen auslösen können, ganze Täler des Frankenwaldes... Der Staudenknöterich würgt mit seinen Wurzelgeflechten die Flora entlang der Fließgewässer ab... Dennoch hat sich die heimische Flora laut Professor Ingo Kowarik sogar noch als erstaunlich widerstandsfähig erwiesen. Von 12.000 in geschichtlicher Zeit nach Mitteleuropa eingedrungenen Pflanzenarten konnten sich nur 228 in freier Natur behaupten.«

Reeducation II

Billy Wilder übrigens, diese Pointe sei zur Versöhnung noch nachgetragen, ließ sich durch die niederschmetternde Preview nicht entmutigen. Auf seinen Vorschlag wurden eine Zeitlang in Frankfurt Lebensmittelkarten erst durch einen Stempel gültig, den man nur nach dem Kinobesuch der »Todesmühlen« erhielt.

Konkret 06/94, S. 47

Michael Scharang

Arbeitslos am Tag der Arbeit

Ein Gedicht, erinnern Sie sich, hatte ich,
Ihnen zur Ehre, abgefaßt vor Jahren,
in der Hoffnung – ein Laster des Dichters – auf gehöriges Entgelt.

Doch Sie wollten es nicht, auch nicht,
als ich mit dem Preis hinunterging auf die Hälfte.
Ich hätte Sie, sagten Sie, hingestellt
als monströses Geschöpf:

als unersättlich, wo es doch Ihr Stolz sei,
endlich satt zu sein,
als machthungrig, wo Sie doch nur das Ziel kennten,
bescheiden daneben zu stehen,

als weltverliebt, wo sie doch ein Vorbild
seien für Heimatliebe.
Als übermütig gar hätt ich Sie hingestellt,
als beweise nicht schon die kaputte Schulter,
wieviel Verantwortung tagaus tagein Sie trügen.

Mit diesen Worten hatten Sie es zurückgewiesen,
das Gedicht, gedacht zu Ihrer Ehre.
Nun treffe ich Sie an am Tag der Arbeit
arbeitslos, an Ihrem Ehrentag.

Weit haben wir(s gebracht, wir beide:
Sie traun sich vor Scham nicht auf die Straße,
und ich trau mich nicht, Ihnen dies Gedicht zu schenken.
Gewiß dächten Sie, ich würde denken,
Sie hätten nicht das Geld, es sich zu kaufen.

(abgedruckt in Rubrik "Kunst & Gewerbe")

Konkret 06/94, S. 48

Thomas Ebermann

Einsatz in Manhattan
Keine Mark auf Belgien

Vom ehemaligen Tag der deutschen Einheit bis zum 17. Juli findet in den USA die Fußballweltmeisterschaft 1994 statt. Thomas Ebermann analysiert die Wettchancen der teilnehmenden Nationen, während Michael Nauert die These aufstellt, der 94er Fußball sei seiner Zeit voraus, die WM indes ihr authentischer Ausdruck

Ratschläge für Leute, die privat oder bei ausländischen Buchmachern wetten wollen, welche Nationalmannschaft Fußballweltmeister wird, das Halbfinale erreicht, die Vorrunde übersteht oder frühzeitig scheitert, kann man nur erteilen, wenn man sich sachkundig gemacht hat, wie's um den Teamgeist steht. Im Mittelpunkt dieser Fragestellung stehen naturgemäß die Staaten, die kein homogenes Staatsvolk haben, zum Beispiel das Völkergefängnis Belgien. Flamen und Wallonen sind nach Temperament, Volkstanz und Sprache einander so spinnefeind, daß die Broschüre, die mein Zeitungsmann mir gab (»WM 94«, 9,80 Mark), klarstellt: »Selbst in einer bloßen Zweckgemeinschaft wie einem Fußballteam ist dieser Zwist nie ganz aufzuheben.« Der Trainer sei zwar zweisprachig, aber »auch wenn ihm die Möglichkeit zugeschrieben wird, augenscheinliche landsmannschaftliche Barrieren innerhalb der Mannschaft niederzureißen, Wunder wird auch Paul van Himst nicht vollbringen.« Mein Tip: Keine Mark auf Belgien, zumal der beste Mann, Scifo, eigentlich Italiener ist, was die Sache gewiß nicht erleichtert.

Eher einen Schein auf die Schweiz: »Deutsch-Schweizer, romanische Schweizer und Tessiner gehen problemlos miteinander um, was früher nicht immer selbstverständlich war.« Da auch die Einbürgerung des Italieners Sforza, des Spaniers Ramon Vega und des Türken Kubilay Turkyilmaz im Kader zu keiner Verstimmung führte, kann der englische Trainer Ray Hodgsen auf die intakte Moral seiner Truppe bauen.

Irlands Trainer ist auch Engländer. Sein Beitrag zur Stärkung des irischen Patriotismus bestehe, sagt man, in der konsequenten Anwendung der Fifa-Regel 55. Der in Deutschland üblichen völkischen Definition entsprechend darf nach dieser Regel »ein Spieler nicht nur für das Land kicken, dessen Paß er besitzt, sondern auch für jenes, aus dem seine Vorfahren stammen«. So fand Trainer Charlton in Schottlands und Englands besten Ligen manch stämmigen Burschen mit entsprechendem Stammbaum, und meine Quelle vom Kiosk behauptet sogar, der Schütze des legendären Siegtors gegen England (12. Juni 1988, Europameisterschaft), Ray Houghton, habe erst nach einem Anruf Charltons herausgefunden, daß nicht nur englisches Blut in seinen Adern fließt. Houghton ist ohne größere Sinnkrise irischer Nationalspieler geworden und hat mit strammem Schuß die Nation, der er mütterlicherseits hätte verbunden sein müssen, erledigt.

Wehe, wenn das Tom Dooley mit Deutschland macht! Tom galt bis kürzlich als »Pfälzer Eigengewächs«, seine Mundart war unverwechselbar, Kaiserslautern sein Verein und der Betzenberg sein Arbeitsplatz. Der US-amerikanische Verband entdeckte ihn, bzw. daß sein treuloser Vater nach seiner Militärzeit Mutter und Pfalz verlassen hatte, was ein klarer Fall für die Fifa-Regel 55 ist. Nun hat Dooley zwei Staatsbürgerschaften, »ist in der multikulturellen Auswahl der Vereinigten Staaten der Star« und hat, wie einige seiner Mitspieler auch, schon einige Brocken Englisch gelernt. Für unsere Zwecke wichtig ist jedoch die gute Nachricht über den ideologischen Zustand des Teams: »Sie kommen aus aller Herren Länder, aber zwei Dinge sind ihnen gemein – Teamgeist und amerikanischer Stolz im Herzen.«

Und Bertis Elf? Hat sie Teamgeist und deutschen Stolz im Herzen? Meine Quelle vom Kiosk meint zwar, »augenblicklich gibt es keine Länderauswahl, deren Leistungsvermögen höher einzuschätzen ist als die deutsche«, aber das Heft ging in den Druck, bevor Beckenbauer Vogts demontierte, Konzern- mit Nationalinteressen, also die Vereine unter Führung von Bayern München mit dem DFB kollidierten. Was da ausgefochten wird, hat mit dem Länderspiel in Abu Dhabi und der Wiederholung zwischen München und Nürnberg so wenig zu tun, wie der Erste Weltkrieg seine Ursache im Attentat von Sarajevo hatte. Nationale Starre (DFB) und internationales Geschäft (Bayern München und andere) liegen im Streit, dessen Ausgang noch offen ist, aber Uli Hoeneß weiß genau, daß er sich Illoyalitäten wie »bei unserer leicht alternden Mannschaft laufen entweder die Rädchen ineinander... oder es gibt schon beim ersten Mißerfolg Grabenkämpfe... und wir werden früh nach Hause fahren... Das wird keine Mannschaft sein, die sich im Turnier steigert« nur leisten kann, wenn er sich ansonsten als national zuverlässig erweist. »Ich glaube daran ebenso fest, wie ich mit Theo Waigel glaube, daß Deutschland das prosperierendste Land Europas, möglicherweise auf der ganzen Welt wird«, fügt Hoeneß deshalb im »Spiegel« hinzu und vergißt auch nicht zu erwähnen, daß »der Kanzler, der als einziger Politiker der Welt überall höchstes Ansehen genießt«, ihn erst kürzlich angerufen und zu seiner »Forderung nach mehr Optimismus gratuliert« habe.

Nur, wie gesehen und für unsere Zwecke wichtig, gilt Hoeneß' Optimismus nicht unseren Jungs bei der WM. Und Fußballfachmann ist der Hoeneß. Berti, der auch sonst ein ängstlicher Mensch und daher Anhänger der Todesstrafe ist, läßt neun der elf Männer spielen, die Franz vor vier Jahren schon für die besten hielt. Sie werden sich redlich mühen, die Räume eng zu machen, keinen Ball zu vertändeln, auf jede brotlose Kunst und auf jeden ineffektiven Schnörkel zu verzichten, nie für die Galerie zu spielen und auch sonst alles zu unterlassen, was das Auge erfreut und nach Kreativität

riecht, also Industriefußball bieten – aber welcher Industriebetrieb kann schon bestehen, wenn er nach vier Jahren ohne Innovationen und mit gealterter Belegschaft am Markt konkurriert. Das geht schief.

Beckenbauer hatte zwar im Taumel nach dem Sieg von Rom gesagt, durch »die Wiedervereinigung ist die Nationalmannschaft auf Jahre unschlagbar«, aber auch dafür gesorgt, daß sein Nachfolger schuld sein wird, wenn die Prognose zusammenbricht. Was ist denn der Nutzen der Wiedervereinigung unter dem uns interessierenden Gesichtspunkt? Sammer kann auf Kurzeinsätze hoffen, wenn Matthäus ins Mittelfeld beordert wird – Kirsten wird aufs Feld geschickt, wenn Klinsmann, Riedle, Völler und Kuntz sich verletzen und Kohler nicht Mittelstürmer spielen will.

Auch andere Nationen haben ihre Sorgen. Der Anhang Kolumbiens ist betrübt, und diese Trauer teile ich, daß der großartige René Higuita, der Torwart, der immer für ein Dribbling gegen die Angreifer zu haben war, im Knast sitzt. In Argentinien sorgt man sich um die Leibesfülle Maradonas. Die Rauschgiftexzesse hat man ihm verziehen, die Schüsse auf Journalisten, die ihm nachstellten, auch. Daß er sein Trikot mit der Nummer 10 nach Kuba geschickt hat, »für Fidel Castro, den größten Führer des amerikanischen Kontinents«, hat eher unterstrichen, daß die politischen Lektionen seines alten Trainers Luis Cesar Menotti ihre Wirkung nicht verfehlten. Aber er ist noch so dick, daß man fürchten muß, Guido Buchwald könnte ihm den Schneid abkaufen. Ein schrecklicher Gedanke.

Thomas Ebermann schrieb in KONKRET 3/94 über die Grünen im Wahljahr 94

Konkret 06/94, S. 49

Michael Nauert

Einsatz in Manhattan
Jeder Zeit ihre WM

Vom ehemaligen Tag der deutschen Einheit bis zum 17. Juli findet in den USA die Fußballweltmeisterschaft 1994 statt. Thomas Ebermann analysiert die Wettchancen der teilnehmenden Nationen, während Michael Nauert die These aufstellt, der 94er Fußball sei seiner Zeit voraus, die WM indes ihr authentischer Ausdruck

Die Fußball-WM wird es leicht haben. Sie wird es leicht haben, weil sie für jeden Fan (hier heißt das noch nicht Aficinado) wieder eine Unmenge an begeisternden Spielzügen, Anekdoten und Enttäuschungen bereithalten wird. Sie wird es leicht haben, weil es für alle anderen nicht nur angemessen, sondern auch bequem ist, sich dafür zu interessieren, wofür sich offenbar alle anderen interessieren. Sie wird es leicht haben, weil sie wie keine WM zuvor nach dem Showprinzip funktionieren wird: allen wohl und keinem weh. Sie wird es also vor allem deshalb leicht haben, weil nichts wirklich gegen sie zu sprechen scheint.

Selbst die Einwände, die von verschiedenen Seiten nun wieder gegen die routinemäßige Euphorie vorgebracht werden und die ihrerseits zum Teil einem einfachen Reiz-Reaktionsschema verpflichtet sind, dienen eher der eigenen Bestätigung als der wirklichen Ablehnung der WM. Die hartnäckigsten formulieren sich vor allem gegen den bei Länderturnieren auftretenden Nationalismus im speziellen und gegen den »Angestelltenfußball« der neunziger Jahre im allgemeinen. Beides hängt freilich eng zusammen.

Man kann auch ohne Fußball leben, genauso wie man ohne Fernsehen oder ohne Musik oder ohne Kneipen leben kann. Man kommt jedoch an ihm nicht vorbei, wenn man von relevanten gesellschaftlichen Prozessen sprechen will. Fußball ist seit langem eine Projektionsfläche für verschiedene Lebensentwürfe und als solche zunächst weder links noch rechts. Weil Fußball auf zwei Ebenen funktioniert, der Vereins- und der Nationalmannschaftsebene, ist er als Ganzes auch weder nationalistisch noch das Gegenteil davon. Dennoch gibt es keinen Zweifel, daß der Auszug der deutschen Nationalmannschaft nach Amerika höchst unerfreuliche deutschnationale Begleiterscheinungen mit sich bringen wird. Daß das vor allem gegen Deutschland spricht, ist das eine. Aber spricht es auch gegen die WM?

Betrachtet man das Teilnehmerfeld, so muß man zunächst feststellen, daß die prinzipiell abzulehnende Kategorie »Nation« nicht für alle das gleiche bedeutet und differenziert bewertet werden muß. Es ist ein Unterschied, ob die Männer König Fahds den Marokkanern ein Unentschieden abtrotzen und dafür jeweils einen goldenen Mercedes bekommen, ob die vorwiegend in Europa als Profis beschäftigten Nigerianer das Viertelfinale erreichen, ob Rußland ohne die »Dissidenten« um Kirjakow in der Vorrunde sang- und klanglos ausscheidet oder ob die deutsche Mannschaft im Finale gedemütigt wird. Aus dieser Frage wird sich vor Ort auch kein Problem ergeben. Der äußere Rahmen des Turniers wird sehr harmonisch und amerikanisch unverbindlich sein: Britische Mannschaften sind nicht dabei, und die wenigen Fans der »sympathischen Außenseiter« Schweiz und Norwegen werden zweifellos ebenso »wunderbar« sein, wie man das von den Iren seit Jahren kennt. Die deutsche Mannschaft und die mitreisenden Anhänger werden sich erfolgreich Mühe geben und mit der allseits bekannten »gebotenen Bescheidenheit und Würde« (Helmut Kohl) nicht allzu unangenehm auffallen. Die gastgebenden Amerikaner interessiert das Turnier ohnehin nur aus kommerziellen Erwägungen, und die verlangen, daß jeder eine gute Zeit hat – wirken also tendenziell zivilisierend.

Die Probleme entstehen vielmehr hier, wo die WM mit anfänglich zwei bis drei Spielen pro Tag praktisch ausschließlich im Fernsehen und in »Bild« stattfinden wird. Obwohl die Moderatoren der Öffentlich-Rechtlichen ebenfalls »Bescheidenheit und Würde« auf ihrem Teleprompter stehen haben dürften, kann man nur hoffen, daß uns ein erneutes Aufeinandertreffen von Deutschland und Holland mit einem schäumenden Heribert Faßbender erspart bleibt. Wenn nichts völlig Überraschendes passiert, sind allerdings die abzusehenden, mehr oder weniger unterdrückten nationalistischen Ausbrüche nichts, was einer Enttarnung bedürfte oder gar eine neue Qualität ausmachen könnte – die Zustände sind bekannt, und die WM liefert nur weitere Indizien.

Viel heikler, wenn auch objektiv unwichtiger, ist dagegen die Klärung des eigenen Verhältnisses zur deutschen Nationalmannschaft, wie sie alle vier Jahre fällig ist. Dieses Problem stellt sich allerdings nur noch denjenigen, die über die letzten zehn, fünfzehn Jahre keine der zahlreichen wohlfeilen Ausstiegsmöglichkeiten genutzt haben und ein konsequent ambivalentes Verhältnis aufrechterhalten konnten. Die anderen, das kann man sogar ohne Polemik feststellen, hatten oft keine Ahnung vom Fußball und sagten sich nicht selten ganz vom ihm los. Ihr Motiv war und ist die vermeintliche Stromlinienförmigkeit des Profifußballs, der angebliche Verlust an revolutionärer Energie, die immer mit dem Namen Günter Netzer verbunden wird: »Dieser Doppelpaß war die letzte Aktion des Querdenkers, bevor er Deutschland den Rücken kehrte. Daß der Fußball seit Mitte der siebziger Jahre kaum noch Möglichkeiten bietet, als ästhetische

Projektionsfläche zu dienen, war vorauszusehen: Die Spieler sind austauschbar geworden, keine kantigen, vertrackten Figuren mehr. Nichts als Mainstream, Einbauküchen- und Angestelltenflair« (Helmut Böttiger).

Auf die Querdenker-Ästhetik kann man sicher leichten Herzens verzichten, und den Rest der Argumentation kennt man aus anderen Bereichen, in denen früher auch alles besser war: Wo ist heute ein Jimi Hendrix, wo ein Truffaut, wo ein Künstler, der noch malen kann? Dem Bedeutungswandel des Fußballs wird eine solche Gegenüberstellung ohnehin nicht gerecht. Zwar ist es richtig, daß Borussia Mönchengladbach mit Günter Netzer in den frühen Siebzigern das Sinnbild für die Möglichkeit war, linke Aufbruchsvorstellungen mit dem Fußball zu verbinden. Man darf aber beispielsweise nicht übersehen, daß eben jener großartige Netzer den Weg für den »Bayern-Putsch« in der Saison 78/79 ebnete, der von einem anderen »Revoluzzer«, Paul Breitner, angezettelt wurde und den heute noch amtierenden Uli Hoeneß zum Manager machte. Außerdem sind Definitionen von linkem Fußball, wie sie auch vom ehemaligen argentinischen Nationaltrainer Menotti formuliert wurden, heute zumindest fragwürdig, wenn sie mit »Kreativität« oder »Inspiration« als politischen Begriffen arbeiten. So argumentiert nur noch ein SPD-Ortsverein.

Der Niedergang der in den Siebzigern etablierten Sichtweise des Fußballs verband sich mit einem Epochenwechsel, auch was die Gunst des deutschen Publikums anbelangte: »Fußball ist analog, Tennis digital«, schrieb Diedrich Diederichsen 1990. Aus heutiger Sicht könnte man das fortschreiben und feststellen, daß Tennis eher der Frühzeit des digitalen Zeitalters zuzuordnen ist, wo es noch um die Zerlegung des Lebens »in viele Ja-Nein-Ereignisse« (DD) ging, und folgerichtig auch schon wieder an Bedeutung verloren hat. Die neuere digitale Technik ist in der Lage, sowohl das Analoge wie auch das frühe, sichtbar Digitale zu verwenden oder wahlweise zu simulieren, und heißt Basketball. Doch auch damit ist das Problem nicht vollständig beschrieben.

Die noch fehlende Kategorie ist das Fan-Sein, das untrennbar mit dem Einschreiben von Bedeutung in den Sport verbunden ist. Im Fußball wurde man zum Fan normalerweise im Alter von etwa sechs bis zehn Jahren, und von da an war man mit dem einmal gewählten Verein – dem nächstgelegenen oder einem gerade erfolgreichen Erstligaclub – praktisch lebenslang verbunden, ein Vereinswechsel kam einem Verrat gleich. Begreiflicherweise entdeckte man die Tücken des eigenen Vereins erst sehr viel später, und so mußte man – vorausgesetzt, man akzeptierte Fußball als Analogie des Lebens, als schicksalhaft – eine Beziehung zu diesem Verein aufbauen, die den tatsächlichen, oft miesen Lebensverhältnissen, denen man nicht entkommen kann, entsprach: »The natural state of the football fan ist bitter disappointment, no matter what the score« (Nick Hornby: *Fever Pitch*).

Selbstverständlich hält eine solche tiefe Verbundenheit auch ganz andere Glücksversprechen bereit, als es die opportunistische Parteinahme für schönen Angriffsfußball kann. Und so ist verständlich, warum kein wirklicher Fußballfan Borussia Mönchengladbach wegen ihres Anstürmens gegen die Macht mehr als seine Sympathien und seinen Respekt schenken konnte. Das Verschwinden des Modells Gladbach oder einzelner »Persönlichkeiten« kann folglich auch nicht für eine Krise des gesamten Fußballs verantwortlich gemacht werden, der auf ganz anderen Voraussetzungen basiert.

Schwieriger wird es, wenn das Fan-Identifikationsmodell selbst ins Wanken gerät. Für die Nationalmannschaft galten in Deutschland für den Fan ähnliche Gesetze wie für die Bindung an den Heimatverein, im Gegensatz zu Ländern wie Spanien oder Italien, wo immer die Vereine Vorrang hatten. Konnte man sich bei den letzten Weltmeisterschaften noch so durchmogeln mit seiner selbstquälerischen oder obligatorischen Unterstützung der deutschen Mannschaft – und sei es nur während der Spiele und heimlich – , so fällt es diesmal nicht nur wegen des im Zusammenhang mit Deutschland längst indiskutablen »Nation«-Begriffes leicht, sich auf die angenehmen Seiten des Turniers zu besinnen. Auch die WM selbst hat nämlich endgültig jede Relevanz im Hinblick auf eine Projektion von interessanten politischen und kulturellen Strategien verloren. Eurozentrisch wie eh und je besetzt, spielen dort zum größten Teil ziemlich zusammengewürfelte bzw. von »Legionären« aus allen westeuropäischen Ligen getragene Mannschaften um nichts als ihren Marktwert, das Vergnügen der sich selbst inszenierenden (TV-) Zuschauer aus den reichen Nationen und manchmal auch den Ruhm ihrer Länder. Etwas Wesentliches wird hier nicht mehr verhandelt.

Der interessantere und bessere Fußball findet schon lange auf Vereinsebene statt. Dort verschieben sich die Bedeutungen von der klaren Hierarchie durch die Spielklassen bis zur Nationalmannschaft hin zu einer Bezugnahme auch auf die großen europäischen Ligen, wo ja so gut wie alle Weltklassespieler tätig sind. Die privaten Fernsehsender machen diese zugänglich und verteilen dabei das Geschehen auf alle Tage der Woche, so daß das Ereignis des einen Fußballspiels zugunsten einer angemessenen, aber kaum mehr überschaubaren Fülle von Spielen und Einzelinformationen in allen Medien zurücktritt. Sowohl die Spiele als auch die Begleitumstände und Strukturen sind dabei interessanter und in ihrer widersprüchlichen Komplexität brauchbarer als die einer WM: Die Mannschaften besetzen ausdifferenziertere Positionen und bieten bessere Anknüpfungspunkte für alle denkbaren gesellschaftlichen Konzeptionen. Daß dabei auch weder an altmodischen »Charakteren« (wie Uli Stein) noch an sozusagen bezugsfertigen linken Modellen (wie Freiburg, St. Pauli) ein Mangel herrscht, braucht nicht betont zu werden.

Das Bemerkenswerte an der weiter oben skizzierten Einteilung der Epochen in Fußball, Tennis und Basketball ist, daß nicht, wie befürchtet, Tennis Fußball marginalisiert hat und nun seinerseits von Basketball abgelöst wird, sondern daß alle

drei Sportarten einander ergänzend nebeneinander existieren. Für das Fan-Verhältnis heißt das, daß eine schicksalsgleiche Verbindung zu nur einem Verein in diesem Geflecht zunehmend weniger sinnvoll und machbar erscheint. Das entstehende vage Verhältnis kann sich allerdings beim US-Basketball abschauen, wie aus bestimmten Besonderheiten eines Teams, auch im Rahmen einer vollends durchkommerzialisierten Liga ohne eigentlich darüber hinausgehende Bezüge, nützliche Fan-Positionen zu gewinnen sind.

Ein Dilemma des verzweigten Ligengeschehens ist derzeit allerdings, daß es zu einem großen Teil über das Fernsehen vermittelt werden muß. Das, was den Fußball einer guten Vereinsmannschaft gegenüber den Nationalmannschaften auszeichnet, die perfektere Struktur, das in seiner Konstruktion interessante Spielsystem, ist auf dem 4:3-Bildschirm bei der üblichen Kameraführung nur rudimentär zu erkennen. Bei einem mit wenig eingespielten Mannschaften auf einzelne Aktionen und das K.O.-System konzentrierten Turnier spielt dieser Faktor hingegen keine Rolle. So entspricht die WM den Verhältnissen. Der Fußball aber ist besser als diese.

Michael Nauert ist Herausgeber von »Heaven sent« und lebt in Frankfurt

Konkret 06/94, S. 51

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Versucht das Sat-1-Krwallmädl Schrrnrmackrers ihre Schou zum »Thema« Tod/Töten (Zielgruppe »Bild«-Leser) mit dem US-amerikanischen Hinrichtungsmaschineningenieur und Auschwitzleugner F. Leuchter (KONKRET 12/93) aufzupeppen, so lädt sich Morbus Schwatzus Böhme in seinen Talkturm, der die mittlere Reife an der Glotze bedient, als Sachexperten für Spielbergs Film »Schindlers Liste« den Auschwitzbejaher E. Nolte ein.

Nun sitzen da also um den N., dieses spät, also zur rechten Zeit aus einer Sackhaarnisse Himmlers in die bald komplette deutsche Restauration hinain geschlüpfte Wesen herum: Die Nicht Schindlers, naja, und »Liste«-Produzent Branko Lustig, der selber Jude, dem N. verspricht, der Ausgewogenheit zu Auschwitz wegen demnächst einen Film zu machen über Stalins Bauernlegen, naja...

Was aber ist mit den anderen drei, die über den N. bescheid wissen? Mit der Löffler Sigrid, der Lea Fleischmann und dem Julius Schoeps? Warum geben sie der Scheißpaarmark und dem lausigen im fernschaunsein nach und werfen einen Tag Leben in Anstand fort, waschen Hals und Schritt, putzen die Zähn und machen sich (Strickjäckchen, Kleidchen, doller Binder) fernsehfein für ein Plauderstündchen mit einem Nazi? Und wenn schon – warum wenigstens sprechen sie sich beim warm-up-Sekt nicht ab darüber, wann sie diese Schweinestunde sprengen werden, (also spätestens wenn N. dem Arbeitslagerkommandanten und Massenmörder Amon Göth den den bürgerlichehrenrechten »Herrn« nachruft), wer das Wirgehnjetzt-Statement spricht, wer mit dem Wein schüttet und wer der NS-Naßrasierwange die Beate-Klarsfeld-honris-causa-Hand reicht? Aber nein, aber nein, die Knallköpfe bleiben, dem Niederträchtigsten auf der Erde rund, nämlich dem Satz eines Nazis »Lassen Sie mich bitte ausreden« sich aussetzend, schafblöd hocken und machen sich als kreuzbrave Staffage zu den Tiraden des ewigen Nazis gröbst fahrlässig SCHULDIG.

Nolte (aus seinen Schriften)

Die Überzeugung, daß die »Juden« die Urheber des Bolschewismus seien, war nicht nur bei Hitler und Himmler, bei Goebbels und Heydrich ganz aufrichtig, sondern auch in großen Teilen der Wehrmacht, der führenden Schicht und des Volkes. Der Vernichtungswille resultierte aus Vernichtungsfurcht, ganz wie der vernichtungswille der Bolschewiki zu einem Teil aus der vernichtungsfurcht entstanden war... Man braucht nur die Erinnerungen von Chaim Weizmann oder Nahum Goldmann zu lesen, um zu erkennen, wie wenig die Juden mit Quäkern oder Amish gleichsetzen. Wenn das Selbstverständnis, das »Licht der Völker«, das »Volk Gottes« oder auch eine »kräftigere Rasse« zu sein, richtig oder bloß aufrichtig ist, dann ist verbreitete Feindschaft eine umumgängliche Konsequenz, und zwar gerade die Feindschaft der Dumpfen, der einfachen Menschen, der Nichtintellektuellen. Wenn dieses Selbstverständnis jedoch nur aufrichtig, aber in der Realität mit banalen Eigenschaften wie Egoismus und Machtwillen verknüpft ist, dann ist auch die Feindschaft nicht ohne Recht, und die unterschiedslose Stigmatisierung des »Antisemitismus« maß als bloßes, wenngleich erstaunliches Kampfmittel gelten... Aber wer die Untaten des nationalsozialismus nicht als späte und angestrengte gegenzüge zu der ursprünglicheren und genuineren Größe und Tragik des Bolschewismus erkennen will, der macht sich von der Geschichte des 20. Jahrhunderts ein grobverzerrtes Bild.

Konkret 06/94, S. 52

Joachim Bruhn

Produktiver Kapitalist, potenter Liebhaber

Steven Spielbergs phantastischer Oskar-Schindler – Anmerkungen zur Nationalerotik des Kapitals

»So haben wir uns denn an die Geschichte von Oskar Schindler gewagt, und ein Wagnis ist es – unheimliche Nazis tauchen auf, ein Gelage findet statt, ein zartes, mißhandeltes Mädchen erscheint und überdies eine Figur, beliebt wie die Hure mit dem goldenen Herzen: der gute Deutsche.«
Thomas Keneally: *Schindlers Liste*

Daß die Deutschen den Nationalsozialismus nur deswegen so begriffsstutzig anglotzen wie die Kuh das neue Tor, weil sie sich ihren nächsten Verführer nicht schon ante copulationem schlechtmachen lassen wollen, ist seit den Analysen Theodor W. Adornos, Leo Löwenthals, Wolfgang Pohrts, Ulrich Enderwitz' und Moishe Postones hinlänglich bekannt: Kapital muß aktiv sein, will akkumulieren, nicht lustlos im Sparstrumpf lottern; und Libido will fluten, will Dämme brechen, sich nicht von »erdabgehobenen« (Jutta Ditfurth), d.h. weib- und mutterfern daherschwadronierenden Kritikpatriarchen ins Nebulöse auflösen lassen. Das alles ist klar und leuchtet ein. Daß jedoch genau diese Deutschen in ihrer geschichtsnotorischen Schaukelpolitik zwischen Öko-Sentimentalität und Nazi-Brutalität noch Krokodilstränen übergenug für ihr unbewußtes, d.h. politökonomisches Triebschicksal haben, ist seit den grandiosen Kinoerfolgen von »Jud Süß«, »Sissy«, »Doktor Schiwago« und »Schindlers Liste« zwar nicht mehr neu, aber doch eine Untersuchung wert. Von nichts kommt nichts, jedes Bönchen gibt ein Tönchen. Aber woher die Tränchen?

Die Frage konkret gestellt: Wie kann das sein (und darf das überhaupt sein?), daß es der amerikanische Jude Steven Spielberg im Finish seines sensationellen Schmachtwerks zum Zwecke deutsch-jüdischer Verkuppelung nur dem »guten Deutschen« (»Spiegel«, 21.2.94) Oskar Schindler erlauben will, mit der jüdischen Urmutter zu schlafen und mit ihr – potent! potent! – 6.000 Menschen zu zeugen, aber nicht dem armen geilen Nazi Amon Göth? Muß man unbedingt deutsch und gut sein, um eine Jüdin abzubekommen? Göth ist doch einer von uns, d.h. ein faustisch Irrender und dem cäsarenhaften wie neromäßigen Wesen hinterher Wirrender. Warum läßt Spielberg den Göth nicht seine Lena kriegen?

Denn der deutsche Faschismus, sagt Spielberg, ist doch nichts wesentlich anderes gewesen als die »Unfähigkeit zu lieben« (Erich Fromm). Das gleiche sagt auch Mahatma Gandhi alias Ben Kingsley, den es irgendwie aus vollem Satyagraha mitten hinein in den schlimmsten Faschismus verschlagen hat und der jetzt unter dem Kampfnamen »Stern« listenreich gewaltfreien Widerstand organisiert1. Warum darf Schindler, warum Göth nicht? Das ist ungerecht, denn Göth, so verrät Thomas Keneallys von Spielberg kongenital inszeniertes Lust- und Schauermärchen, hat auch seine Qualitäten: »Er konnte ein sentimentaler Liebhaber sein, hatte einen ebenso unstillbaren sexuellen Appetit wie Schindler ...« (142). Warum gestattet es Spielberg nur seinem prachtvollen Schindler, diesem Paradeexemplar eines ebenso produktiven Kapitalisten wie potenten Nationalisten, das »auserwählte Volk« zu schwängern? Warum dem Göth nicht – wo Spielberg doch von Keneally weiß, daß »die Geschichte lehrt, daß vom Völkermord bedrohte Gemeinschaften sich nur um so schneller vermehren. Der Phallus war stets wirkungsvoller als der Revolver« (52)? Keneally weiß das vom Generalgouverneur Frank aus Krakau, der das wiederum von ganz innen heraus fühlt, weil er selbst eine Ratte war.2 Warum ist Spielberg nur so ungerecht zu Göth, obwohl der doch nur »der dunkle Bruder Schindlers war, ein berserkerhafter, fanatischer Mordgeselle, wie auch Schindler einer hätte werden können, wären seine Neigungen anders gewesen« (151)? Es ist doch gemein und ungerecht, wegen bloßer Geschmacksfragen die Familienbande aufzukündigen, raunt es im Kino.

Die dort vergossenen Tränchen erklären sich zwanglos als Tränchen der Empörung: Denn hätte Spielberg den Göth sich trauen lassen, seiner inneren Zensur (»Rassenschande«) zu widersprechen und seinem Wunsch, mit Lena Hirsch in allem Anstand alt zu werden wie Philemon und Baucis, nachgegeben – dann wäre doch der Faschismus ganz und gar unmöglich gewesen! Aber Spielberg betrügt das Publikum darum, von seinem historischen Faschismus erlöst zu werden; er erlöst es nur von seinem künftigen. Dieser »gute Jude«, den die nationale Erweckungsbewegung so nötig hatte wie Schönhuber den Wolffsohn, weigert sich, herzlos, wie er ist, Hitler mehr zu verzeihen, als Bismarck an ihm dran war. Wenn aber der Massenmord gar nichts mit dem Kapital und viel mehr mit der »Unfähigkeit zu lieben« zu tun hat, dann ist der Traum vom Dritten Reich perfekt: Denn eigentlich war doch dieser Hitler gar nicht nötig,3 denkt sich das bürgerliche Unbewußtsein. Und eigentlich war der Anstreicher aus Braunau gleich doppelt und dreifach überflüssig, denn nicht nur die Macht der Liebe treibt Antifaschismus pur, sondern das Kapital selbst hat es, wenn's nur seinem Begriffe so haarscharf entsprechen darf wie nach Artikel 14 (2) Grundgesetz, überaus intim mit dem Anti-Antisemitismus! In Wahrheit verhält es sich nämlich eben so, wie der Historiker Gottfried Plumpe, Autor des Fleißschweißwerks *Die IG Farben im Dritten Reich*, glaubt: »Es gehört zur professionellen Verpflichtung eines Unternehmers, Verantwortung für die Menschen wahrzunehmen, die für ihn arbeiten« (»FR«, 28.4.94).

Eine alte Leier, diese deutsche Hymne: Der ordentliche Kapitalist, der das Ausbeuten von der Pike auf gelernt hat, »gibt seinen kompletten Reichtum für die Freiheit seiner Arbeiter«, bevor er »als bekennender Nationalsozialist« fliehen muß, wie Thomas Lillig, ein Volontär vom »Parlament«, beipflichtet (Nr. 15/94). Die Kinogänger allerdings brauchen weder Historiker noch Soziologen, um so traumwandlerisch präzise wie einst Hans Frank zu erfahren, was ihnen Herzenssache ist: Haben sie doch die historische wie die futurologische Wirklichkeit seit jeher am Kriterium genau dieser virtuellen Realität gemessen. Ist der Faschismus doch ihre ureigene, mal mehr, mal weniger latente Notwendigkeit, d.h. die Konsequenz ihrer sozialen Zwanghaftigkeit, d.h. die politökonomische Libido der Charaktermaske in voller Aktion.

Im Jargon der Eigentlichkeit, den Keneally schreibt und den Spielberg dreht, spricht das Vaterland die Muttersprache par coeur. »Schindlers Liste« ist deshalb ein Erfolg geworden, weil das Publikum den Film überhaupt nicht braucht, denn Ideologe ist es von Hause aus, ohne sich deswegen eigens noch ins Kino bequemen zu müssen. Nein, es ist genau umgekehrt: Nicht »Hollywood« manipuliert, sondern das Publikum hat jetzt endlich etwas Besseres gefunden als den »Holocaust«, das immerhin erstklassige B-Picture, das der Nation zehn Jahre vor der Wiedervereinigung so durch Mark und Pfennig fuhr. Nicht die passive Identifikation mit irgendeinem Helden und das Nachbeben seiner Fährnisse waren gefragt, sondern endlich selbst als der Held erkannt zu werden – das war des Kinogängers brennendes Interesse. Spielberg ist die Inszenierung des geheimsten erotischen Bedürfnisses des Deutschen deshalb so überaus gut gelungen, weil er mit leichter Hand alle Tasten auf der Klaviatur des ideologischen und libidoökonomischen Unbewußtseins auf einmal anschlägt. Damit transportiert er diese deutschen Sehnsüchte dramaturgisch in jene ursprüngliche Einheit, die dem Unbewußtsein, dem jede Spaltung fremd ist, das seinen dynamischen Zusammenhang noch in seinen abstrusesten Rationalisierungen wie skurrilsten Ideologisierungen authentisch darstellt, zutiefst entspricht.

Das konnte »Holocaust« als Film unmöglich leisten, weil seine Vorlage keinen Stoff für deutsche Lehr- und Wanderjahre hergab, das gelang erst Spielberg, weil er imstande war, den Faschismus mit der ganzen Glaubwürdigkeit der historischen Tatsachen zur virtuellen Realität zu erklären, d.h. die Geschichte unterm Vorwand einer authentischen Biographie zu fälschen, und zwar nicht als gewesene, sondern als ihre eigene Zukunft. Nur mit einer Wahrheit läßt sich überzeugend lügen, und nur dann – Mahatma Stern! – , wenn man sie selber so sehr glaubt, wie es Keneallys »bekennender Nationalsozialist« Schindler vormacht: Erst dann öffnet sich das faszinierende Dritte Reich des Traumes, ein Märchenland, in dem die unerschöpfliche Potenz des Kapitals zum Mehrwert nichts anderes ist als Schindlers unermüdliche Libido, die derart sich steigert und so grandios sich überschlagen muß, daß in der Konsequenz von nichts als kaltem Ausbeutungskalkül nichts als tätige Menschenliebe herausspringt. Aus dieser permanenten Verwechslung, Vertauschung und Übersetzung, aus dieser Eindeutschung der Vernichtung in ein Kommunikationsverbrechen unter Gleichgesinnten erklärt sich die unbezweifelbare Faszination des Films. Aber die Tränchen, die dabei fließen, sind kein Indiz dafür, daß das Kino plötzlich zur moralischen Anstalt geworden wäre, sondern ein einziger Beweis, wie unendlich die deutschen Bürger es bedauern würden, sollten sie sich wieder einmal im eigenen Interesse zum Faschismus zwingen lassen müssen.

Nur zur Erinnerung: Die bürgerliche Faschismustheorie hatte die Folgen der Machterschleichung von 1933 damit erklärt, daß Hitler, nachdem die Autobahnen fertig waren und gerade, als der »Modernisierungsschub« (Robert Kurz/Rainer Zitelmann), der zweifellos bis heute spürbar ist, so recht Tempo gewann, d.h. wenige Stunden nach dem Münchner Abkommen, offenbar einer Gehirnwäsche unterzogen worden sein mußte, aus der er nicht mehr als der Bismarck unserer Zeit erwachte, der er bis auf den heutigen Tag hätte bleiben können, sondern als der mordlüsterne Teppichbeißer, als den ihn die Deutschen schätzen. Nach 1938 wurde es dann schlimm und schlimmer mit ihm; schon der Zweifrontenkrieg war ein grandioser Unfug, wo er doch mit Bruder Stalin noch den Rückversicherungvertrag ausgehandelt hatte. Aber dann der Massenmord an den Juden, den Zigeunern, den Behinderten und Geisteskranken – vor allem der an den Juden! Mußte *das* denn unbedingt sein? fragt das Unbewußtsein (das in puncto nachträglicher und schulterklopfender Manöverkritik am GröFaZ allerdings so unbewußt schon gar nicht mehr ist).

Und die gleiche perfide Frage danach, ob es diese Juden denn überhaupt wert waren, den schönen Blitzkrieg ihretwegen zu riskieren, weil sie sich nämlich »wie die Schafe zur Schlachtbank« treiben ließen, wie es der Traum vom Dritten Reich will, statt im deutschen Interesse Widerstand zu leisten, was nichts anderes heißt, als daß sie sterben wollten, um den Krieg zu sabotieren – diese herzliche Frage treibt natürlich auch Spielberg, Keneally, die Ministerin Leutheusser-Schnarrenberger und das gemeine deutsche Publikum um und um. Das Publikum mag tatsächlich nichts lieber, als diese Eva Braun-Frage sich immer wieder abfragen zu lassen: Man wußte einfach nicht (und man weiß es bis heute nicht so recht, weil man die »Auschwitz-Lüge« ums Verrecken gerade in der bürgerlichen Mitte gerne mitlügen würde), schreibt Keneally ins Drehbuch, »daß die Judenverfolgung derart systematisch betrieben wurde. Das war auch schwer zu glauben, nicht aus moralischen Gründen, sondern weil es unvorstellbar schien, daß die Nationalsozialisten während eines Krieges auf Tod und Leben Tausende von kampffähigen Männern, dringend benötigte Waggons, die ohnehin überlastete Eisenbahn, eine beträchtliche Bürokratie, ganze Arsenale automatischer Waffen und Mengen von Munition, nicht zu reden vom technischen Aufwand der Mordfabriken, für die Vernichtung eines Gegners verwenden sollten, der weder militärisch noch wirtschaftlich von Bedeutung war, sondern einzig als Phantom in abartigen Gehirnen spukte« (132 f.). Zwar sind die Hirne bißchen artiger geworden, aber – die Eisenbahn, die Eisenbahn!

Damit nicht genug – denn daß die Juden sich haben einfach so umbringen lassen, um den deutschesten aller Kriege zu hintertreiben, das ist nur der eine Posten der kollektiven Schulden; das zweite Manko läßt sich weniger exakt beziffern, denn wie sich das Dritte Reich des Traumes erst angelassen hätte, »hätte man die Juden, anstatt sie zu vergasen, mit an den Ural genommen« (Ulrike Meinhof) und kämpfen lassen, wird man leider nimmermehr erfahren. Den objektiven Widersinn und die historische Schande jedenfalls, Menschen einfach umzubringen, die man doch erstens (und vor allem für sich) hätte arbeiten lassen, zweitens (aber auch nicht zu verachten) begatten, so ergiebig beschlafen können, wie's der schlaue Schindler tut, schreit eine ganze Nation von Kinogängern zur Leinwand. Immer wieder den Nutzen und Nachteil der Vernichtung zu kalkulieren – das ist die Methode, mit der die Deutschen ganz ohne Spielberg den Massenmord in das Spielmaterial ihrer nationalistischen Wahrscheinlichkeitsrechnungen verwandeln, um den historischen Faschismus in virtuelle Realität zu transponieren.

Hätten sich doch mehr Nazi-Kapitalisten von den schönen Jüdinnen gegen ihr blindes Interesse und ihre blöde Lust an der schnellen Mark verführen lassen! Es wäre doch in ihrem höheren und in unser aller langfristigem Interesse gewesen! Das ist schon der komplette »Aufklärungsertrag«, den der Film abwirft. In diese gedankenblasse, aber sorgenfaltenschwere Grübelei, in eben diesen bass erstaunten und für ein solch gerüttelt Maß Erkenntnis in nur drei Stunden zutiefst dankbaren wie höchlichst charmierten Gnadenstand, in diese zwar schwindelerregende, aber deshalb euphorisierende Ahnungslosigkeit entläßt »Schindlers Liste« sein Publikum. Genau dafür hat es schließlich bezahlt, daß ihm der Faschismus so klipp und klargemacht wird, wie es ihn schon am 8. Mai 1945 zu verstehen beschlossen hatte. Dieses ideologische Update, das Spielberg heuer mit Paßwort von ganz oben auf deutschen Festplatten installiert, enthält jedoch einen Virus, dem bislang noch kein adornitisches Killer-Programm so recht gewachsen scheint: Zwar bestätigt seine Rezeption, ob im Kino, ob in Schüttes Feuilleton, alle Voraussagen der »Theorie der Halbbildung«, die die kritische Theorie aus der Analyse des Antisemitismus abgeleitet wie auf dem Wege des multikulturellen Vergleichs Deutschlands und der USA gewonnen hatte, aber diese Erkenntnis führt leider zu gar nichts. Denn wie Interviews unmittelbar nach dem Kinobesuch ergeben haben, befördert der Film die eh schon elefantöse Neigung, alles zu wissen, aber gar nichts zu begreifen. 4

Das ist der soziale Sinn der virtuellen Realität, die Hitler zum leibhaftigen Konjunktiv Plusquamperfekt der deutschen Kapitalgeschichte herunterkonjugiert: Wenn der schindlerdeutsche Faschismus, wie nun bewiesen, mit dem gleichen historischen Personal und der identischen Gesellschaftsausstattung auch ganz anders hätte ausgehen können, dann sollen das Ausland und die Querulanten jetzt Ruhe geben und endlich konstruktiv über die Chancen eines Faschismus nachdenken, der ohne Massenvernichtung funktioniert. Weil nämlich der postexterministische Nazi gelernt haben wird, daß man einer Jüdin nur so intensiv, wie es der geile Faschist Amon Göth der Lena Hirsch antut, auf die überaus dekorativ – wie in einer Badedas-Reklame – unter der nassen Bluse arrangierten, dezent erigierten Brustwarzen schauen muß, um das doch irgendwie wertvolle, d.h. kopulierbare Weib in ihr zu entdecken. »Und etwas so Schönes soll nicht mehr wert sein als eine Ratte?« sagt Göth ganz besinnlich und wird um ein Haar zum Postfaschisten, d.h. zum Bundesbürger, den nur noch die Schande seiner allzufrühen Geburt plagt. Weil dieser Faschismus überdies aus der Pleite gelernt hat, daß man einem Juden nur so tief ins Auge schauen muß, wie es der liebeslustige, der herzensgute kapitalistische Oskar Schindler bei seinem Schutzjuden Ghandi alias Stern tut, um ihn mit profitsicherem Röntgenblick auf den Wert seiner Arbeitskraft zu durchschauen, hätte man diesen, sagt die irrealisierende Retrospektion, eigentlich nicht massenhaft umgebracht haben müssen.

Diese jämmerlichen Nazis von anno Tobak, filmt Spielberg und phantasiert Keneally, waren »Leute, die sich einen Dreck um die Produktion scheren« (65) – seltsam allerdings ist es dann nur, aber nicht weiter erstaunlich, daß der virtuelle Faschismus im Kino bis aufs I-Tüpfelchen der taktischen Selbstkritik gleicht, die sich noch die historischen Faschisten gleich nach der Pleite und kurz vor der Hinrichtung leisteten – ein Traum wird wahr, Realfiction: »Der Antisemitismus«, schrieb damals Robert Ley, Chef der deutschen Arbeitsfront, »verdüsterte unsere Weltanschauung. Wir müssen endlich mutig genug sein, uns vom Antisemitismus zu befreien und uns mit den Juden in unserer Mitte zu versöhnen.«5 Weil diese vaterlandsvergessenen und, betrachtet man's nur objektiv, deutschfeindlich-antinationalen Bösbraunen ihren eigenen Faschismus nicht einmal dann verstehen konnten, als er gerade mit Kladderadatsch vorbei war, weil sie damals in allerdings exakt den gleichen Kosten- und Nutzenkalkülen rechneten, wie es ihre Kinder und Kindeskinder heute immer noch tun – darum ist es auch ganz in der Ordnung, daß ein amerikanischer Jude und gutbürgerlicher Ideologe den Rechtsnachfolgern der Eichmänner stundenlang mit Verve demonstriert, daß er gleichfalls nicht das geringste verstanden hat – obwohl, so triumphiert das Unbewußtsein, er's doch als der Jude, der er nun einmal ist, ganz genau wissen müßte.

Der »gute Jude« Spielberg ist es, der den renovierten Deutschen den Persilschein aussstellt, den die diesmal schon im Voraus möchten. Die Juden werden schon wissen, was der Antisemitismus ist! Sind sie doch »die Betroffenen«, die einiges durchzuleiden hatten und sich doch – der Phallus ist eben allemal stärker als der Revolver – so wunderbar vermehrt haben, daß nun ein ganzes Land voll von ihnen ist. Wenn nicht einmal die Juden wissen, was Antisemitismus ist – wie sollen es die Deutschen je erfahren können? In dieser rhetorischen Frage liegt die gesamte Misere der deutschen Ideologie

beschlossen, und in der Perspektive der Antworten, die diese Gretchenfrage mit Notwendigkeit erzwingt, ist nichts zu sehen als der lauterste, ganz von Herzen kommende Antisemitismus.

Was Spielberg seinem Publikum mitzuteilen hatte, das vor Starren und Staunen über den herrlich scheußlichen Schindler/Göth-Janus das Wasser nicht mehr halten kann, das hat es von Anfang an gewußt, gewollt und ganz tief in sich drinnen wachsen und strampeln gespürt. Immer wieder geht den Zuschauern das Licht auf, wenn es nicht nur im Kino rabenschwarz und zappenduster wird.

Anmerkungen

1 Woher der Mahatma? Hat nicht Spielberg dem »Spiegel« anvertraut, er habe »nicht das geringste mit Manipulation zu tun haben« wollen, habe daher absichtlich keine bekannten Schauspieler genommen, »um das Publikum nicht an andere Filme zu erinnern«? So etwas nennt man üblicherweise eine »Freudsche Fehlleistung«: Brillanter Techniker, der Spielberg ist, kann er zwar das bürgerliche Unbewußtsein der Zuschauer in Regie nehmen, aber nicht sein eigenes. The one and only Mahatma is the message.

2 Niklas Frank, sein Sohn, hat das einzig wahrhaftige Buch der Vati-Welle geschrieben (*Der Vater. Eine Abrechnung,* München 1987). Er gibt darin das Drehbuch des einzigen Nazi-Spielfilms, der uns Eichmannenkeln nach Lanzmanns »Shoah« noch gezeigt werden dürfte: »Böse Bilder trage ich im Hirn: Daß man nach dem Krieg Millionen Galgen an den Autobahnen aufgestellt hätte, US-Henker Woods wäre langsam in Deinem (seines Vaters, J.B.) beschlagnahmten Maybach an Galgen um Galgen vorbeigefahren und hätte den Falltürriegel gezogen – was für ein gesundes Knacken wäre über Deutschland hinweggehallt, verursacht von den Genicks all der Richter, Staatsanwälte, Fabrikanten, Block- und Zellenwarte, Denunzianten – keiner von Euch hatte das Recht weiterzuleben. Sie haben es sich erschlichen« (17). Weiter: »Das Knacken Deines Genicks ersparte mir ein verkorkstes Leben, wie hättest Du mir mit Deinem Gewäsch das Hirn vergiftet. Wie der schweigenden Mehrheit meiner Generation, die nicht das Glück hatte, den Vater gehenkt zu bekommen« (19).

Natürlich ergäbe dieses Drehbuch auch nur eine bebilderte Zwangsvorstellung, aber wenigstens keine, zu der sich die Kindeskinder der Richter und Henker massenhaft ins Kino schleichen würden, als gehöre Mut dazu.

3 Vgl. die bizarre Schrift von Peter Schwind-Waldeck: *Wie deutsch war Hitler?* Frankfurt 1979.

4 »Es ist erstaunlich, wie subtil, einfallsreich und schlagfertig Menschen beweisen können, daß sie unzivilisiert und dumm sind« (Terry Eagleton *Ideologie. Eine Einführung*, Stuttgart/Weimar 1993, S. 4f.)

5 Zitiert nach Frank Stern. *Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg.* Gerlingen. 1992, S. 109. Vgl. auch Ulrich Bröckling: *Zwischen Hitler und Adenauer. Vergessen, Verleugnen, Wegarbeiten in einer Zeit ohne Führer,* in: Kritik & Krise Nr. 6: »Nationalsozialistischer Staat, postfaschistische Demokratie«, S. 50 ff.

Joachim Bruhn kritisiert Deutschland von Freiburg aus. Die Initiative Sozialistisches Forum, mit der im Verein er polemisiert, arbeitet gerade am 7. Heft ihrer Zeitschrift »Kritik & Krise«, das im Herbst/Winter zum Thema »Karl Marx oder der Materialismus« erscheinen soll. Im August erscheint das ebenfalls von der ISF herausgebene Buch »Schindlerdeutsche. Ein Kinotraum vom Dritten Reich« (a ira-Verlag) mit Beiträgen u.a. von Eike Geisel, Lothar Baier, Claude Lanzmann, Günther Anders u.v.a.

Konkret 06/94, S. 56

Gunter Blank

Klosterfrau Melissengeist

Der »Spiegel« hat ein Sonderheft zum Thema »Pop & Politik« veröffentlicht. Für den diskursfreudigen Konsumien

»Nie war Pop politischer als heute.« Mit diesem ungewöhnlich schwachsinnigen Satz begründet der »Spiegel« seine späte Erkenntnis, daß die Welt mehr ist als Kohl und Scharping und daß Enzensberger nicht mehr den Unterhaltungswert besitzt, um im Kampf gegen »Focus« die Auflage zu halten. Deshalb wirft sich nun die junge Garde des »Spiegel« – verstärkt durch die schwer gealterte des internationalen Popjournalismus – der Jugend an den Hals. 130 Seiten Sonderheft »Pop & Politik« hat der Verlag bewilligt, um das Popuniversum auf das Weltbild des Hamburger Deutschlandmagazins zu reduzieren. Taugen tut es bestenfalls, um den abrupten Umschlag von Jugendirresein in Altersschwachsinn zu dokumentieren.

Like Pop Never Happened schaffen es die Autoren mühelos, an allem vorbeizuschreiben, was ihrer Prämisse einen Hauch von Berechtigung verleihen könnte. Festgefahren in einem Begriffssystem, das nie die Dualität von Underground (Pop) und Overground (Politik) überwindet, entgeht ihnen das spezifisch Politische von Pop. Statt dessen hecheln sie, in Stil und Ästhetik den Zeitgeist der Achtziger imitierend, durch die Popgeschichte, immer auf der Suche nach Phänomenen, die mit dem altbackenen Politikbegriff des »Spiegel« vereinbar sind.

Man könnte das ganze getrost vergessen, hätte sich nicht Diedrich Diederichsen hinreißen lassen, dem Unternehmen die Weihen subkultureller Credibility zu verleihen. In dem mit doppelseitigen, Rassismus auf Reißmüller-Niveau verströmenden Anzeigen und Fernsehspots gehypten Heft hat er einer von »Focus«-Offensive, Nazirock, Gangsta-Rap und MTV verwirrten »Spiegel«-Kulturredaktion den Rahmen geliefert, der die Andockung des aus dem Ruder gelaufenen Satelliten Pop an den deutschnationalen Politdiskurs des Mutterschiffs »Spiegel« poptheoretisch absichern und legitimieren soll.

Sein Versuch zu irritieren erweist sich als Fehlschlag, das einzige, was dabei rauskommt, ist, daß Diederichsens Analysen sich als wenig resistent gegenüber einem Umfeld erweisen, das bislang, u.a. von ihm selbst, zu Recht als eine der Brutstätten der neuen deutschen Großmannssucht identifiziert wurde. »Forever young im Sinne von forever dissonant«, behauptete Diederichsen ca. Mai 93 in einer der zahlreichen Variationen von »The Kids are not allright« seinen Dissidenzanspruch gegenüber dem Pop-Bahing der bürgerlichen Medien. In deren Kontext geworfen, wirkt sein Text jedoch weder jung noch dissonant. Wo im Editorial Rap als »Soundtrack zu den Rassenunruhen« apostrophiert wird, schafft selbst die plakativ-cäsaristische Formulierung von Thesen keine Distanz. Diederichsens grundsätzlich richtiger Ansatz, Pop eher über Foucaultsche Kategorien zu definieren als über die (linke) politische Zuordnung, ist dort fehl am Platz, wo es sowieso nur um die Eliminierung aller emanzipativen Affekte geht, die nicht mit dem neuen Deutschland kompatibel sind. Schlimmer noch, das Umfeld färbt ab. Wenn Diederichsen die destruktiv/konstruktive Energie von Pop auf die Vokabel »Einwand« reduziert, gibt er eben jene »anti-integrationistische Coolness« auf, die er selbst postuliert, und wird zum Infanteristen einer Gegenoffensive des »Spiegel«, bei der nicht ganz klar wird, ob sie sich nur gegen »Focus« richtet oder Teil einer Strategie ist, mit der die ungebundenen Poppotentiale auf ihre Tauglichkeit für die vom »Spiegel« geförderten Großmachtambitionen Deutschlands abgeklopft werden.

Geht man davon aus, daß beides zutrifft, dann gibt »Pop & Politik« einen Vorgeschmack auf die Art und Weise, in der künftig das Popuniversum von seinen emanzipativ-verstörenden Impulsen gereinigt werden soll. Während die englischen und amerikanischen Autoren wenig mehr als Resignation & Nostalgie anzubieten haben, geht es den deutschen in erster Linie darum, die Rotzigkeit der »Tempo«jahre in die Seriosität des »Spiegel« zu überführen. Ausgelöscht werden soll, was die Achtziger trotz Yuppies, »Wiener« und »Tempo« produktiv gemacht hat: die zumindest ästhetische Ablösung der von Elvis bis Lydon unangefochtenen Hegemonie des männlich-weiß-heterosexuellen Diskurses durch Schwule, Frauen und »people of color«.

Zwar blieb den Redakteuren der Zusammenhang von Boy George, Freddy Mercury, den Pet Shop Boys und, sagen wir, der tendenziellen Asexualität von Techno und Grunge gänzlich verborgen, aber an der Art des Umgangs mit Frauen und rassifizierten Minderheiten ist abzulesen, daß die Entdeckung des Pop durch den »Spiegel« keinesfalls – wie Claudius Seidl behauptet – »die Erweiterung und Kritik der Moderne« in Aussicht stellt, sondern im Gegenteil die Zurichtung minoritärer Artikulationen zur gefahrlosen Unterhaltung des deutschen Herrenmenschen.

Um sich nicht allzu offensichtlich die Finger schmutzig zu machen, überläßt man dabei die Drecksarbeit in bewährter Manier den Betroffenen. Von der Frauenfront kann Julie Burchill Vollzug melden, indem sie Madonna für erledigt erklärt und ihre Ablösung durch scheinbar weniger bedrohliche Psycho-Babys und New Neurotics feststellt. Vergleichbares wäre von Nelson George oder Greg Tate so nicht zu haben gewesen, deshalb bedurfte es der selektiven Vorführung des *Authentischen* (plus eines völlig zusammenhanglosen Ausflugs nach Beirut), um die Wirklichkeit des Ghettos mit der Aura brutal-exotischer Faszination zu umgeben und gleichzeitig seine kulturellen Artikulationen als Gangsta-Rap zu

denunzieren. Folgerichtig wird aus Ice T's Buch *The Ice Opinion* eben jenes Kapitel abgedruckt, das das Bedürfnis nach mit einem Hauch Romantik angereicherter Drastik befriedigt, die politischen oder gar ästhetischen Positionen von Ice T werden ignoriert.

Auch Chuck D. interessiert die Herren Matussek und Huetlin nur als Echokammer für ihre auf Mord und Totschlag fixierte Wahrnehmung von Rap. Immerhin gelingt es ihnen, Chuck D. so lange vollzulabern, bis er sich schließlich die Aussage entlocken läßt, daß ihn Gangsta-Rap (aus anderen Gründen als die Interviewer) nervt. Dies wiederum gibt dem den »Spiegel« *an sich* repräsentierenden Cordt Schnibben (41) die Legitimation, Rechtsrock, reaktionären Hip-Hop und Gangsta-Rap für die »Popjagd auf Schwule, Frauen, Bullen, Linke, Weiße, Schwarze« verantwortlich zu machen. Damit hat er endlich mit »Focus« gleichgezogen, wo die Gleichung Rostock = L.A. bereits vor einem Jahr aufgemacht wurde.

Während Schnibben nur fassungslos mit dem Finger auf die seine Idylle bedrohenden Gangsta aller Rassen zeigen kann, will der Jungbulle Claudius Seidl beweisen, daß er in den Achtzigern wenigstens die richtigen Zeitschriften gelesen hat. Er repräsentiert die hedonistische Ignoranz, die sich plötzlich von einer weniger spaßig aufgelegten Rechten mißbraucht fühlt. Im Grunde aber ist er mit dieser längst einer Meinung. Denn mehr als brennende Synagogen und zusammengetretene Fidschis fürchtet Seidl, daß »all jene, die in den sechziger Jahren ein Leben und Denken jenseits der linken Konventionen entdeckten, in das linke, festumzäunte Lager (zurückgetrieben werden). Es wäre für die Rechten wohl nur ein kleiner Sieg. Aber eine gigantische Niederlage für den Spaß, die Wahrheit und die Kunst.« Claudius Seidl als diskursfreudiger Konsumien. Eine deutsche Antwort auf Gilles Deleuze.

Gunter Blank schrieb in KONKRET 1/94 über Basketball

Konkret 06/94, S. 57

Max Annas, Hacky Hagemeyer, Christian Gottschalk

Auf gut deutsch

Für ihren Europawahlkampf hat die SPD ein Computerspiel entwickelt, an dem auch die Republikaner ihre Freude haben werden

»Zieh mit, wähl Schmidt«
alter Wahlkampfslogan der SPD

Diese Sozialdemokraten. Der alte »Willy wählen«-Button aus den siebziger Jahren ist ja noch in guter Erinnerung. Damals konterte die CDU mit einem Popsong auf einer dieser dünnen, weichen Plastikschallplatten, die den Saphir ruinierten (»Wähl auch Duhu, CDUhu«). Die Grünen, die dieser Tage mit der Wahlkampf-CD »Der große Lauschangriff« auffahren, gab es zum Glück noch nicht. Mit der Generation der Wahlkampfmittel, die jetzt Fähnchen, Kugelschreiber und Luftballons ablöst, können sogar Wahlberechtigte etwas anfangen. Die moderne SPD hat Fernsehen geguckt und gelernt, daß die Jugend von heute nur noch zwei Hobbies hat: Gewaltvideos und Computerspiele. Natürlich hat die SPD nachgedacht und die falsche Entscheidung getroffen. Sie ließ von der Kölner Firma Tevox-GmbH für 100.000 Mark ein Computerspiel entwickeln und es in 60.000facher Ausführung für den Europawahlkampf herstellen.

So ungefähr dürften die Strategen es sich vorgestellt haben: 1. lehrreich, 2. anspruchsvoll, aber nicht so schwer, 3. lustig, 4. Texte in einer flotten Sprache für Jugendliche und 5. Super-Graphik. Denn die Zielgruppe seien, wie uns Peter Wind, ein minderrangiger Pressesprecher der Partei, wissen läßt, junge Leute zwischen 16 und 30 Jahren. Bestes Juso-Alter eben.

»Das Computer Adventuregame der SPD – Abenteuer Europa – Fred Beck jagt Hardy Krunk« sagt uns auf sieben Megabyte Speicherplatz alles, was wir über die SPD wissen müssen. Denn das Spiel ist 1. langweilig, 2. reaktionär, 3. sind die Sprüche und Zoten gar nicht lustig. Die Graphik ist super.

Im Unterschied zu Simulations-, Run-and-jump- oder Totschieß-Spielen beanspruchen traditionelle Adventuregames weniger die Geschicklichkeit als die Kombinationsgabe der Spielenden. Es gilt, Gegenstände zu finden, mitzunehmen und im richtigen Moment einzusetzen. Der Spieler/die Spielerin handelt als Befehlsgeber des Protagonisten. Wir können seine Dialoge beeinflussen, ihm sagen, wo er hingehen oder -schauen, welche Tür er öffnen, wem er was geben soll.

In richtigen Computerspielen kannst du deinen Gegner mit einer hochwirksamen Waffe eliminieren (in »Wolfenstein« z.B. geht es darum, einem SS-Bunker zu entfliehen, um dann, auf dem Weg zum Führerbunker, einen Nazi nach dem anderen umzunieten). Hier muß man mit seinem Gegenüber diskutieren. In richtigen Computerspielen kann es schon zur Katastrophe führen, wenn du vergißt, deinen Goldfisch zu füttern (vergißt Star-Reporter »Zack McKracken«, der Held, der Flugzeuge entführt, seinen Goldfisch mit Sushi zu füttern, ist er geliefert). Im SPD-Spiel sorgt der Computer dafür, daß auch ja nichts schiefgeht: »Ich glaube, ich habe noch etwas vergessen«, sagt sich Fred Beck,wenn er sein Büro nicht verlassen kann. So führt die sozialdemokratischste Partei Deutschlands den »Helden oder nennen wir ihn lieber Hauptfigur« nur zweimal in lebensbedrohliche Situationen, um bei Versagen darauf hinzuweisen, daß der vernünftige Mensch zwischendurch den Spielstand abspeichert. Spielgewordene Sozialdemokratie: Statt der populären und durchaus computerspielüblichen Three-Lives-Left-Methode bietet die SPD eine Art Versicherung gegen ungewolltes Ableben.

Die Story

Computerspiele sind wie Filme, in denen man selber mitspielt, im Normalfall als Held. Hier hat man nun den blöden »Fred Beck, Journalist eines Frankfurter Nachrichtenmagazins«, mit dem man sich auf die spannende Bildungsreise zum Thema Organisierte Kriminalität in Europa begibt. Sie beginnt in seinem Frankfurter Büro, wo er keinesfalls seinen Presseausweis vergessen darf, den er bis Spielende nicht ein einziges Mal braucht. Schon hier besticht das Spiel mit spritzigen Dialogen, in denen Ohren notwendigerweise »Lauscher« heißen. Das Büro von Fred Beck ist klassisch unordentlich (die Überhöhung des journalistischen Gewerbes hat in solchen Abbildungen ihr Fundament), der Verleger ist fett und raucht eine Zigarre. Doch bevor Fred Beck auf einem illegalen Schrottplatz die erste richtige »Umweltschweinerei« entdeckt und gewaltfrei zwei Bösewichte überwältigt, lernen wir den Clou des Spiels kennen: Fred Becks Notebook. Es erscheint groß im Bild jeweils zwischen den verschiedenen Episoden und enthält alles Wissenswerte über das Programm der SPD für ein sicheres Europa.

»Schärfere Gesetze haben sich schon bei der Terrorismusbekämpfung als Sackgasse erwiesen. Die OK muß mit einem ganzen Paket von Maßnahmen bekämpft werden.« Dieses Paket lernen wir im Laufe des Spiels kennen. Denn »Fred Beck ist nicht mehr zu bremsen, mit allen Tricks verfolgt er die Übeltäter und schnappt den Oberbösewicht. Dazu hat er noch Ideen, wie man Mafia & Co. in einem Europa ohne Grenzen besser das Handwerk legt. Klingt vernünftig, was er in sein Notizbuch schreibt.« Und damit wir uns – und mit uns die jugendliche Zielgruppe – nicht vor der Vernunft drücken, sind in

dem Sicherheitskatalog die Lösungsbuchstaben eines Preisausschreibens versteckt. Doch was viel schlimmer ist, das Notebook läßt sich nicht wegklicken – wie sonst üblicherweise alle längeren Texte in Computerspielen. Diese Spiele sind allerdings auch unter der Vorgabe entwickelt worden, daß sie Spaß machen sollen.

Nun führt uns Fred Beck durch ein ziemlich heruntergekommenes Europa, das mit einer Art von Realität allerdings insofern korrespondiert, als es sich um das Europa preiswerter Klischeebilder deutschen Ursprungs handelt. Schon in Frankfurt fängt das an, hier ist das italienische Restaurant selbstredend in Wirklichkeit ein Drogenumschlagplatz. Dort trifft Fred Beck einen verdeckten Ermittler, aber ... die Spur führt nach Holland. Und an der Grenze darf der deutsche Bulle den Gauner nicht weiterverfolgen. »Mist, die Grenze zu Holland. Schade, hier ist unsere Fahrt leider zu Ende ...«, O-Ton Verdeckter Ermittler – »Aber wir müssen doch diesem gefährlichen Verbrecher hinterher ...«, O-Ton Fred Beck – »... ist alles viel zu bürokratisch hier ...«, O-Ton Notebook. Der »gefährliche Verbrecher« ist Hardy Krunk. Der handelt mit Müll, Drogen und Geld. Fred Beck ist ihm jetzt allein auf den Fersen. Und wir mit ihm, denn: »Vor allem aber ist die Bereitschaft der Bevölkerung zur aktiven Verteidigung unserer Freiheitsrechte nötig.«

Fred Beck fährt mit einer »Blondine mit Superfrisur« durch die Niederlande. (Nebenbei: Gerade durch die behindernden Ermittlungsvorschriften gezwungen, das Auto des Verdeckten Ermittlers zu verlassen, braucht Fred Beck das Codewort »Phil Collins«, um von der Blondine mitgenommen zu werden – hätte er sich die »Egerländer Blasmusiker« gewünscht, wäre er aus dem Spiel katapultiert worden.) Der Niederländer macht »die Zwiebeln dreimal so lange haltbar wie normal« und ist nicht einmal in der Lage, es »dranzuschreiben«, wenn er »unser Essen bestrahlt«. Fred Beck besorgt sich einen »Gamma-Apfel«, mit dem er später in Amsterdam einen Junkie bescheißt. Denn dort ist »alles voller Drogenjunkies. Die haben ja hier diese ungeheuer liberale Drogenpolitik.« Jaja, er sagt Drogenjunkies. Wie Kaufgeschäft oder Todsterben. (Zugegeben, ein intellektueller Sieg über die SPD ist nichts für die Autobiographie, aber wir reden hier immerhin über die Partei, die sich ernsthaft Hoffnungen machen kann, den nächsten Regierungschef zu stellen.)

Europa auf gut deutsch

Fred Beck spritzt kein Haschisch und gelangt unversehrt nach Belgien. In Belgien befindet sich das Europaparlament und sonst nix. Auch diese bildgewordene Sparsamkeit hat ja ihre Berechtigung: Zu Belgien fällt den Deutschen (und mit ihnen den deutschen Sozialdemokraten) nichts ein, zu Holland ja immerhin noch, daß die uns vergiften und unsere Jugend mit Drogen versorgen. Der SPD-Europaabgeordneten Roth-Behrendt in Brüssel sagt Fred Beck alle EU-Staaten auf (mit einem so originellen Fehlversuch wie Togo), und weiter geht's nach Luxemburg. Dort machen böse Banken dubiose Geschäfte. Schöne Grüße vom Sozialneid. Weiter nach Spanien. Oh jemine! Der Strand ist aber ganz schön versifft, und das Meer erst. Und der Spanier nimmt gern einmal ein Bakschisch. Weiter nach Portugal. Au Backe. Der Flughafen ist der Drogentunnel nach Europa! Der nette Zöllner zeigt uns seinen Asservatenschrank. Fred Beck findet hier neben Modedrogen wie LSD und Crack auch die »Einstiegsdroge Haschisch«. Leider funktioniert der Befehl »Fred mit Haschisch« nicht. Schade.

Weiter geht es über Irland (Burgen) nach London (Chinesen). Hier wird Fred Beck mit einem »unergründlich lächelnden Asiaten« konfrontiert. Notebook: »Der Polizei gelingt es nicht, V-Leute in die geheimen Familienbünde der Triaden einzuschleusen, die aus Hongkong stammen und mit Heroin und Crack aus dem goldenen Dreieck handeln.« Nächste Gefahr: Italien, da fließen »Gelder für Krankenhäuser, Sozialwohnungen oder Kindergärten in Einkaufszentren.« Vom Umschlagplatz Griechenland aus (vor Ort gelernt: »Giftmüllschiffe kommen aus Panama, Kuba und Liberia«) begibt sich unser wackerer Sozialdemokrat nun nach Dänemark. »Das einzige Land, in dem schon fast alle EU-Forderungen erfüllt sind. Glückliche Dänen.« Hier kann Hardy Krunk endlich festgenommen werden. Fred Beck öffnet zwei Giftfässer und stirbt, aber wir habenja abgespeichert. Im dritten Faß sind Drogen, Hardy Krunk ist überführt und wandert ins Kittchen. Und Fred Beck kriegt die Blondine.

So endet das Abenteuer SPD, das verwegene »Konzept, Informationen spielerisch zu vermitteln, nicht zu aufdringlich« (Peter Wind). In der Pressestelle der CDU zeigte man sich indigniert ob des Vorsprungs der Konkurrenz im Wahlmarathon, man sei aber auch dabei, ein »spannendes Computerspiel« vorzubereiten. Ansonsten wolle man eine Materialschlacht vermeiden, vielmehr an den Wahlkampftischen neben Kugelschreibern »Äpfel aus den neuen Bundesländern verteilen«. Ja, schmecken denn die?

(Übrigens: Die Lösung lautet »Sicherheit Europaweit SPD«. Einsendeschluß 12.6.94. SPD Europabüro Bonn, »Abenteuer Europa«, Ollenhauerstr. 1, 53113 Bonn; zu gewinnen: ein Wochenende für zwei in einer europäischen Hauptstadt nach Wahl für 5.000 Mark und fünf Bahncards erster (!) Klasse.)

Max Annas ist Redakteur der »Kölner Stadtrevue«;Hacky Hagemeyer ist Fotograf bei »Transparent«;Christian Gottschalk ist freier Journalist

Konkret 06/94, S. 60

Klaus Herding

Standort Auschwitz

Über den Auschwitz-Zyklus des Hamburger Malers Christoph Krämer

Ein länglicher Wagen: ein abgestufter Kasten auf Rollen, darin eingefügt eine flache Wanne, auf der überhängenden Seite von einer gewölbten Blechhaube überfangen. Das Ganze vor schwarzem, hie und da aufbrechendem Hintergrund, in blassem Grau, Grün, Braun und Lila gemalt; am Kopfende plötzlich ein Rot. Damit ist das Inventar einer frühen Farbskizze aus Christoph Krämers Auschwitz-Projekt bereits umrissen. Ein Gerät im Haushalt des Todes, eigens gebaut, um die in Duschräumen vergasten jüdischen Gefangenen zu den Verbrennungsöfen zu befördern. Warum aber ist der Kasten rechts unterteilt; wozu die Überwölbung links? Daß man sich solche Fragen stellt, rührt von der Ratlosigkeit, mit der wir dem Holocaust noch immer begegnen. Der Maler nötigt uns kein Bekenntnis ab; indem er uns aber mit den bloßen Hilfsmitteln der Tötungsmaschinerie konfrontiert, wirft er uns auf die Beobachtung des Alltags zurück, auf das schiere Gegenteil dessen, was unsere »Betroffenheit« auslöst: keine Rede von Entsetzen, von Todesangst und Schreien, von zusammengepferchten, ausgemergelten, gequälten Körpern.

Noch karger mutet eine andere Skizze an: Sie zeigt zwei aneinandergefügte blecherne Waschbecken ohne Abflußrohre, Becken mit halbkreisförmigem Querschnitt und einem Unterlauf. Bläuliches Licht fällt auf schwarze Wände; schwarz gestrichen sind auch die Becken mit ihren grau gemalten Konturen. Etwas Schwarz hat sich auf die Innenseite geschlagen, und wieder taucht am äußersten Rand ein Fleck aus vollem Rot auf. Was die Farben bedeuten, bleibt offen. Ich kann sie nicht anders lesen denn als gemalte Gedanken, als Zeichen jedoch, die auf ganz Unterschiedliches verweisen. Denn in einer Gouache, wo die Becken mit Duschen kombiniert sind und auch ein Pfeiler mit einem jener allgegenwärtigen Lager-Lautsprecher zu sehen ist, sind die Blechwannen streckenweise rot gerahmt, nicht anders als der Schienenläufer und die Tonnen auf einem großen Ölbild mit Duschen und Latrinen. Also gilt nicht einfach die Gleichung von Schwarz und Tod, von Rot und Leben, von Blau und Tag, von Graugrün/Lila und Verwesung. Rot deutet auch auf Feuer und Blut; das Blau ist oft zu kalt und künstlich, um Tageslicht zu suggerieren, auch ist es hin und wieder von Grau und Grün durchsetzt; der kompakte Unterbau des Wagens wird schwerlich Spuren von Verwesung aufweisen, so daß wir Graugrün/Lila nicht überall in diesem Sinne deuten können. Aber, wenn auch nicht in eindeutiger Weise, so geben die Farben doch Schichten des Geschehens frei, die sonst verborgen blieben. Sie nötigen uns, über die scheinbare Selbstgenügsamkeit der Dinge hinauszudenken. Welche emotionalen Annäherungswerte sie jedoch vermitteln, steht dem Betrachter frei – ihm überläßt der Maler die Entscheidung. Selbst die Bedeutung der Gegenstände legt er nicht in jedem Falle fest – »das kann so sein«, äußert er gern. Damit macht er es uns nicht leicht, aber leichtfertig wäre gerade die Festlegung. Denn eben dies ist bei Holocaust-Themen problematisch: Zumeist wissen wir von vornherein, was mit deren Bearbeitung »ausgesagt« werden soll. Bei Christoph Krämer wissen wir es im einzelnen nicht; er nötigt uns, genau hinzusehen und diesen Blick auch auszuhalten, aber er moralisiert nicht. Auch die merkwürdig tonige oder sandige Gesamtanlage der Farben auf einigen Ölgemälden wirkt unserem Bedürfnis nach Eindeutigkeit, Anklage, Widerstand entgegen.

Das Thema Gewalt beschäftigt den Künstler seit langem – die Gewalt des Umgangs mit schweren Maschinen, Verladerampen, Bühnen des Arbeitsalltags, aber auch die offene und latente Gewalt totalitärer Regime, die Manipulation von Geschichte in den Medien ebenso wie der bestellte politische Mord. 1976/77 hat Krämer mit einem Zyklus zum Gedenken an den Widerstandskämpfer Alexandros Panagoulis die Verbrechen der griechischen Obristen bearbeitet. Anders wird das Thema Gewalt in dem 1988-1994 entstandenen Auschwitz-Zyklus behandelt – ein Thema, das darzustellen Angst machen muß, geht es doch um millionenfachen Mord. Wenig kann ein Maler tun, um diese Vernichtung künstlerisch »aufzuarbeiten«: Anders als ein Filmemacher kann er weder Todesschreie noch flüchtende Kinder, weder Viehwagen, aus denen hungernde Hände sich recken, noch das Herabrieseln des Aschenregens aus den Verbrennungsöfen in Auschwitz inszenieren. Fast ist er zum Scheitern verurteilt, will er dem Grauen »gerecht« werden. Aber gerade in einem (Jahre nach dem Beginn von Krämers Arbeiten gedrehten) Film, in »Schindlers Liste«, gibt es eine Szene, die uns zum Verständnis dieser schweigsamen Bilder verhelfen kann: Das Krakauer Ghetto wird liquidiert. Oskar Schindler, deutscher Industrieller am Ort, beobachtet das Ganze von oben, hoch zu Roß. Zurück in seiner Fabrik, findet er jene Tausende leerer Blechtöpfe vor, die von seinen jüdischen Zwangsarbeitern für die Wehrmacht gefertigt worden waren. Nur die Arbeiter fehlen. Der Schwenk über diesen Haufen leeren Blechs in Spielbergs Film bleibt länger haften als so manche Szene voller Pathos. Ganz ohne Pathos nähert sich Christoph Krämer seinem Sujet. Bei ihm behalten die Dinge des Alltags, die Förderbänder und Duschen, die Wannen und Zangen die Oberhand. Oft vertreten sie die Menschen. Und anders als im Film sind die Menschen, ob Buchhalter oder Gefangene, nur Typen, deformierte, sich in den Tod auflösende Gestalten; keine SS-Größen, keine Mitleid erregenden Opfer. Zu Beginn der Arbeit am Zyklus konnte es der Maler überhaupt nicht über sich bringen, Menschen darzustellen; die Verselbständigung des Tötungsablaufs war ihm das Entscheidende.

Christoph Krämer hat 1989 Auschwitz besucht. Was er dort vorfand, waren Dinge, die ihm in ihrer Präzision das Personal wachriefen, das sie einst bedient hat. Krämer verweigert Handlung, Erzählung, Drama, Ereignis – er verzichtet sogar auf

Ausdruck und scheint uns damit die Grundlage für Teilnahme, Engagement, ja für emotionale Identifikation mit den Gefangenen zu entziehen. Er erzählt keine »story« wie Spielberg, bei dem »history« (rührselig gebrochen) gerade noch durchschimmern kann. Er berichtet nur – und vorwiegend von Dingen. Ich habe ihm immer gesagt, er sei Historienmaler. Jetzt ist er es ganz: Geschichte tritt durch die Macht der Dinge zutage.

Primo Levi schreibt: »Wer im Tiefsten verletzt worden ist, neigt dazu, die Erinnerung zu verdrängen, um den Schmerz nicht zu erneuern; und derjenige, der diese Wunden zugefügt hat, drängt seine Erinnerung in die Tiefe ab, um sich von ihr zu befreien ...«. Wie ist unter solchen Bedingungen künstlerische Erinnerungsarbeit möglich? Nach Auschwitz kein Gedicht, also auch kein Gemälde? Ist allein das Bilderverbot, wie es Claude Lanzmann seinem Shoah-Filmepos zugrunde legte, erlaubt? Wie »rechtfertigt« Christoph Krämer seine Malerei – vollends als jemand, der zwar den Ort des Grauens aufgesucht hat, aber weder jüdischer Herkunft noch alt genug ist, um als Zeitzeuge auftreten zu können? Wie können wir uns überhaupt erinnern an etwas, das wir nicht erlebt haben? Was wissenschaftlich durch die Bearbeitung von Quellen gelingen kann – wie ist es künstlerisch möglich? Dafür genügt es gewiß nicht, nur die Dinge sprechen zu lassen. Es kommt darauf an, wie dies geschieht. Wenn Christa Wolf von einem Offizier der Waffen-SS berichtet, beschreibt sie nichts als »ein paar hohe schwarze Langschäfter«, die sich ihr als Kind entgegenstreckten. Auf die Weigerung Brechts, ein Einzelschicksal zu beschreiben, weil dies die Lage der Klasse, um die es ihm ging, verfälscht haben würde, reagiert der Zensor mit einem Vorwurf, der auch die Dinghaftigkeit bei Krämer trifft: »Sie haben keinen Menschen geschildert, sondern eine, ja, sagen wir es ruhig, eine Type«. Wenn André Schwarz-Bart Auschwitz schildert, so bleibt am Ende nichts mehr spürbar als »der Druck der letzten Fleischbündel, die von der SS mit Kolbenstößen in die Gaskammer getrieben wurden«.

Bei Christoph Krämer symbolisieren die Objekte das Unentrinnbare, Mechanische der Massentötung, und die Menschen haben teil an dieser Dinghaftigkeit. Wieder und wieder scheinen die Dinge durch den Raum zu hallen; dort etwa, wo der Todesschlitten, wie in einer Eiswüste, ohne alles Zubehör gezeigt wird. In einem Ölbild verwandelt sich der Boden in Stahlrollen, als hätten wir es mit einem Stahlwerk zu tun, in dem Gußstücke gerollt werden. Keineswegs stehen die Objekte für Objektivität – sie schreien immer wieder nach den Tätern; gerade deren Abwesenheit provoziert die Frage nach ihnen. Eine solche Präsenz von Dingen ist das schiere Gegenteil von Verdinglichung.

Wenn auch die Dinge dominieren, so fehlt es doch nicht an Menschen. Auf einer frühen Skizze sehen wir eine Gruppe eng zusammengedrängter entkleideter Menschen sich scheu einer Dusche nähern. Mit Hoffnung oder Verzweiflung wird da nicht gespielt; keines der Gesichter läßt sich so weit entziffern. Graubraun und Blau bestimmen das Blatt; links, teilweise schwarz, ein Durchgang ins Ungewisse. Der Gegensatz zwischen der gedrängten Dichte der Gruppe und der Ruhe der Reflexionszone vorn erfüllt das Blatt mit einer schwer erträglichen Spannung. Auf anderen Bildern tritt uns ein Mensch entgegen, der einen Entkleideten trägt, eine Zweiergruppe, die wie eine aus dem Gleichgewicht geratene Pietà wirkt (wie Krämer überhaupt, seit dem Panagoulis-Zyklus, europäische Bildtraditionen benutzt und umgeformt hat). Andere Gestalten (vor allem die, welche den Totenwagen bedienen) wirken in ihrer steifen Haltung wie Marionetten. Ein Toter, von Aufsehern beobachtet, hängt, an Armen und Beinen befestigt, wie ein Stück Vieh von der Bahre herab und droht auf jenes eigentümliche Stellwerk zu fallen, das einen Richtungswechsel des Wagens um 90O erlaubt. Sein Gegenspieler findet sich auf einer frühen Gouache: Auf allen Vieren kriecht er über die Schienen; ein Arm reicht hinunter, um einen Hebel zu bedienen. Ein mechanischer Griff, aber die Gestalt selbst wirkt wie ein Stück der Mechanik. Manche Figuren scheinen zu tanzen – ob sie Gewalt ausüben oder erleiden, bleibt offen. Oft können wir nur von Körpern reden, von festeren zuerst, weniger geformten später – lakonischen Zeichen verlöschender Individualität. Mitunter steht nicht einmal fest, ob die Gestalten Tote oder Lebende sind, denn oft haben sie keinen Halt in sich selbst und keinen Boden unter den Füßen. Aber soweit wir sie erkennen können, sind es gewöhnliche Menschen – auf beiden Seiten. Gerade das löst Erschrecken aus. Es geht Krämer eben nicht um Heroen, nicht um die Wiederholung eines Mahnmals wie in Buchenwald.

Aus gutem Grund werden diese Bilder erstmals im Hause Brechts gezeigt – denn sie sind konkret und ermöglichen doch das Abstrahieren, wie Brecht es gefordert hat. Aber was heißt Abstraktion? Sicher nicht, vom Gegenstand zu abstrahieren. Mit vielen Deutschen kann man darüber kaum mehr reden – sie identifizieren sich nicht einmal so weit mit der Geschichte des Landes, daß sie sich zu einer Äußerung gegen Neonazismus aufraffen könnten. Was Christoph Krämer in dieser Lage tut, ist wichtig: weder schweigen noch pathetisch moralisieren noch in eine modische Bilderzählung flüchten. Abstrahieren heißt bei ihm, über den Gegenstand nachzudenken, die Alltäglichkeit des Verbrechens und die Leere, die es hinterlassen hat, erfahrbar zu machen. Krämer erzählt nicht. Er findet einen dritten Weg zwischen Sprachlosigkeit und Rührseligkeit, einen Weg jenseits von Panik und Pathos. Der Grund dafür liegt in der Form. Menschen und Dinge, alles ist in einfachen, rudimentären Formen gehalten. Zugleich aber gibt es eine Spannung zwischen Rahmen und Binnenform, wie bei Kitaj, einem der Künstler, die Krämers Zyklus ausgelöst haben. Mitunter widerstreiten Form und Farbe einander. In den Ölbildern überlagern sich Farbschichten, von denen manche wieder abgeschabt sind – , materielle Arbeitsspuren, die sich verdichten, aber nicht expressiv verselbständigt haben, Ablagerungen einer Geschichte, die immer wieder neu aufgedeckt werden muß. Es sind Bilder, manchmal schwer wie Steine, die lasten ohne zu erdrücken.

Klaus Herding ist Professor für Kunstgeschichte an der Universität Frankfurt. Sein Text ist zuerst im Katalog zu Christoph Krämers Ausstellung »Standort Auschwitz« erschienen, die vom 26.4. bis 23.5. im Berliner Brechthaus stattfand

Konkret 06/94, S. 62

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Die erste der »heiteren und heiklen Fragen«, welche die Farbanzeigen-Beilage der »Frankfurter Allgemeinen« als »Herausforderung an Geist und Witz« zu stellen pflegt, lautet:

Was ist für Sie das größte Unglück?

Darauf hat der »Chemiker und Schriftsteller Carl Djerassi« geantwortet:

Der Selbstmord meiner Tochter.

Warum sie den begangen hat? Weil sie einen Vater hatte, der einer Herausforderung einer Farbanzeigen-Beilage an seinen Geist und Witz nicht anders begegnen kann als mit der heiter-heiklen Nachricht vom Tod der Tochter.

Neues aus dem Wirtschaftsleben des neuen Deutschland in »Neues Deutschland«:

Die Schiffahrt soll den Ausbau der Flüsse nach Verkehrsprojekt 17 selbst bezahlen, dann würden die Schiffe den Flüssen angepaßt, so ein Vorschlag auf dem Elbe-Colloquium. Weitere Argumente pro und contra Seite 8.

Kann es nach dem einen Argument pro und contra, die Schiffe würden den Flüssen angepaßt, wenn die Schiffahrt den Ausbau der Flüsse nach Verkehrsprojekt 17 selbst bezahlen müßte, noch weitere geben? Und ebenso gute?

Die ehemaligen Bewohner der ehemaligen DDR sollen für ihre Datschen noch ehemaligeren Besitzern der Grundstücke sogenannte Nutzungsentgelte für die ehemalige Nutzung zahlen und auf zukünftige Nutzung zugunsten der Ehemaligen verzichten. Für deutsche Revolutionäre, die inzwischen die Dresdner Freidemokratie im Bundestag vertreten, glatt ein Grund, wieder eine Kerze auszupacken und montagabends loszuziehen:

Das Wochenendhaus war sowohl der vom Staat verweigerte Auslandsurlaub als auch die Insel, die die meisten Menschen brauchten, um in einem totalitären, eingemauerten System zu überleben.

Die Datsche als das Mallorca der Weißen Rose – so schön kann es eigentlich nur ein Dichter sagen. Der Abgeordnete aber heißt wie? Arno Schmidt heißt er. Arno Schmidt aus Dresden, Mitglied der FDP-Fraktion des Deutschen Bundestags. Na bitte.

Wenn die »FAZ« wissen will, ob Deutschland ein Einfuhrverbot über britisches Rindfleisch verhängen darf, wird sie schon bei der Wahl des Experten delikat. Der, den sie sich ausgesucht hat, ist nicht nur Professor und Doktor der Rechte, sondern er heißt auch noch

Ulrich Fastenrath

Der Wolfram Siebeck von der »Zeit« aber wollte des Professors Fastenrath nicht annehmen, sondern feinschmecken für und für, bis er vom verbotenen Fleische genascht haben muß, irgendwahn:

Aber wer, außer einem Vegetarier, würde bestreiten, daß eine saftige Lammschulter am Knochen mehr Freude macht als Kalbsmedaillons mit petits legumes?

Wer außer einem Vegetarier? Ein Presbyterianer? Ein Alzheimer? Ein Freudeaner?

Der Dichter Günter Kunert, als dessen Hauptwerk die Literaturkritik aller Parteien seinen Umzug von der DDR in die BRD anführt, hat, Jahrzehnte nach Adriano Celentanos Ragazzo della via Gluck und Georg Lebers IG Bau, Steine, Erden das Thema erneut aufgegriffen in seinem jüngsten Werk »Baum, Stein, Beton. Reisen zwischen Ober- und Unterwelt«:

Die Natur führt uns in Schleswig-Holstein erstaunliche Seiten vor. Ich erinnere mich, von einer Lesung in Flensburg heimfahrend,

(er erinnert sich natürlich nicht – wie der Satz, in dem er es zu sagen versucht – : *auf* der Heimfahrt von einer Lesung, sondern er erinnert sich *an* die Heimfahrt von einer Lesung, aber gerade im Schriftlichen bringen Dichter gern was durcheinander und Lyriker mitunter noch mehr)

an eine Sommernacht mit grellem Mondschein und klarem Himmel. Über den Wiesen beiderseits der Landstraße lagerten flache Nebelbänke, ein geteiltes Meer aus Watte,

(ein, wie schon gesagt bzw. gedichtet: flach gelagertes, denn warum sollte ein Meer aus Watte nicht zustandebringen, was flache Bänke können?)

aus dem Schädel der Kühe ragten: Götterbilder von einem fremden Planeten. Ein Anblick, wundersam, nicht ganz geheuer. Spukland? Spökenkiekerland? Im Nebel oder unter anderen Voraussetzungen geht hier noch manches um, was sich unsere Schulweisheit nur zu gerne wieder träumen ließe,

und mancher fährt herum, dem der Nebel eine Voraussetzung ist, vom Verlag Hanser losgeschickt, allerlei zwischen Ober- und Unterwelt, Ober- und Untertertia angesammeltes Aufsatzgut ins Spiel zu bringen.

Der Dichter Stefan Heym, als dessen Hauptwerk die Literaturkritik aller Parteien den bei seinem Verbleib in der DDR gemachten Lärm angeführt hatte, ist schon wieder drauf und dran, Geist und Macht, Politik und Kultur, Bekenntnis und Konjunktur zusammen- bzw. durcheinanderzubringen:

Ich fing mit einem Gedicht an, das ich als Schüler verfaß-te, dann kam das Gewehr, dann kam das Flugblatt, dann die Kolumne und die ganze Zeit über waren die Bücher dabei. Das wird auch so bleiben. Zur Zeit schreibe ich wieder an einem dicken Roman. Und Sprache wird mein Mittel auch im Parlament sein, nichts geht dort ohne Sprache, auch wenn einige Leute damit Unfug treiben.

Es sollte, wer in dicken Romanen wohnt, nicht mit Spott auf Leute schmeißen, die mit Sprache zwar auch bloß Unfug treiben, aber immerhin keine Gedichte, Flugblätter, Gewehre und Kolumnen schreiben.

Überschrift einer Berliner Zeitung, in der S-Bahn mitgelesen:

Scharping: Schäuble schadet den Deutschen

Also, wenn das *so* ist, wenn das wirklich *so* ist, überleg ich mir's vielleicht noch einmal. Wenn er aber mit meiner Hilfe gewonnen hätte und doch den Deutschen ums Verrecken nicht schadete, was machte ich dann?

Auch in den Wirtschaftsteil der »FAZ« muß es einen Achtundsechziger verschlagen haben:

Notenbanken stützen Dollar gegenüber den Yen

Vielleicht hätte er den Dollar helfen können, hätte er statt den Yen nur dem Dativ gerettet.

Von einem »neuen Erzählband« des Schriftstellers Bohumil Hrabal sagt der oder die Ira Panic in der »Hamburger Morgenpost«, er zeige

Prag wie es singt und lacht, hurt und säuft, stinkt und leuchtet – und in jeder Gasse lauert ein kleiner Kafka.

Auf wen? Auf Max Brod? Auf Hrabal? Oder auf Ira Panic, um ihr oder ihm den Prozeß zu machen wegen Scheißschreiberei?